

Ausgabe A

# DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR WOHLFAHRTSPFLEGE

mit der Spruchabteilung „Das Fürsorgerecht“

herausgegeben von

**Hermann ALTHAUS**

Hauptstellenleiter im Amt für  
Volkswohlfahrt bei d. Obersten  
Leitung der P.O. der N.S.D.A.P.

**Fritz RUPPERT**

Ministerialrat  
im  
Reichsministerium d. Innern

**Dr. Ralf ZEITLER**

Vizepräsident  
des  
Deutschen Gemeindetages

10. JAHRGANG

BERLIN, NOVEMBER 1934

NUMMER 8

## INHALT:

Der Führer eröffnet das Winterhilfswerk

### Abhandlungen:

- Die Gemeinden und Gemeindeverbände im Kampf gegen Massennot und Arbeitslosigkeit  
Von Dr. Ralf Zeitler ..... 327
- Zum Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Von Helmut Stadelmann ..... 333
- Aus der praktischen Arbeit des Winterhilfswerks. Von Adolf Dürker ..... 335
- Gegenwartsaufgaben der Inneren Mission. Von Horst Schirmacher ..... 338
- Die Gesetzgebung über das öffentliche Sammeln. Von Dr. Hans Busch ..... 340

### Kleinere Beiträge:

- Kleinentwerferhilfe und Hauszinssteuerstundung. Von Kurt Preiser ..... 344

### Bewegung und Volk in der Wohlfahrtsarbeit

- Aus der NSV — Mitarbeit der Inneren Mission im WHW. — Aus der Arbeit des Charitasverbandes — Aus der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes — Unfallversicherung der im WHW. tätigen Personen — Befreiung der Veranstaltungen des WHW. von der Vergnügungssteuer — Reichsjugendführung und NS-Volkswohlfahrt ..... 349

### Wohlfahrtsarbeit der deutschen Gemeinden

- Der Reichsjugendführer zur Eröffnung der kommunalpolitischen Schulungswoche — Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen — Reichswohlfahrtshilfe — Kreislasten — Notstandsgemeinden — Grundsätze für die öffentliche Fürsorge — Fortbildung der Wohlfahrtspflegerinnen — Heranziehung Unterhaltspflichtiger — Arbeitsbeschaffung in der Stadt und auf dem Lande ..... 354

### Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Staates (Reich und Länder)

- Reich: ..... 358
- Öffentliche Sammlungen — Rückforderung der Kosten der öffentlichen Fürsorge — Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen — Verwendung von Geldbußen
- Preußen: ..... 362
- Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten — November-Rate der Reichswohlfahrtshilfe
- Bayern: ..... 362
- Arbeitszwang
- Baden: ..... 363

### Umschau

- Zahl der Kriegsbeschädigten — Schwerbeschädigte im Straßenverkehr — Sammeltätigkeit der Bettelorden — Notstandsarbeiten im Winter 1934/35 — Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung — Umbauten und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden — Siedlungsarbeit 1933 — Badische Landeswohnungsfürsorgeanstalt — Arbeitslosigkeit in Amerika — Arbeitsbeschaffung in der Schweiz und in Estland — 40-Stunden-Woche in Italien ..... 363

### Aus Zeitschriften und Büchern

- Vom Wesen nationalsozialistischer Sozialpolitik — Ehrenbeamte in der kommunalen Wohlfahrtspflege — Invalidenrenten und zusätzliche Fürsorge — Frontzulagen und Witwenbeihilfe bei den Renten aus der Sozialversicherung — Bekämpfung der übertragbaren Kinderlähmung — Tuberkulosegefährdung des Pflegepersonals — Unterstützung gegen Arbeitslosigkeit in Budapest ..... 368

### Zeitschriften-Bibliographie

- Spruchabteilung: Das Fürsorgerecht ..... 371
- 379 a



CARL HEYMANNS VERLAG BERLIN W 8

Erscheint monatlich einmal. — Bezugspreis vierteljährlich 5,— RM. (Ausgabe A), mit „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt“ 7,— RM. (Ausgabe B). — Anzeigenpreis: Die Millimeterzeile von 22 mm Breite kostet 0,09 RM. — Zuschriften, die die Anzeigen und den Bezug des Blattes betreffen, sind an Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44, zu richten. — Redaktionelle Einsendungen an die Schriftleitung der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“, Berlin NW 40, Alsenstr. 7. — Nachdruck von Abhandlungen und Notizen nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

## Reichsstellenvermittlung der Deutschen Angestelltenschaft

Fachgruppe der Wohlfahrtspflegerinnen

Berlin SW 11, Bernburger Str. 24/25, Tel. 5 2 Lützow 7501

Sprechst.: werktgl. auß. Sonnab. 10-12, Donn.-m. auß. d. 16-18 1/2

### vermittelt kostenlos

staatlich geprüfte Wohlfahrtspflegerinnen:

Gesundheits-, Jugend- u. Wirtschaftsfürsorgerinnen  
sowie Fachkräfte für d. kirchlichen Gemeindedienst

Demnächst erscheint:

## Das Einkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934

Erläuterte Handausgabe von

**Karl Wieneke**

Regierungsrat beim Landesfinanzamt Brandenburg

Preis gebunden etwa 6 RM

Die Schrift wird in gedrängter Kürze eine allgemeinverständliche Erläuterung des neuen Einkommensteuergesetzes bringen mit Angabe der bisherigen wichtigsten Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes und unter Hinweis auf die im Anhang vollständig abgedruckten Durchführungsbestimmungen und Veranlagungsrichtlinien. Als Handausgabe hat sie den Zweck, die Steuerpflichtigen bei der bevorstehenden Einkommensteueranmeldung für 1934 die Anwendung des neuen Gesetzes zu erleichtern.

**Carl Heymanns Verlag**  
in Berlin W 8

## Verzeichnisse

über Bücher meines Verlages stehen  
auf Wunsch kostenlos zur Verfügung

**Carl Heymanns Verlag**  
in Berlin W 8



**Vergiß  
nicht  
noch ein Pfund  
für das  
WHW**

# DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR WOHLFAHRTSPFLEGE

mit der Spruchabteilung „Das Fürsorgerecht“

herausgegeben von

**Hermann ALTHAUS**

Hauptstellenleiter im Amt für  
Volkswohlfahrt bei d. Obersten  
Leitung der P.O. der N.S.D.A.P.

**Fritz RUPPERT**

Ministerialrat  
im  
Reichsministerium d. Innern

**Dr. Ralf ZEITLER**

Vizepräsident  
des  
Deutschen Gemeindetages

**Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44**

**10. JAHRGANG**

**BERLIN, NOVEMBER 1934**

**NUMMER 8**

## Der Führer eröffnet das Winterhilfswerk.

Meine deutschen Volksgenossen und -genossinnen!

Inmitten einer der schwersten Wirtschaftskrisen hat der Nationalsozialismus die politische Macht übernommen. Sollte der Eintritt einer Katastrophe von kaum ausdenkbarem Umfange vermieden werden, mußten die Abwehrmaßnahmen augenblicklich einsetzen. Es waren schnellste Entschlüsse zu treffen und auszuführen. Den Kampf, den wir nach der Regierungsübernahme sofort gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen haben, haben wir entschlossen ein Jahr lang durchgeführt. Er ist Ihnen bekannt.

Von Monat zu Monat steigerten sich die Erfolge. Allein trotz der Gewißheit, dieser größten Gefahr Herr zu werden, erlaubte das allgemeine Elend nicht, sich ausschließlich mit dieser Lösung für die Zukunft zufriedenzugeben. Die Versicherung, das deutsche Volk wieder in Arbeit und Brot zu bringen, kann für viele eine Hoffnung sein, für manche aber ist ihre zukünftige Verwirklichung kein Trost für den Augenblick, der in seinem Elend und Unglück nach sofortiger Hilfe schreit. So haben wir deshalb ganz unabhängig von unserem Kampf der Rettung der einzelnen deutschen Berufs- und Lebensstände durch die Arbeitsbeschaffung den Entschluß gefaßt, zur Überwindung der drückendsten Not und ihrer Sorgen eine besondere Hilfsaktion größten Umfanges ins Leben zu rufen. Das vom Parteigenossen Dr. Goebbels organisierte Winterhilfswerk ist eine der monumentalsten Leistungen des nationalsozialistischen Regiments.

Die Absicht war, durch einen eindringlichen Appell an die Hilfsbereitschaft der deutschen Volksgenossen, die das Glück vor dem Ärgsten bewahrt hat, jenen zu helfen, die dem schlimmsten Unglück ausgeliefert sind.

Denn, wenn schon in normalen Zeiten stets ein Teil der Not unverschuldet sein wird, so ist durch die grausamen Verhältnisse der letzten Jahre diese Not Millionen von Deutschen als Verhängnis zugestoßen, für das sie höchstens durch ihre frühere mangelnde Einsicht in politische Dinge und Notwendigkeiten indirekt, keinesfalls aber wirtschaftlich direkt verantwortlich gemacht werden können. Sie sind die Leidtragenden eines politischen Wahnsinns, der

unser Volk auch wirtschaftlich am meisten geschlagen hat. Besonders tragisch wird diese Not, weil sie sich nicht mehr auf einzelne Menschen, sondern auf ganze große und geschlossene Siedlungsgebiete erstreckt. Was uns Deutschen seit einem Jahrhundert nur mehr in Berichten aus fremden Ländern gemeldet wurde, erlebten wir nun in der eigenen Heimat. Ganze Teile des Reiches dem Hunger und Elend ausgeliefert, ohne daß im Augenblick eine wirtschaftlich wirk-same Abwehr gefunden werden konnte!

Wie groß dieses Elend ist, wissen viele Deutsche auch heute nicht. Und leider sind es besonders die Mitglieder unserer gutsituierten Gesellschafts-schichten, die kaum je einen Einblick erhalten in die Armut und die Ent-behrungen, von denen unzählige unserer Volksgenossen heimgesucht sind.

Seit der Friedensvertrag von Versailles auf unserem Volke lastet, hat aber das trostlose Elend bei zahlreichen Menschen endlich der Verzweiflung Platz gemacht. Und hier haben wir einen Maßstab, der uns die Größe dieses Jammers in erschrecklichen Ziffern beweist.

Auf rund 200 000 beläuft sich die Zahl derjenigen, die jährlich in ihrer letzten Verzagttheit keinen anderen Ausweg aus dem Elend dieses irdischen Jammertales gefunden haben als den durch Selbstmord. Die unverantwor-tlichen jüdischen Literaten dieses Zeitalters aber waren niederträchtig genug, dies als „Freitod“ zu bezeichnen. Wie viele aber würden wohl von diesen 200 000 Jahr für Jahr aus freiem Willen gestorben sein, wenn sie nicht die bitterste Not dazu gezwungen hätte? Es sind keine leichten Entschlüsse, die die Menschen den Tod wählen lassen. Unsere oberen Zehntausend haben wohl keine blasse Vorstellung davon, wieviel Trauer und Jammer notwendig sind, um in einer Mutter erst den Entschluß zu wecken und dann zur Ausführung reifen zu lassen, sich selbst und den Kindern das weitere Leben auf dieser trost-losen Welt zu ersparen!

Und das alles aber sind Volksgenossen und wahrhafter Gott, nicht die schlechtesten. Denn wer wollte sich wundern, wenn sie, ehe der Entschluß zu dieser bittersten Entscheidung kam, den leichteren Weg zum Verbrechen gewählt hätten?

Nein, die Nation hat eine Pflicht, sich soweit es irgend menschenmöglich ist, diesem Elend entgegenzusetzen. Sie hat die Pflicht, durch gemeinsame Opfer den unglücklichsten Opfern unserer Not zu helfen. Die Nation hat dabei zu wissen, daß es sich hier um Volksgenossen handelt, die ebenso ein Teil unseres Ganzen sind wie diejenigen, die das Glück besser gebettet hat.

Jahrelang hat man besonders in unseren bürgerlichen Kreisen das Dichter-wort von dem „einigen Volk von Brüdern“ zu einer faulen Phrase herunter-gewürdigt. Denn nicht durch Vereinsreden kann diese Einigkeit bewiesen werden, sondern sie muß erhärtet werden durch die Tat. Die primitivste Tat aber zur Verwirklichung dieser brüderlichen Einigkeit besteht darin, daß man den Brüdern und Volksgenossen hilft, die selbst nicht mehr in der Lage sind, ihrer Not Herr zu werden.

So wie es im einzelnen selbstverständlich ist, daß Kinder ihren alten und nicht mehr arbeitsfähigen Eltern zu helfen haben, so muß die Nation im ge-samten denen beistehen, die aus eigener Kraft einfach nicht mehr in der Lage sind, sich dem Schicksal der Vernichtung zu entziehen.

Und hier haben besonders die oberen Zehntausend und die breiten besser-gestellten Massen eines Volkes eine hohe Verpflichtung. Und ich möchte daher an dieser Stelle es sehr offen aussprechen, daß das Winterhilfswerk gerade mit denen rechnet, die leichter als das breite Volk selbst in der Lage sind, ein Opfer zu bringen.





Und ich sage hier ausdrücklich „Opfer“, denn ich finde es wenig rühmlich, wenn ein vermögender und in hohem Einkommen stehender Mann dasselbe gibt, wie ein sich selbst kaum das tägliche Brot in genügendem Umfang Verdienender. Ich halte im Gegenteil dafür, daß jeder einzelne in seinem Rahmen aber auch wirklich ein Opfer bringt, das ihm selbst als Opfer fühlbar wird.

Ich spreche die starke Hoffnung aus, daß sich in diesem Jahre das nicht mehr wiederholt, was wir im vergangenen Jahre in einer Reihe von Städten feststellen konnten, daß nämlich ärmere Viertel mehr an Opfer mobilisierten als die wirtschaftlich besser gelagerten. Ich bin dafür, daß wir in solchen Fällen in Zukunft diese beschämende Tatsache der Nation ganz offen zum Bewußtsein bringen. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die im wirtschaftlichen Leben erfolgreich stehen, in jeder Sekunde daran denken sollen, daß nur durch die Arbeit und Opfer der Gesamtheit auch ihr eigener Emporstieg ermöglicht wurde. Denn die deutsche Arbeitsschlacht wird nicht geschlagen durch einzelne und ihren Einsatz, sondern durch die mobilisierte Kraft der gesamten deutschen Nation. Und vor allem aber auch durch die finanziellen Opfer des ganzen deutschen Volkes. Jeder Industrielle, dessen Fabrik heute läuft und morgen laufen wird, mag daran denken, daß es nicht allein seine Fähigkeit ist, die dieses Wunder zustande gebracht hat, sondern vielmehr noch die Willenskonzentration, die die nationalsozialistische Bewegung im deutschen Volk hervorgerufen hat, und die materiellen Mittel, die die ganze deutsche Nation diesem Willensausdruck zur Verfügung stellt!

Es hat daher besonders der Reichtum nicht nur höhere Genußmöglichkeit, sondern vor allem aber auch höhere Pflichten. Die Auffassung, daß die Verwendung eines Vermögens in jedem Umfange nur Privatangelegenheit des einzelnen sei, muß im nationalsozialistischen Staat umso mehr eine Korrektur erfahren, als ohne die Mitwirkung der Gesamtheit kein einzelner sich eines solchen Vorzuges heute erfreuen könnte.

Wenn ich mich an diese mittleren und bessergestellten Kreise besonders wende, dann geschieht es, weil ich von den breiten Massen unseres Volkes in Stadt und Land die Opferwilligkeit an sich genügend kenne und weiß, daß sie, die so oft unter dem Fluch der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Elends schon selbst gelitten haben, das herzlichste Verständnis aufbringen für ihre auch heute noch unglücklicheren Volksgenossen.

Ich glaube aber, daß es dabei notwendig ist, noch besonders auf dieses hinzuweisen:

Wir haben heute auch in Deutschland ein weit ausgebautes Versicherungswesen. Gegen Brand- und Wasserschäden, gegen Diebstahl und Einbruch, gegen Hagelschlag und Dürre, gegen Krankheiten und Tod versichern sich die Menschen und geben dafür Milliardenbeträge aus. Wehe dem Volk aber, das vergißt, daß das höchste Gut, das es versichern sollte, seine politische Vernunft ist. Jene politische Vernunft, die in der Volksgemeinschaft ihren gesunden Ausdruck findet. Das deutsche Volk kann heute glücklich sein, daß es zu dieser Vernunft wieder zurückgefunden hat. Es muß aber jeder wissen, wie ungeheuer der Nutzen für alle ist, der aus dieser gesunden politischen Entwicklung kam. Vielleicht gefällt es Ihnen, meine Volksgenossen, nur einen Augenblick von Deutschland wegzusehen und die Zustände in anderen Ländern zu überprüfen. Unruhen, Bürgerkrieg, soziale Kämpfe, wirtschaftliche Krisen lösen einander ab. Die Fackel des Aufruhrs wird überall landauf und landab getragen. Streik und Aussperrungen zerstören Milliarden an Volkswerten, und dabei ist das Elend überall fast ein gleich großes.

Dies alles haben wir in Deutschland überwunden.

Aber nicht etwa, weil ein paar Wirtschaftler ihre Fabriken in Gang brachten, sondern weil die durch den Nationalsozialismus geschaffene Volksgemeinschaft diesen politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn beseitigte und damit erst den Fabriken Aufträge, den Arbeitern und Unternehmern einen Verdienst sicherte und zukommen ließ.

Wenn Sie die Schäden abwägen, die der politische Wahnsinn aber einem Volk materiell zufügen kann und auf die Dauer zufügen muß und die er insbesondere der deutschen Wirtschaft jahrzehntelang zugefügt hat, dann werden Sie erst den Nutzen ermessen, der aus der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft für alle erwächst und schon erwachsen ist. Und dann werden die Opfer wahrlich klein erscheinen, die wir heute namens dieser Volksgemeinschaft von Ihnen fordern. Denn ich muß Ihnen hier wiederholen, was ich im vergangenen Jahre aussprach: An irgend etwas muß das Volk glauben können. Nehmen Sie ihm den Glauben an die internationale Solidarität, dann müssen Sie ihm dafür aber den Glauben an die nationale bringen. Zerstören Sie das Vertrauen in die nationale Volksgemeinschaft, dann werden die Menschen nach einer anderen Gemeinschaft suchen und damit am Ende wieder denen zum Opfer fallen, die als internationale Parasiten und Destruktoren nur darauf lauern, das Gefüge der Völker aufzulösen, um die Welt in ein allgemeines Chaos zu verwandeln. Der Sinn einer solchen Volksgemeinschaft aber kann nur der sein, durch eine gemeinsame Führung des Lebenskampfes in Freud und Leid an Nutzen und Opfern die Erhaltung aller zu garantieren!

Unser Winterhilfswerk wird gerade in diesem Jahr ein Prüfstein sein dafür, ob und inwieweit sich der Gedanke dieser Volksgemeinschaft in Deutschland weiter geläutert, erhärtet und durchgesetzt hat. Und dann erst, wenn jeder einzelne Deutsche durch eigene und wenn notwendig schwere Opfer zur Erhaltung dieser Volksgemeinschaft beigetragen hat, wird er wieder, ohne vor sich selbst erröten zu müssen, von einem „einigen Volk von Brüdern“ reden dürfen. Ansonsten aber ist dies nur Lüge und Heuchelei. Ich appelliere daher an Sie, deutsche Männer und Frauen in den Städten und auf dem Lande, und ich appelliere vor allem an dich, deutsche Jugend, daß sie alle in klarer Erkenntnis der Aufgaben, die uns gestellt sind unter Berücksichtigung der großen Not, in der sich viele unserer Volksgenossen noch immer befinden, durch eine unerhörte Opferwilligkeit im Geben und Arbeiten für das Winterhilfswerk mit-helfen am Kampf gegen diese Not und das Elend in unserem Volke. Möge jeder einzelne Deutsche sich dabei vor Augen führen, daß es vielleicht gerade sein Opfer ist — das nur einen kleinen Abzug an seinem Leben bedeutet —, das einem anderen Deutschen als Volksgenossen mithilft, das Leben zu erhalten. Ich appelliere weiter an Ihren Stolz, in derselben Zeit, da eine teuflische internationale Boykott-Cligue Deutschland, d. h. das deutsche Volk, wirtschaftlich vernichten zu können glaubt, vor aller Welt die unzertrennliche Verbundenheit unseres Volkes durch ein einziges Beispiel gegenseitiger Hilfeleistung zu dokumentieren. Wenn der Haß dieser jüdisch-internationalen Boykotthetzer gegen Deutschland ein fanatischer ist, dann muß die Liebe jedes einzelnen zu seinem Volk noch zehntausendmal stärker sein. Diese unsere Feinde hoffen nun zum zweitenmal, daß das deutsche Volk unter der Not dieses Winters doch zusammenbrechen möge, und wir werden ihnen beweisen, daß der deutsche Wille und das deutsche Herz der Not dieses Winters noch weit mehr Herr werden als im vergangenen.

In dieser selbstsicheren, starken Überzeugung eröffne ich das Winterhilfswerk 1934 und bitte Sie, mit der Arbeit zu beginnen!

# **Die Gemeinden und Gemeindeverbände im Kampf gegen Massennot und Arbeitslosigkeit.**

Von Dr. Ralf Zeitler

Die Krise des im liberalistischen Denken wurzelnden politischen und wirtschaftlichen Systems brachte einen Teil des Volkes ausser Arbeit und Brot und damit in wirtschaftliche Verhältnisse, die von der marxistischen Irrlehre systematisch dazu benutzt wurden, die Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze zu trennen. Der Führer hat es sich zu seiner vornehmsten Aufgabe gemacht, den Klassenkampf aus dem Herzen des deutschen Volkes zu reissen und die einzelnen sozialen Schichten der deutschen Nation miteinander zu versöhnen. Mit kühnem Schwunge ist die Reichspolitik der vergangenen 20 Monate diesem Ziele ganz bedeutend näher gerückt. Die erzieherische Arbeit der NSDAP und aller ihrer Gliederungen läßt immer mehr den Gedanken der Volksgemeinschaft in unserem Volke Wurzel schlagen. Der Gedanke der Volksgemeinschaft, d. h. das Bewußtsein dessen, daß alle sozialen Schichten einer Nation eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft bilden, muß alle im öffentlichen Dienst Stehenden voll und ganz erfüllen. Die soziale Aufgabe der Gemeinden ist schlechthin die Verwirklichung dieses Gedankens in den letzten Zellen des staatlichen Apparates. Auf die engen Beziehungen von Mensch zu Mensch im nachbarschaftlichen Verbande der Gemeinde baut sich in erster Linie alle Arbeit für die in Not befindlichen Volksgenossen auf.

Vor dem Kriege hatte die Armenpflege nur einen verhältnismäßig kleinen und weniger beachteten Teil des Aufgabenkreises der Kommunalverwaltungen ausgemacht. Damit soll nicht gesagt werden, daß man in Fachkreisen die ständig wachsende Bedeutung dieses Zweiges der gemeindlichen Selbstverwaltung verkannt hätte. Wuchs doch gleichzeitig mit dem Fortschreiten der Industrialisierung mit ihren Fabriken und Massenansammlungen von Menschen in Mietskasernen der Großstädte auch die Zahl derjenigen, die auf öffentliche Hilfe angewiesen waren. Es wurde durchaus erkannt, daß sich in der Struktur der „Armen“ eine Umwandlung vollzog und daß man es nicht mehr nur mit Alten, Siechen und Asozialen zu tun hatte. Die Gemeinden bemühten sich, die Handhabung der Armenpflege den veränderten Verhältnissen anzupassen. Wenn dabei das Elberfelder System den Grundstein bildete, so ist dieses mit seinen ehrenamtlichen Armenpflegern und Bezirksvorstehern nichts weiter als ein folgerichtiger Ausbau der Selbstverwaltung. Ohne auf weitere Einzelheiten (Einschaltung von hauptamtlichen Fürsorgerinnen — Straßburger System) einzugehen, kann gesagt werden, daß sich die auf einer Selbstverwaltung in reiner Form beruhende Armenpflege der Gemeinden den Anforderungen, die in der Vorkriegszeit an sie gestellt wurden, vollauf gewachsen zeigte.

Der Krieg stellte auch auf diesem Gebiet die Gemeinden vor eine ungeheuerliche Aufgabe. Vorgesorgt war nur für die Kriegsbeschädigten und die Familien der Kriegsteilnehmer. Bald nach Beginn des Krieges wurde aber eine unerwartet große Zahl von Arbeitslosen öffentlicher Hilfe bedürftig. Mit Zunahme der Teuerung oder, wie wir heute wissen, der Geldentwertung reichten für einen immer größer werdenden Kreis von Personen die Renten der Sozialversicherung oder die Zinsen der Ersparnisse nicht mehr aus. Sie alle wandten sich hilfessuchend an die Gemeinden. Wenn sich die Gemeinden auch organisatorisch diesem Ansturm gewachsen zeigten, so machten doch zwei Gründe ein Eingreifen des Reichs erforderlich: erstens hatten die Gemeinden die Mittel für die den bisherigen Rahmen zersprengenden Unterstützungszahlungen

nicht aufbringen können, ohne die Gemeindesteuern in einem in der Kriegszeit untragbaren Maße zu erhöhen, zum zweiten mußte den Fürsorgemaßnahmen der entrechtende Charakter der Armenpflege genommen werden. Es kam zu der sog. Kriegswohlfahrtspflege, die nach Beendigung des Krieges durch eine Sonderfürsorge für die einzelnen Personengruppen abgelöst wurde, die Erwerbslosenfürsorge, die Sozialrentnerfürsorge, die Kleinrentnerfürsorge und die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Immer aber waren es die Gemeinden, denen die Durchführung der Fürsorgemaßnahmen oblag, unbeschadet der ihnen nach dem sog. Dotationssystem gewährten Zuschüsse des Reichs und der Länder.

Diese Vielfältigkeit der Fürsorgemaßnahmen erwies sich für die Dauer als unhaltbar. Zwar hatten die Gemeinden durch die Errichtung von Wohlfahrtsämtern einer Zersplitterung nach Möglichkeit entgegenzuwirken gesucht. Es zeigte sich aber auch, daß die finanzielle Regelung nach dem Dotationssystem zu Mißständen führte. Hinzu kam, daß die kleinen Gemeinden den an sie herantretenden Anforderungen nicht mehr gewachsen waren.

Erfüllungspolitik und Inflation hatten die Not des Volkes in den letzten Wochen des Jahres 1923 in solchem Maße vergrößert, daß der Reichstag einen Ausweg nur fand in der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923. Auf Grund dieses Gesetzes ist die Dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 74) ergangen. Im § 42 dieser Verordnung überweist das Reich verschiedene Fürsorgezweige, für die es bisher erhebliche Zuschüsse gewährte, unter Einstellung dieser Zuschüsse den Ländern. Diesen fällt dafür im Wege des Finanzausgleichs eine Anzahl von Steuern ganz oder zum Teil zu. Mit der Übernahme der Aufgaben der Wohlfahrtspflege gehen ihre Lasten auf die nach Maßgabe einer besonderen Verordnung zu bildenden Fürsorgeverbände über. Dies ist die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924, in der eine Anzahl von Zweigen der sozialen Fürsorge, die von der Armenpflege ausgegangen oder abgezweigt waren, wieder mit ihr vereinigt und gleichzeitig das Unterstützungswohnsitzgesetz entsprechend langjährigen Wünschen der mit der Fürsorge betrauten Kreise reformiert worden ist. Träger der Fürsorge wurden die Bezirksfürsorge- und Landesfürsorgeverbände, das sind in Preußen die Stadt- und Landkreise und die Provinzen. Diesen Fürsorgeverbänden liegt nunmehr ob:

- a) die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund der Versorgungsgesetze Gleichstehenden,
- b) die Fürsorge für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie nicht den Versicherungsträgern obliegt,
- c) die Fürsorge für die Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden,
- d) die Fürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte durch Arbeitsbeschaffung,
- e) die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige,
- f) die Wochenfürsorge,
- g) die bisherige Armenfürsorge.

Einen anderen Verlauf nahm die Fürsorge für die Arbeitslosen. Die im Jahre 1918 getroffene Regelung, die zunächst reinen Fürsorgecharakter trug, bildete fast 10 Jahre lang die Grundlage der deutschen Erwerbslosenfürsorge. Allerdings hat sie im Laufe der Zeit immer mehr ihren Fürsorgecharakter verloren und sich immer stärker zur Arbeitslosenversicherung hin entwickelt. Dies wird besonders deutlich durch die im Jahre 1923 erfolgte Einführung einer Beitragspflicht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ferner wurde schon frühzeitig bestimmt, daß nur solche Arbeits-

losen im Wege der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden durften, die vorher eine bestimmte Zeit hindurch Arbeitnehmer gewesen waren. Neben die Erwerbslosenfürsorge trat schon im Jahre 1926 die sog. Krisenfürsorge ergänzend hinzu.

So groß auch die Aufgaben waren, die den Gemeinden aus der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge erwuchsen, so erschöpften sich doch die Maßnahmen der Gemeinden auf dem Gebiete der Betreuung der Arbeitslosen damit nicht. Schon frühzeitig haben sich die Gemeinden in richtiger Erkenntnis des Grundsatzes, daß Arbeitslosigkeit am ehesten und wirksamsten durch Vermittlung von Arbeit verhütet und beendet wird, durch Einrichtung gemeinnütziger Arbeitsnachweise der Arbeitsvermittlung der Arbeitnehmer angenommen. Nachdem schon vorher freiwillig zahlreiche Gemeinden bis zu den kleinsten hinab zur Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise geschritten waren, wurden erstmals im Jahre 1916 die Gemeinden durch eine Bundesratsverordnung zum Ausbau des Arbeitsnachweiswesens gesetzlich verpflichtet. Auch das Hilfsdienstgesetz vom Jahre 1916 hatte vielfach die Entstehung weiterer öffentlicher Arbeitsnachweise zur Folge. Einen Schlußstein unter diese Entwicklung setzte das Arbeitsnachweisgesetz am 22. Juli 1922, das ganz Deutschland mit einem lückenlosen Netz von öffentlichen, d. h. kommunalen Arbeitsnachweisen überzog und in den Verwaltungsausschüssen dieser Arbeitsnachweise Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der Arbeiter und Unternehmer, schuf. Diesen Arbeitsnachweisen lag auch die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ob. Damit waren die Gemeinden und Gemeindeverbände über die von ihnen errichteten Arbeitsnachweise zu Trägern der Arbeitsvermittlung und der unterstützenden Arbeitslosenhilfe geworden.

In dieser Sachlage trat eine entscheidende Wende mit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (AVAVG.) ein. Dieses Gesetz stellte die Arbeitslosenhilfe auf eine neue, organisatorische und sachliche Grundlage. In organisatorischer Hinsicht setzte es an die Stelle der Vielzahl der kommunalen Träger der Arbeitslosenhilfe einen einzigen Träger, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit den Landesarbeitsämtern als mittleren und den Arbeitsämtern als unteren Verwaltungsstellen, wie sie heute noch besteht. In ihrer Hand vereinigte das Gesetz die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Krisenfürsorge und der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe selbst hat das Gesetz den durch die vorhergegangene Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge schon vorbereitenden Schritt von der Arbeitslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung getan, d. h. im Gegensatz zur bisherigen Fürsorge, deren Hilfe nur beim Bestehen von Bedürftigkeit eintrat, erhält der kraft Gesetzes gegen Arbeitslosigkeit Versicherte nunmehr ohne Rücksicht auf eine etwa vorhandene Bedürftigkeit bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf die gesetzlichen Versicherungsleistungen beim Eintritt des Versicherungsfalles.

Nun enthält aber das AVAVG. eine Reihe von Beschränkungen hinsichtlich des Personenkreises der Versicherten sowie der Höhe und der Dauer der Leistungen und macht den Erwerb eines Anspruchs auf die Versicherungsleistungen von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Hieraus ergibt sich, daß es noch ergänzender Maßnahmen der Arbeitslosenhilfe bedarf, um auch für diejenigen Arbeitslosen den notwendigen Lebensbedarf sicherzustellen, die den Versicherungsschutz des Gesetzes nicht genießen, sei es, weil sie nicht



zu dem versicherten Personenkreis gehören oder weil sie den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erworben oder ihn bereits erschöpft haben. Das AVAVG. sieht selbst eine ergänzende Hilfsmaßnahme in Gestalt der Krisenfürsorge vor, die trotz mancher Anlehnungen an die Arbeitslosenunterstützung keinen Versicherungscharakter, sondern Fürsorgecharakter hat: ihre Gewährung hängt von dem Bestehen einer Bedürftigkeit des Arbeitslosen ab. Indem man so neben die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung noch die fürsorgemäßige Krisenunterstützung für Krisenzeiten setzte, hoffte man, den notwendigen Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit für alle unfreiwillig arbeitslosen Arbeitnehmer für die Zeit der Arbeitslosigkeit sichergestellt zu haben. Eine Betreuung Arbeitsloser durch die Gemeinden und Gemeindeverbände sollte daneben in nennenswertem Umfang nicht mehr stattfinden, insbesondere, weil man finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten für die Gemeinden und Gemeindeverbände befürchtete, wenn etwa die Unterstützung großer Massen von Arbeitslosen im Verlauf einer langwierigen Krise der den Gemeinden und Gemeindeverbänden obliegenden öffentlichen Fürsorge auferlegt werden würde.

Diese Erwartungen haben sich indessen nicht erfüllt. Bei Schaffung des AVAVG. zählte man in Deutschland rund 800 000 Arbeitslose. Im Laufe der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre stieg diese Zahl bis auf mehr als 6 Millionen Arbeitslose an. Dieser gewaltigen Steigerung der Arbeitslosigkeit war die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenhilfe durch das AVAVG. nicht gewachsen. Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge erwiesen sich mehr und mehr als unzureichend für die Versorgung der arbeitswilligen, unfreiwillig feiernden Arbeitslosen. Dieser Zustand wurde mit der Ausdehnung der Krise noch dadurch verschärft, daß unter dem Druck der immer schlechter werdenden Finanzlage des Reichs und der Reichsanstalt die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und die Krisenfürsorge immer stärkere Einschränkungen erfuhr. So kam es, daß immer größere Massen von Arbeitslosen weder bei der Arbeitslosenversicherung noch bei der Krisenfürsorge die Hilfe fanden, die sie brauchten.

Wieder mußten die Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger der öffentlichen Fürsorge in die Bresche springen und die Unterstützung dieser Arbeitslosen, der sog. Wohlfahrtserwerbslosen, übernehmen. Damit bildete sich neben der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenfürsorge ein dritter Zweig der unterstützenden Arbeitslosenhilfe, die kommunale Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. In ihr fanden schließlich auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit nahezu 3 Millionen unter 5 Millionen Arbeitslosen überhaupt die Betreuung, deren sie zur Sicherung ihres notwendigen Lebensbedarfs bedurften. Welche gewaltigen Summen die Unterstützung dieser Wohlfahrtserwerbslosen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände erforderte, mag eine Zahl verdeutlichen: Bei einem durchschnittlichen monatlichen Unterstützungsaufwand für einen Wohlfahrtserwerbslosen in Höhe von 47,— RM kostet die Unterstützung von 3 Millionen Wohlfahrtserwerbslosen für die Dauer nur eines Monats rund 140 Millionen RM. Daß derartige Beträge von den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht völlig aus eigener Kraft aufgebracht werden konnten, liegt auf der Hand. Das Reich war also genötigt, den Gemeinden und Gemeindeverbänden Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, was in Gestalt der sog. Reichswohlfahrtshilfe geschehen ist. Gleichwohl ist die von den Kommunen aufzubringende Eigenlast gewaltig geblieben.

Damit sind aber die Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet der Arbeitslosenhilfe keineswegs erschöpft. Außer an der



Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge waren sie bis zum Herbst 1933 auch an der Aufbringung der Mittel für die Krisenfürsorge finanziell mit einem Fünftel des Aufwandes beteiligt. Schließlich mußten und müssen sie als Träger der öffentlichen Fürsorge in allen den Fällen mit zusätzlichen Unterstützungen eintreten, in denen die Arbeitslosenunterstützung oder die Krisenunterstützung zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfs des Arbeitslosen nicht ausreicht. Zu diesen finanziellen Aufgaben tritt die sachliche Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Durchführung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung hinzu. Unter dem Druck der katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der letzten Jahre hat die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung immer weitere Einschränkungen erfahren. Mehr und mehr wurden in das AVAVG. wieder fürsorgerische Grundsätze eingebaut. Diese Entwicklung gipfelte in der Einführung der sogen. Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Die rein versicherungsmäßige, also schematische Arbeitslosenunterstützung wird jetzt nur noch für die Dauer von 6 Wochen gewährt. Ihre Weiterzahlung bis zur Erschöpfung des Anspruchs ist von dem Vorliegen fürsorgerechtlicher Hilfsbedürftigkeit abhängig. Ebenso wird die Krisenfürsorge nur an hilfsbedürftige Arbeitslose gewährt. Die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung liegt den Gemeinden und Gemeindeverbänden ob.

Das alles neben der Fürsorge für die sonstigen Hilfsbedürftigen, deren Zahl jedes vor dem Kriege vorstellbare Maß überschreitet! So befanden sich am 31. März 1934 laufend in öffentlicher Fürsorge etwa 30 000 Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene, 590 000 Sozialrentner, 254 000 Kleinrentner und 640 000 Pflegelinge der allgemeinen Fürsorge. Dies sind wohlbemerkt nur die laufend Betreuten, für deren Unterhalt die Gemeinden Woche für Woche sorgen müssen. Hinzu kommen die ungezählten Personen, die sich in augenblicklicher Notlage an die Gemeinden um Hilfe wenden. Es gilt vor allem bei Familien, die nicht in der reichsgesetzlichen Krankenversicherung sind, in Krankheitsfällen für ärztliche Versorgung, für Arzneimittel, für Pflege und Krankenhausunterbringung zu sorgen. Ist doch nur eine kleine Schicht von Volksgenossen in der Lage, hierfür aus eigenen Mitteln aufzukommen. Und so geht es auch bei anderen Zufällen des Lebens: immer ist die Gemeinde die letzte Zuflucht.

Daß die Gemeinden in der hinter uns liegenden Zeit mit all ihren jetzt erst richtig aufgedeckten Zerfallserscheinungen des gesamten öffentlichen Lebens die an sie gestellten übermäßigen Anforderungen schlecht und recht erfüllt haben, läßt sich überhaupt nur dadurch erklären, daß die Grundlage, die gemeindliche Selbstverwaltung, auf der sie aufgebaut waren, in ihrem innersten Kern noch gesund und lebensfähig geblieben ist.

Trotzdem aber wäre das Wirken der Gemeinden und Gemeindeverbände nur unvollkommen gewesen, wenn sich ihre Tätigkeit lediglich auf die Gewährung des notwendigen Lebensbedarfs für die Hilfsbedürftigen erstreckt hätte. Soweit es sich um arbeitsfähige Personen handelt, muß die Hilfe in erster Linie darauf gerichtet sein, dem Hilfsbedürftigen Arbeit zu beschaffen und ihn möglichst wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern.

Da die Tätigkeit der oben erwähnten Arbeitsnachweise durch den Mangel an Arbeitsplätzen lahmgelegt wurde, hatte man schon bei der früheren Erwerbslosenfürsorge die sog. produktive Erwerbslosenfürsorge mit ihren Notstandsarbeiten eingerichtet, die dann als wertschaffende Arbeitslosenfürsorge in das AVAVG. übernommen worden ist. In der Fürsorgepflichtverordnung findet sich im § 19 die Bestimmung, daß die Unterstützung Arbeitsfähiger in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art (Fürsorge-

arbeit) gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden kann (Pflichtarbeit). Weiter ist im § 7 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vorgeschrieben, daß die Fürsorge jedem Hilfsbedürftigen, soweit möglich, Gelegenheit bieten soll, seine Arbeitskraft zur Beschaffung des notwendigen Lebensbedarfs für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einzusetzen. Die Gemeinden haben im Rahmen des ihnen finanziell möglichen diesem Ziel durch Einrichtung von Notstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeiten näher zu kommen versucht. Ihre Bemühungen mußten allerdings Stückwerk bleiben, solange die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und damit die Zunahme der Arbeitslosigkeit anhielt. Das Steigen der Unterstützungslasten auf der einen und das Sinken ihrer Einnahmen auf der anderen Seite schwächte schließlich die Finanzkraft der Gemeinden und Gemeindeverbände derart, daß ihnen eine Arbeitsbeschaffung nur noch in ganz beschränktem Umfange möglich war. Hieran vermochten auch die Arbeitsbeschaffungs-Programme früherer Regierungen im wesentlichen nichts zu ändern: sie haben zwar zur zeitweilige Mehrbeschäftigung Arbeitsloser geführt, aber das Übel nicht an der Wurzel angepackt, sodaß ihnen ein Dauererfolg versagt bleiben mußte.

Ein grundlegender Umschwung in dieser Lage ist erst eingetreten, als die nationalsozialistische Bewegung die Macht in Deutschland übernahm. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit eine der unerläßlichen Voraussetzungen für eine Gesundung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes ist, traf die Regierung Hitlers eine Reihe einschneidender Maßnahmen, deren außerordentlicher Erfolg allgemein bekannt ist. Seit dem Einsetzen der Arbeitsschlacht ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland von mehr als 6 Millionen auf rd. 2,3 Millionen Arbeitslose am 30. September 1934 zurückgegangen. Es ist also gelungen, fast 4 Millionen unfreiwillig feiernde Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot zu bringen.

In dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehen die Gemeinden und Gemeindeverbände in vorderster Front. Sie haben z. B. von den durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa) verteilten Reichsmitteln rund 60% in Anspruch genommen. Der Restbetrag verteilt sich auf Reich, Länder, Reichsbahn, Genossenschaften und gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, an denen ein großer Teil von Gemeinden und Gemeindeverbänden aller Gruppen ebenfalls beteiligt ist. Die auf diesem Wege von den Gemeinden und Gemeindeverbänden für Arbeitsbeschaffungszwecke hereingenommenen Gelder belaufen sich auf viele hundert Millionen Reichsmark. Rechnet man hinzu, was die Gemeinden und Gemeindeverbände in Ergänzung dieser Beträge noch aus eigenen Mitteln aufgewendet haben, so überschreitet die Summe des finanziellen Anteils der gemeindlichen Arbeitsbeschaffung an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Milliardengrenze um ein beträchtliches. Mit dieser gewaltigen Summe wurden vornehmlich Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an kommunalen Gebäuden — Verwaltungsgebäuden, Schulen, Krankenhäusern, Heilanstalten usw. —, Arbeiten zur Instandsetzung, Erneuerung und Erweiterung der Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Kanalisationsanlagen, Straßen- und Wegebauten, Meliorationen und Flußregulierungen, Forst-, Garten-, Park- und Friedhofsarbeiten, die Herrichtung von Bau- und Siedlungsgelände, Hafenarbeiten, Arbeiten an Feuer- und Luftschutzanlagen und Flughäfen, Deicharbeiten und einfache Erdarbeiten aller Art durchgeführt.

Neben diesen unmittelbaren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben zahlreiche Gemeinden durch die Errichtung von Arbeitsbeschäftigungsämtern auch

über ihren eigenen Verwaltungsbereich hinaus die allgemeine Arbeitsbeschaffung im Gemeindebezirk zu fördern versucht. Diese Arbeitsbeschaffungsämter haben u. a. die Aufgabe, die gesamte Bürgerschaft — namentlich die heimische und bezirkliche Wirtschaft — zu Aufträgen und Arbeiten anzuregen, die mit Hilfe der öffentlichen Arbeitsbeschaffung aus ihrer früheren Erstarrung gelösten Kräfte der freien Wirtschaft zu pflegen und zu entwickeln, noch unge-nützte Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten erschließen zu helfen, die mannigfaltigen Bestrebungen zur Niederringung der Arbeitslosigkeit zusammenzufassen und dadurch ihre Wirkungskraft zu steigern. In diesen Rahmen gehört auch die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit allem Nachdruck geführte Bekämpfung der Schwarzarbeit. Öffentliche Warnungen, Strafordrohungen, Razzien, laufende Kontrollen der Arbeitslosen und der Betriebe, die Einführung von Arbeitsbüchern und Arbeitspässen und andere Maßnahmen sind von den Gemeinden in diesem Kampf eingesetzt worden. Die in Preußen durch eine Polizeiverordnung geschaffene Möglichkeit, auch den Arbeitgeber, der Schwarzarbeiter beschäftigt, empfindlich zu bestrafen, bietet den Gemeinden eine wesentliche Unterstützung in ihren Bestrebungen zur Niederringung des sozialen Übels der Schwarzarbeit.

So haben im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit in Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der Arbeitsbeschaffung die Gemeinden ihren Mann gestanden. Sie werden, soweit es in ihren Kräften steht, auch weiterhin nichts unversucht lassen, die unterstützende Arbeitslosenhilfe mehr und mehr durch die Beschaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten für die noch arbeitslosen Volksgenossen überflüssig zu machen und damit zur Erreichung des von unserem Führer aufgestellten Zieles beizutragen, daß in Deutschland niemand, der arbeiten kann und arbeiten will, zu unfreiwilliger Untätigkeit verdammt ist.

Daneben sollen aber die Volksgenossen nicht vergessen werden, die außerstande sind, sich mit eigenen Kräften den Lebensunterhalt zu erwerben oder die einen Arbeitsplatz nicht mehr erhalten können. Es gilt, auch auf diesem Gebiet Schäden auszumerzen und die öffentliche Fürsorge im nationalsozialistischen Geist so zu gestalten, daß der unverdient in Not geratene Volksgenosse eine würdige Versorgung erhält, daß aber rücksichtslos gegen alle diejenigen vorgegangen wird, die zum Schaden der Allgemeinheit die Fürsorge ausnützen wollen. An diese Aufgabe werden die Gemeinden in der alten Form der Selbstverwaltung, aber mit dem Geist der neuen Zeit erfüllt, alle Kräfte setzen.

## **Zum Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934/35**

Von Assessor Helmut Stadelmann, Berlin.

Der Nationalsozialismus hat es — seitdem er unter der Führung Adolf Hitlers den Weg freigemacht hat zu einem neuen Deutschland — gezeigt, wie tief er in alle Lebensbereiche eingreift, schaffend, ordnend, gestaltend. Er hatte mit den zeitlichen Gegebenheiten zu rechnen, er sah sich einer Flut von Zerstörung und Zertrümmerung gegenüber, die das Staatsgebäude wegzuschwemmen drohte — und er stemmte sich ihr entgegen. Ohne Besinnen, ohne zu zaudern! Dämme, Wälle wurden gegen die heranbrandende Flut errichtet, und sie zerschellte, wurde zurückgedrängt, stetig, unaufhörlich, und verschwand. Ein festes Fundament zeichnete sich ab. Baustein fügte sich an Baustein zum Gebäude des neuen Reiches. Versunken die Theorien einer

hohen Wissenschaft, verweht die Phrasen des „einerseits — andererseits“ der Parlamente. Ein Wille herrschte, eine Gefolgschaft gehorchte, die Tat hatte gesiegt!

Der Sieg hätte nicht so umfassend sein können, wenn der Nationalsozialismus sich darauf beschränkt hätte, parteimäßig die politische Vormachtstellung zu erobern. Sein Ziel war größer: Er formte den deutschen Menschen! In der Abwendung vom Ich des Eigenlebens und in der Hingabe an das Du der Gemeinschaft wies er den neuen, einzig gangbaren Weg. Der Gemeinschaftsgedanke ergriff Besitz von allen denen, die „guten Willens“ waren und jeder erkannte, daß er selbst nicht mehr vom Staat verlangen konnte, als er selbst bereit war, ihm zu geben. Das sinn- und ziellose Nebeneinander hatte aufgehört zu sein, die Quellen des wahren Volkstums waren erschlossen, sie spendeten neue Kraft, neuen Glauben, neue Zuversicht. Die Ströme des gesunden Volkstums begannen zu fließen — ihre belebende Kraft mußte nur in rechte Bahnen gelenkt werden.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege fiel diese Aufgabe der neugeschaffenen NS.-Volkswohlfahrt zu und sie — als Organisation selbst noch im Aufbau — wurde sogleich vor die Bewältigung einer großen, verantwortungsschweren Aufgabe gestellt: vor die Durchführung des Winterhilfswerks 1933/34.

Der Führer gab den Befehl, die Gefolgschaft trat an, und mit einer Opferbereitschaft sondergleichen wurde von den vielen unbekannten, pflichttreuen Helfern des vergangenen Winterhilfswerks in stiller, zäher unermüdlicher Arbeit die heraufdräunende Not der Wintermonate bezwungen. Das Ergebnis des Opfermutes eines ganzen Volkes ist heute der Welt bekannt. Der Rechenschaftsbericht für das Winterhilfswerk 1933/34 liegt der Öffentlichkeit vor, auf ihn kann wegen der Einzelheiten verwiesen werden. Nur die Hauptzahlen seien hier angeführt, um die Größe dieses Werkes zu zeigen: Gesamtaufkommen für das Winterhilfswerk 1933/34 RM 358 136 040,71, mit denen fast 17 000 000 Hilfsbedürftige unterstützt werden konnten. Mit ganz besonderer Genugtuung aber kann festgestellt werden, daß die Verwaltungskosten mit RM 3414 129,74 nur einen Anteil von 0,95 % am Gesamtaufkommen des Winterhilfswerks 1933/34 ausmachen.

Die Arbeit der NSV. ist stetig vorwärtsgeschritten. Nach Beendigung des Winterhilfswerks erwuchsen ihr in dem Hilfswerk „Mutter und Kind“, in der Kinderlandverschickung, in der Betreuung von Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, in der Bearbeitung der zahllosen Einzelfälle von Hilfsbedürftigkeit, in der Sonderaktion „Kampf der Gefahr“ — Schutz dem Volksvermögen durch sinnvolle, zweckentsprechende Unterrichtung der Bevölkerung neue große Aufgaben. Auch sie sind mit bestem Erfolge gelöst worden. Wer einmal an einem schönen Sommertag ein Heim der NSV. besucht hat, in dem sich Mütter, losgelöst von Alltag und Familie, erholten, in dem Kinder frohe Sommerwochen verbrachten, wer die NSV.-Züge der Reichsbahn gesehen hat und den Jubel der Kinder über die Fahrt ins schöne Deutschland, der hat erkannt, daß hier ein wahrhaftes Werk des Sozialismus geschaffen worden ist, ein Werk, für das der Nationalsozialismus lebt und das für den Nationalsozialismus wirkt.

Nun ist mit dem Scheiden des Herbstes die NSV. wiederum in einen neuen Arbeitsabschnitt eingetreten. Am 9. Oktober hat der Führer das „Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934/35“ eröffnet; mit seiner Organisation ist wiederum die NSV. beauftragt. Sie wird sich auch in diesem Jahre ihrer Aufgabe gewachsen zeigen und in verantwortungsvoller Zusammenarbeit mit den übrigen Verbänden und Organisationen das Werk auch diesmal zu einem vollen

Erfolge führen. Auch in diesem Winter weiß der Deutsche, der sich in wirtschaftlich bedrängter Lage befindet, daß er nicht allein ist, daß seine Not von den anderen Volksgenossen mitgetragen und mitgelindert wird.

In den letzten Wochen sind durch Deutschland abertausende Waggons der Reichsbahn gerollt, die die vom Reichsnährstand gesammelten Kartoffeln den Verteilerstellen zuführen, der zweite Eintopfgerichtssonntag hat bereits mit einem guten Ertrag abgeschlossen, die sogen. Pfundsammlungen sind im Gange, in den Nähstuben wird an der Bereitstellung von Kleidungsstücken aller Art geschafft und die große Brennmaterialienversorgung gewährleistet Schutz vor der Winterkälte.

Der Führer gab den Befehl! Die Einheitsfront gegen Hunger und Kälte ist geschlossen. Ein Volk hat sich zu seiner eigenen Kraft zurückgefunden!

## **Aus der praktischen Arbeit des Winterhilfswerkes.**

Von Assessor Adolf Dierker, Berlin.

Das Winterhilfswerk ist eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes. Zu seiner Bewältigung ist eine Fülle von Kleinarbeit erforderlich, die nicht allein während des Winters erledigt werden kann. Die organisatorische Vorbereitungsarbeit für das Winterhilfswerk 1934/35 ist daher bereits im Sommer dieses Jahres aufgenommen worden. Durch eine erste Anordnung des Reichsführers vom 21. Juni 1934 ist der Beginn der Vorbereitungsarbeiten auf den 1. Juli 1934 festgesetzt worden.

Für die Vorbereitung des Winterhilfswerkes 1933/34 stand wenig Zeit zur Verfügung. Dennoch schuf der Wille des gesamten Volkes dies gewaltige Opferwerk.

Dem diesjährigen Winterhilfswerk steht die Erfahrung des vergangenen zur Seite. Es wird durchgeführt von einer bis ins kleinste vorbereiteten Organisation, die nicht um ihrer selbst willen geleistet wird, sondern das Ziel im Auge hat, mit allen Mitteln die Not des Winters zu bannen. Im Mittelpunkt aller Arbeit steht die Gesamtheit der hilfsbedürftigen Volksgenossen.

Es ist daher in einem der ersten Rundschreiben der Reichsführung der Kreis der Hilfsbedürftigen genau umgrenzt worden. Es sollen wie im vorigen Winter unterstützt werden Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger, Kurz- und Notstandsarbeiter, Klein- und Sozialrentner und sonstige Personen, die sich aus eigenen Mitteln und Kräften nicht oder nicht ausreichend erhalten können. Die Reichsführung hat bewußt davon abgesehen, eine bestimmte Einkommenshöhe als Richtsatz für die Gewährung einer Unterstützung festzusetzen. Eine solche Festsetzung ist infolge der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse unmöglich. Es ist vielmehr Sache der örtlichen Führer des Winterhilfswerks, im Zusammenwirken mit den Organen der amtlichen Wohlfahrtspflege den Richtsatz festzusetzen und durch den zuständigen Gauamtsleiter des Amtes für Volkswohlfahrt genehmigen zu lassen.

Eine sorgfältige Prüfung aller Anträge auf Unterstützung ist unbedingt erforderlich. Aus diesem Grunde sind mit dem Amt eines Prüfers nur erfahrene Parteigenossen und sonstige geeignete Mitglieder der an der Durchführung des Winterhilfswerks beteiligten Organisationen hinzuzuziehen. Jede oberflächliche bürokratische Prüfung muß vermieden werden. Eine eingehende Nachprüfung der für die Bejahung der Unterstützung maßgeblichen Verhältnisse des Antragstellers ist unerläßlich. Die Anordnung 5 der Reichsführung vom 29. August legt Gewicht darauf, daß die wirtschaftliche Lage des Antragstellers, die Größe und der Zustand seiner Wohnung und etwa vorhandene

besondere Notstände des Antragstellers und seiner Familienangehörigen genügend beachtet werden. Befindet sich die Familie in ärztlicher Behandlung, so ist mit dem Arzt Fühlung zu nehmen und sein Vorschlag über die Art der Unterstützung wünschenswert.

Um jeder Zeit einen genauen Überblick über die Entwicklung des Winterhilfswerks 1934/35 zu haben und um gleichzeitig eine verantwortungsvolle Durchführung desselben zu gewährleisten, ist bereits in der ersten Winterhilfswerks-Dienstanweisung eine genaue Anordnung für Buch- und Kassenerführung gegeben worden. Im Winterhilfswerk 1934/35 wird mit den modernsten Mitteln doppelter Buchführung gearbeitet und auf diese Weise die finanzielle Seite des Winterhilfswerks nach streng kaufmännischen Gesichtspunkten erledigt.

Eine Reihe von Einrichtungen dient dazu, das Interesse der Geber am nationalen Hilfswerk wach zu halten. Neben dem bereits zu einem Symbol gewordenen Eintopfgericht werden überall kleine Spenden in Form von Pfundspenden als außerordentlich erfolgreich bezeichnet. Die Durchführung dieser regelmäßig stattfindenden Sammlungen erfordert eine Reihe von Einzelhandlungen, um die Opfergaben aus dem Kreis der Spender den Hilfsbedürftigen zuzuleiten. Es muß Bedacht darauf genommen werden, daß in erster Linie nur gut haltbare Lebens- und Genußmittel für die Pfundsammlungen gespendet werden. In einer Reihe von Gauen haben sich bereits Besonderheiten in der Durchführung dieser Pfundsammlungen ausgebildet, die es zu berücksichtigen gilt. Oftmals sind die Schulkinder bei der Weiterleitung der von ihren Eltern gespendeten Pfundspenden beteiligt. Unschätzbare Verdienste haben sich hierbei auch die Frauenschaften erworben.

Die regelmäßig durchgeführten Eintopfgerichte berühren sehr stark das Wirtschaftsleben, vor allem das Gastwirtschaftsgewerbe. Die Erfahrungen des vorigen Winterhilfswerks haben gezeigt, daß ohne genaue Anweisung über die Zusammensetzung der Eintopfgerichte nicht auszukommen ist. Die Reichsführung des Winterhilfswerks hat daher, um unlauteren Wettbewerb auszuschalten, im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes eine bis ins einzelne gehende Anweisung erteilt, in welcher Weise die Eintopfgerichte herzustellen sind und zu welchen Preisen sie verabfolgt werden dürfen.

Auch die Reichssammeltage, die mit einem Verkauf von Abzeichen verbunden sind, erfordern eine nicht unbeträchtliche Vorarbeit. Für jeden dieser Sammelstage muß in einem besonderen Rundschreiben festgelegt werden, was für die Durchführung des Sammeltages von Bedeutung ist. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die Bestellung der Abzeichen so rechtzeitig erfolgt, daß die Notstandsgebiete, die mit der Herstellung dieser Abzeichen bedacht werden, auch Zeit genug haben, um neben ihrer von Saisoneinflüssen stark abhängigen Arbeit diese Sonderaufträge zu erledigen. Die nach künstlerischen Gesichtspunkten hergestellten Abzeichen sollen zugleich dazu dienen, die Herstellungsindustrie zusätzlich zu beschäftigen. Aus einem genauen Zuteilungsplan, den die Reichsführung aufstellt, ist zu ersehen, bei welchen Herstellern die einzelnen Gauen ihre Bestellungen aufzugeben haben. Der Einkaufspreis wie der Verkaufspreis ist einheitlich für das ganze Reichsgebiet festgesetzt. Für die Sammelstage selbst ist dann ein Heer von Helfern zu organisieren, die den Vertrieb der Abzeichen vornehmen. Da es sich bei den Preisen für die Abzeichen um geringe Beträge handelt, so erfordert eine genaue Abrechnung eine oft bis in die Nächte dauernde Arbeit der meist ehrenamtlich tätigen Helferschar.



Die mannigfachen Aufgaben des Winterhilfswerks erfordern eine große Arbeitsbereitschaft. Es gibt kaum eine größere Organisation im deutschen Vaterland, die sich nicht mit ganzer Kraft für die große Aufgabe eingesetzt hat. Mit allen maßgeblichen Organisationen hat der Reichsführer Abkommen getroffen, die eine intensive Zusammenarbeit im Winterhilfswerk gewährleisten. Ganz wahllos und ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien aus der Vielzahl der Helfer nur folgende erwähnt:

Die Technische Nothilfe erwartet von allen ihren Dienststellen, daß sie sich in den Dienst des Winterhilfswerks stellen, um so zum Gelingen des bedeutsamen Werkes der Nächstenliebe beizusteuern.

Die Polizei wird sich wie im vergangenen Winter auch jetzt wieder in den Dienst der Winterhilfe stellen.

Der Nationalsozialistische Deutsche Frontkämpferbund (Stahlhelm) hat in seinem Verordnungsblatt durch Verfügung vom 6. Oktober 1934 eingehend die Aufgaben aufgezeigt, die er im Rahmen des Winterhilfswerks auch in diesem Winter wieder durchführen will.

Der Deutsche Frauen-Arbeitsdienst stellt seine Lager für das Winterhilfswerk zur Verfügung. Umänderung alter und Anfertigung neuer Bekleidungsstücke stellen die Aufgabe dar, welcher sich die Frauenhände der Arbeitslager in erster Linie angenommen haben.

Die Deutsche Wehrmacht wird nach denselben Richtlinien wie im Vorjahr auch jetzt wieder für das Winterhilfswerk tätig sein, so weit es die Ausbildungsbelange nur irgendwie zulassen. Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Feldküchen, Kochkessel und Personalkräfte sind nach einer Anordnung des Reichswehrministeriums vom 9. Oktober 1934 zu Transporten, Sammlungen, Speisungen und sonstigen Hilfsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Musik- und Trompeterkorps dürfen für das Winterhilfswerk Wohltätigkeitskonzerte veranstalten. Die Mannschaftsküchen und Offiziersheime beteiligen sich an den Tagen des Eintopfgerichtes an der Durchführung eines Eintopfessens.

Der Chef des Stabes der Obersten SA.-Führung hat die SA. für den Kampf gegen Hunger und Kälte eingesetzt. Die Musikzüge stehen für Veranstaltungen des Winterhilfswerks zur Verfügung. SA.-Männer betätigen sich als Sammler. Arbeitslose SA.-Männer sollen zur Entladung und Verladung von Lebensmittelpenden in Stadt und Land abgestellt werden. Bei Werbezügen zu Gunsten des Winterhilfswerks können SA.-Abordnungen in geschlossener Formation teilnehmen.

Mit dem Reichsnährstand sind ausführliche Abmachungen getroffen worden über die Vermittlung der für das Winterhilfswerk von der Landbevölkerung gespendeten Gaben. Der Reichsnährstand und seine Untergliederungen haben die Aufgabe übernommen, die Spenden der Bauern für das WHW. einzusammeln. Diese Mitarbeit hat sich besonders bei der Aufbringung der für das Winterhilfswerk gespendeten Kartoffeln wertvoll gezeigt. Gerade bei der Beschaffung der Kartoffeln war eine gut aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit der verschiedenen Beteiligten unerlässlich. Es mußte dafür Sorge getragen werden, daß für die Hilfsbedürftigen eine einwandfreie Ware beschafft wurde, die auf möglichst schnellem Wege dem Verbraucher zuzuführen war. Die Kartoffelabfuhr mußte so rechtzeitig erfolgen, daß ein Verderben der Ware nicht zu befürchten war. Auf den Empfangsbahnhöfen war schnellste Entladung der Waggonen zu besorgen, weil sonst eine Verstopfung der Bahnhöfe unvermeidlich gewesen wäre.

Für den Transport der Kartoffeln ist es von erheblicher Bedeutung gewesen, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft wie im Vorjahre die Frachtfreiheit gewährt hat. Diese Frachtfreiheit wird für die Beförderung aller



Liebesgabensendungen gewährt und stellt somit eine wertvolle Unterstützung für das Winterhilfswerk dar. Um Mißbrauch zu vermeiden, kann jedoch die Ausgabe der Frachtbriefe nur unter Berücksichtigung der nach den früheren Erfahrungen aufgestellten Richtlinien erfolgen. Es müssen die Frachtbriefe in verschiedenen Ausfertigungen und in verschiedenen Färbungen herausgegeben werden, damit eine Kontrolle über ihre Verwendung jederzeit möglich ist. Die Gau-, Kreis- und Ortsgruppenführungen sind verpflichtet, über den Verbleib und über die Verwendung der Frachtbriefe jederzeit Nachweis zu führen.

Für die Deutsche Studentenschaft und das Deutsche Studentenwerk ist die Mitarbeit am Winterhilfswerk eine selbstverständliche Pflichterfüllung. Die Mitarbeit der Studentenschaft wird durch den örtlichen Einsatz aller Kräfte geleistet.

Auch die Presse beteiligt sich mit den ihr gegebenen Mitteln an der Werbung für das Winterhilfswerk. Durch unentgeltliche Aufnahme von Schlagzeilen, Hinweisen und Interviews wird die Leserschaft auf die große Bedeutung des WHW. aufmerksam gemacht.

Den Besuchern der Lichtspieltheater wird in Form von Bildstreifen die Mitarbeit am WHW. nahegelegt und der Kampf gegen die Not vor Augen geführt.

Nicht zu vergessen sind auch die Spenden der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die allmonatlich in Form von Gehalts- und Lohnabzügen geleistet werden. Mit allen Behördenorganisationen sind diesbezügliche Abmachungen getroffen worden. Die Banken und sonstigen Geldinstitute haben sich zur gebührenfreien Abschreibung der Konten bereit erklärt.

Wie sehr allen beteiligten Regierungsstellen der Erfolg des Winterhilfswerks am Herzen liegt, veranschaulicht vielleicht am besten der Aufruf des Herrn Reichsjägermeisters Göring vom 3. November 1934, der die deutschen Jäger aufgefordert hat die Jagderzeugnisse vom 9. bis 15. Dezember 1934 dem Winterhilfswerk als Spende zur Verfügung zu stellen, damit in den Weihnachtstagen den notleidenden Volksgenossen eine besondere Freude bereitet wird. Darüber hinaus hat er in seinem Erlaß an die Preußischen Staatsforsten, sowie an die Landesforstverwaltungen der übrigen deutschen Länder die Anweisung erteilt, in der vorgenannten Woche den Hauptabschuß des zum Abschuß freigegebenen Wildes vorzunehmen. Auch diese Jagderträge sollen ebenfalls dem WHW. zugute kommen.

Das in der Volksgemeinschaft wurzelnde Verbundenheitsgefühl der nationalsozialistischen Weltanschauung hat im WHW. seinen tiefsten Ausdruck gefunden. An seinem Erfolg nach Kräften mitzuwirken, ist nunmehr die erste Pflicht eines jeden deutschen Volksgenossen.

## **Gegenwartsaufgaben der Inneren Mission.**

Von Horst Schirmacher, Direktor des Central-Ausschusses für die Innere Mission.

Die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche ist nach dem Willen ihres Stifters, Joh. Hinr. Wichern, seit den Tagen der dumpf-bürgerlichen Revolution von 1848 die evangelische deutsche Volksbewegung zur Überwindung der volks- und gottfeindlichen Mächte in Deutschland mit dem Ziel einer wahrhaft sozialen und christlichen Volkserneuerung und einer wirklichen deutschen evangelischen Volkskirche. Ihr Aufgabengebiet ist ein doppelter:

1. Es soll in Deutschland keine Not mehr geben, der nicht mit aller Macht entgegengewirkt wird, und

2. es soll in Deutschland keine Sünde und kein Unrecht mehr geschehen, denen nicht die sündenüberwindende Kraft des Evangeliums entgegengesetzt wird.

Das erste Aufgabengebiet ist das diakonisch-soziale der evangelischen Liebestätigkeit. Auf diesem Gebiet leistet die Kirche für den Staat, in dessen Pflichtenbereich diese Aufgaben liegen, aus christlichem Gewissen heraus Pionierdienste. Ausgerüstet mit der Kraft des Evangeliums ist sie seine treueste Helferin. Das andere Arbeitsgebiet der Inneren Mission ist das volksmissionarische. Hier ist die Innere Mission die Dienerin ihrer Kirche, deren vornehmste Aufgabe die Evangeliumsverkündigung ist.

In den Personen, Verbänden, Anstalten und Einrichtungen der Inneren Mission sollen beide Anliegen unlösbar verbunden sein. — Innere Mission ist niemals Wohlfahrtspflege allein, auch nicht Seelsorge allein, sondern für sie gehört beides zusammen. Sie ist, wie man es öfters ausgedrückt hat, Evangeliumsverkündigung durch die Tat. „Sie ist der Weg zur Seele durch die Tat der Liebe.“

In einer holländischen Pressekorrespondenz wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß die Innere Mission die begeistertste Anhängerin des Nationalsozialismus sei, weil der nationalsozialistische Staat, wie kein Staatswesen zuvor, die Anliegen verwirklicht, welche die Innere Mission seit Wichern an den Staat gehabt habe. Dies ist mit das treffendste und gerechteste Urteil, welches das Ausland über unser Drittes Reich gefällt hat. Tatsächlich ist sich das evangelische Deutschland weithin darüber klar geworden, daß im Dritten Reich die Erfüllung der Sehnsucht aller evangelischen deutschen Großen, von Luther bis Wichern, Fliehn, Bodelschwing und Stöcker, angebahnt sei: Das deutsche christliche Volk. Aus dieser Haltung heraus erwachsen der Inneren Mission viele neue Aufgaben für Gegenwart und Zukunft, für den Staat und für die Kirche, für Gemeinde und Volk.

Zunächst sind diese Aufgaben mehr äußerer Natur.

Die Zusammenfassung der deutschen Länder zum innerlichst geschlossenen deutschen Reich stellt uns vor wichtige organisatorische Aufgaben, welche durch die Bildung der evangelischen Reichskirche wesentlich mit bestimmt werden. Das Amt für Volkswohlfahrt mit seinen straff geführten Unterorganisationen erfordert auf seiten der Inneren Mission ebenfalls Maßnahmen mit dem Ziel, die Überwindung des liberalistischen Individualismus so durchzuführen, daß trotzdem die Verantwortungsfreudigkeit der Vorstände, Kuratoren und dergl. nicht geschmälert wird. —

Die unseligen Folgen der vergangenen Systemwirtschaft müssen auch in der Inneren Mission nacheinander ausgeräumt werden durch mühevollen Sanierungsmaßnahmen. Die allgemeine Armut des deutschen Volkes zwingt die an sich sehr sparsame und wirtschaftliche Innere Mission zu noch schärferer Rationalisierung und Planwirtschaft, dabei aber auch zu maßlosen Anstrengungen, die eigene Leistungsfähigkeit noch mehr zu steigern und neue Wege zur Mittelbeschaffung zu erschließen. Das sind so die äußeren Sorgen, die wir mit dem ganzen deutschen Volk teilen. Manche arm gewordene Kirchengemeinde oder Synode, mancher müde gewordene Vorstand blickt in diesem schweren Ringen um die Existenz der übernommenen Arbeit dabei hilfesuchend auf die mächtige Partei und würde gerne seine Arbeit auch noch der NS.-Volkswohlfahrt aufbürden, um damit die Sorgen loszuwerden. Hier gibt es zu ermutigen, zu beraten, zu verhandeln und zu helfen mit unerhörtester Anstrengung, weil in dem gigantischen Ringen des deutschen Volkes

um Wiedererstarkung die Innere Mission auf keinem Gebiet zurückstehen darf: denn wir sind der Überzeugung, daß das deutsche Volk heute wie nie zuvor den opferbereiten Dienst all unserer Anstalten und Einrichtungen braucht und sich nicht den Luxus erlauben kann, Neues einzurichten, wo altes Bewährtes bei letzter Anstrengung noch leistungsfähig ist. Wir rufen unermüdlich zu heroischem letzten Einsatz auf: Die Kirchengemeinden für ihre Gemeindepflegestationen und Kindergärten, die Orts- und Kreisstellen der Inneren Mission für ihre Fürsorgearbeit, die Heil- und Pflegeanstalten, die Diakonissen- und Diakonenanstalten, die Einrichtungen der Gefährdeten-Fürsorge, Bahnhofsmision und Mitternachtsmission, die Mütterdienste und Mütterschulen, die Erholungs- und Schulungsheime. Wir wollen dem deutschen Volk für seinen großen Endkampf um den Wiederaufstieg das erprobte Sanitätskorps der Inneren Mission mit all seinen Einrichtungen leistungskräftig erhalten.

Zu den bisherigen Aufgaben sind nun neue getreten, welche von der Inneren Mission mit Energie in Angriff genommen werden.

Auf dem sozial-diakonischen Arbeitsgebiet sind es zunächst die Aufgaben, vor welche wir durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses gestellt sind. Die Innere Mission wird hier die seelsorgerlich bestimmte Bewahrungsarbeit leisten müssen, welche die hygienische Durchführung des Gesetzes zu ergänzen hat. (Das Gesetz selbst entspricht in manchen Teilen alten sozialhygienischen Forderungen der Inneren Mission.)

Neue Aufgaben, namentlich für die Gefährdeten-Fürsorge, ergeben sich aus den neuen Bestimmungen über den Strafvollzug. — Die Auswanderermission berichtet über das anschwellende Arbeitsgebiet des Dienstes an deutschen Rückwanderern. — Die Bahnhofsmision wird infolge des verstärkten Reiseverkehrs (Erholungsfürsorge für „Mutter und Kind“ und N.S. Gemeinschaft „Kraft durch Freude“) besonders in Anspruch genommen. — Unsere Landesverbände stehen vor der großen neuen Aufgabe eines Seelsorgedienstes an Landhelfern. — Die Fachgruppe des Central-Ausschusses „Soziale Arbeit“ steht mitten in der Aufbauarbeit eines großen Gemeindefürsorgewerkes, des Evangelischen Männerwerkes. —

Alles zusammen nur ein Ausschnitt aus allem Planen, Raten und Taten, das jetzt durch die Innere Mission geht.

Auf dem volksmissionarischen Arbeitsgebiet der Inneren Mission ist besonders die Apologetische Zentrale in Spandau in das harte Ringen mit christusfeindlichen Strömungen im Geistesleben der Gegenwart eingetreten. Hier werden gegenwartsnah und volksverbunden die Wegweisungen für die evangelische Kirche und ihre Verkündigung für den deutschen Menschen im Dritten Reich erarbeitet.

## **Die Gesetzgebung über das öffentliche Sammeln.**

Von Dr. Hans Busch,

Oberregierungsrat im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern.

Durch das Gesetz zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086)\* ist einheitliches Recht geschaffen für ein Gebiet, auf dem sich die verschiedensten Interessen mit dem gleichen Ziel der Erlangung materieller Unterstützung begegnen. Diejenigen, die berufen sind oder sich berufen fühlen, Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse von Volk und Staat liegen, wenden sich

\* Abgedruckt auf S. 358

an die Allgemeinheit mit der Bitte um Hergabe von Geld- oder Sachwerten zur Durchführung dieser Aufgaben. Die Zahl der Berufenen und Unberufenen und damit ihre Einwirkung auf das Volksganze wächst in einer Zeit, in der die Nation im Kampfe um ihr Dasein, um die Erhaltung ihrer nationalen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen steht. In diesem Kampfe erwachsen der Staatsführung insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen Aufgaben, zu deren Erfüllung sie der Mitarbeit weitester Volkskreise bedarf. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gerade diejenigen Vereine und Organisationen, die die Betreuung der notleidenden Volksgenossen als ihre Aufgabe ansehen, für sich das Vorrecht in Anspruch nehmen, in erster Linie von der Allgemeinheit materielle Unterstützung erbitten zu dürfen. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß auch auf die Mitarbeit derer, die sich die Stärkung des vaterländischen Willens und die Erhaltung kulturellen Gutes als Ziel gesteckt haben, nicht verzichtet werden kann. Pflicht der Staatsführung ist es, dafür zu sorgen, daß die materielle Inanspruchnahme der Allgemeinheit durch die verschiedenen auf sozialem, nationalem und kulturellem Gebiete Tätigen in geordneten Bahnen sich vollzieht, daß nur diejenigen, deren Arbeit dem Gemeinwohl dient, die Möglichkeit zu dieser Inanspruchnahme haben; sie muß verhindern, daß durch eine übermäßige Inanspruchnahme der Erfolg der einzelnen Sammlung gefährdet und die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt wird. Hierzu bedarf die Staatsführung eines gesetzlich verankerten Aufsichtsrechtes, enthaltend das Recht der Genehmigung des Sammlungsvorhabens und der Kontrolle der einzelnen Sammlung und ihres Veranstalters.

Bis zum Jahre 1915 war dieses Aufsichtsrecht nur landesrechtlich geregelt (in Preußen durch §§ 244 ff. II 20 Allgemeines Landrecht § 11 Zf. 4e der Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1825 (GS. 1826 S. 1) und § 11 der Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen vom 23. Oktober 1817 [GS. S. 248]). Doch schon im ersten Jahre des Weltkrieges, der gerade zur Durchführung der Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege Mitarbeit und Opfersinn der Bevölkerung in einem bis dahin noch nicht gekannten Ausmaße erforderte, zeigte es sich, daß die Landesgesetze und -verordnungen keine ausreichende Grundlage für eine ordnungsmäßige Staatsaufsicht boten. Es wurde deshalb vom Bundesrat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegserischer Ereignisse vom 4. August 1914 (RGBl. S. 327) durch die Bekanntmachung über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege vom 22. Juli 1915 (RGBl. S. 449) die Genehmigungspflicht für öffentliche Sammlungen zugunsten von Kriegswohlfahrtswirken eingeführt. Diese Bundesratsverordnung hatte zwar eine Einschränkung der „wilden“ Wohlfahrtsunternehmungen zur Folge, gab aber doch noch die Möglichkeit zu zahlreichen Umgehungen. Der Bundesrat erließ deshalb auf Grund des § 3 des genannten Ermächtigungsgesetzes am 15. Februar 1917 die Verordnung „Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges“ (RGBl. S. 143). Sie stellte eine ganz bedeutende Erweiterung und Verschärfung der Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juli 1915 dar, sie umfaßte nicht mehr nur die Kriegswohlfahrtspflege, sondern ganz allgemein die Wohlfahrtspflege. Nach ihr bedurften Sammlungen, Veranstaltungen, Gegenstandsvertriebe und Mitgliederwerbung zu Wohlfahrtswirken, d. h. zu Zwecken der Kriegswohlfahrtspflege oder sonst zu vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken (Wohlfahrtswirken), der Genehmigung der zuständigen Landesbehörde (§ 1 der VO.). Diese Verordnung, deren Geltung auch nach Beendigung des Krieges von der Rechtsprechung, insbesondere der des Reichsgerichts, anerkannt wurde — mit Ausnahme der Be-

stimmung über die Genehmigungspflicht der Mitgliederwerbung —, bildete bis zum Erlaß des Spendengesetzes vom 24. März 1934 (RGBl. I S. 236) die Rechtsgrundlage für die Staatsaufsicht über alle Sammlungen zu Wohlfahrtswirken; nach dem 24. März 1934 bis zum Sammlungsgesetz vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) galt sie nur noch für Sammlungen zu caritativen Zwecken. Die Mängel der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 lagen einmal darin, daß der Begriff „Wohlfahrtswirken“ nicht genügend klar definiert war und deshalb Auslegungen durch die Gerichte zuließ, die den Verwaltungsbehörden weitgehendste Beschränkungen in der Ausübung der Sammlungsaufsicht auferlegten. So endeten Strafverfahren wegen unerlaubter Sammlung zu „vaterländischen Zwecken“ mit einem Freispruch des Angeklagten, weil nach der Auffassung der Gerichte nur solche Sammlungen von der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtswirken betroffen wurden, bei denen in irgendeiner Form die wirtschaftliche Besserstellung bestimmter Personen oder bestimmter Volkskreise erstrebt wurde; oder eine Bestrafung nach der Bundesratsverordnung erfolgte deshalb nicht, weil der Angeklagte, der zwar unter dem Hinweis, notleidenden Volksgenossen helfen zu wollen, sammelte, in Wirklichkeit aber das gesammelte Geld für sich verwandte, nicht zu „Wohlfahrtswirken“ gesammelt habe. Des weiteren war es für die Durchführung des Strafverfahrens außerordentlich unerfreulich, daß sich die Angeklagten häufig mit Erfolg auf die Bekanntmachung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen vom 18. Januar 1917 (RGBl. S. 58) — die sogenannte Irrtumsverordnung — beriefen und so der Strafe entgingen. Daß diese z. T. aus der Entstehungsgeschichte der Bundesratsverordnung sich ergebende Divergenz zwischen Rechtsprechung und Verwaltung das Ansehen der Verwaltungsbehörden und die Staatsautorität beeinträchtigen mußte, ist erklärlich. Hinzu kommt endlich noch, daß nicht alle Sammlungen der Genehmigungspflicht nach der Bundesratsverordnung unterlagen. Für die Genehmigung der Sammlungen zu kirchlichen Zwecken galten besondere landesrechtliche Vorschriften, während die Sammlungen zu politischen Zwecken einer Genehmigung nicht bedurften, sondern nur bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung — seit der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. I S. 35) auch aus allgemeinen politischen oder sonstigen Gründen — verboten werden konnten.

Diese Mängel in der Gesetzgebung erschwerten die Durchführung der Staatsaufsicht auf dem Gebiete des Sammlungswesens und verhinderten eine erfolgreiche Bekämpfung der unerwünschten und unerlaubten Sammlungen. Die Inanspruchnahme, man kann wohl sagen die Belästigung der Bevölkerung, durch Sammlungen unter Anwendung der eigenartigsten Sammlungsformen nahm einen Umfang an, der staatspolitisch und volkswirtschaftlich gesehen, höchst bedenklich war. Die Reichsregierung beschloß daher im Zuge ihrer Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft zwecks Beseitigung der Arbeitslosigkeit das Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft vom 24. März 1934 (RGBl. I S. 235), dessen Abschnitt II Bestimmungen über die „Erhebung von Spenden (Spendengesetz)“ enthält. Hiernach unterlag die Erhebung von Spenden, d. h. freiwilligen Abgaben aller Art, mit Ausnahme der Spenden caritativer Art im Sinne der Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 und der Kollekten der Kirchen, der Genehmigung des Stellvertreters des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen. Die Rechtslage erfuhr also eine grundlegende Änderung. Genehmigungspflichtig wurden alle Sammlungen, die Ausübung des Rechtes der Genehmigung ging z. T. auf Reichs-

behörden über; die Landesbehörden behielten dieses Recht nur für die Sammlungen zu caritativen, d. h. zu Zwecken der Wohlfahrtspflege im engeren Sinne und für die Sammlungen zu kirchlichen Zwecken. In der praktischen Anwendung ließ das Spendengesetz den mit ihm erstrebten Erfolg der Entlastung des Sammlungsmarktes jedoch vermissen. Eine Verminderung der Sammlungen im Wege der Anweisung an die Genehmigungsbehörden zu erreichen, konnte bei der Vielheit der Behörden (Reichs-, Landes-, Provinzial- und Ortsbehörden) und wegen der oft engen Verbundenheit ihres dienstlichen Aufgabekreises mit den durch die Sammlung zu finanzierenden Aufgaben gewissen Schwierigkeiten begegnen.

Andererseits erwies sich eine fühlbare Einschränkung der Sammelstätigkeit als immer notwendiger. Diese erfolgte durch das Gesetz über das Verbot von öffentlichen Sammlungen vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531), das zwar nicht alle Sammlungen schlechthin verbot, aber ihre Durchführung in Formen untersagte, die erfahrungsgemäß den größten finanziellen Erfolg haben — die Straßen- und Haussammlungen und der Kartenvertrieb auf Straßen und Plätzen und von Haus zu Haus —. Ausnahmen von diesem Verbot konnte nur der Stellvertreter des Führers im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister wegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses machen.

Da das Sammlungsverbot jedoch bis zum 31. Oktober 1934 begrenzt war, mußte, falls nach diesem Zeitpunkt die wenig klare Rechtslage, die vor dem Erlaß des Verbotsgesetzes herrschte, nicht wieder Platz greifen sollte, eine reichsgesetzliche Neuregelung des Sammlungswesens erfolgen.

Das mit Wirkung vom 1. November 1934 in Kraft getretene Gesetz zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) erfüllt als Abschluß der gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Sammlungswesens diese Forderung. Es ist ein vollwertiges und wirkungsvolles Instrument zur Ordnung aller Vorgänge, die unter Inanspruchnahme der Gefreudigkeit und des Opfersinns der Volksgenossen auf die Erlangung materieller Vorteile gerichtet sind. Das Sammlungsgesetz macht die Genehmigungspflicht einer Sammlung grundsätzlich von der Sammlungsform und nicht, wie die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917, von dem Sammlungszweck abhängig. Die Beschaffung von Geld, Sachwerten oder geldwerten Leistungen an sich bedarf der Genehmigung, sei es, daß sie in der in § 1 aufgezählten, klar erkennbaren Form oder auf dem Umwege über die sogenannte unechte Mitgliederwerbung des § 2 erfolgt, oder sei es, daß sie mittels Kartenverkaufs, der Durchführung einer Veranstaltung oder des Vertriebs von Gegenständen im Sinne der §§ 3 Abs. 1, 4 und 5 des Gesetzes bewirkt werden soll. Es kommt für die Beantwortung der Frage, ob eine Genehmigung erforderlich ist, also nicht darauf an, wer den einzelnen Sammlungstatbestand erfüllt und wie die erlangten Mittel tatsächlich verwandt werden.

Die in § 1 des Gesetzes genannten Sammlungen und die in den §§ 2—5 behandelten sammlungsähnlichen Veranstaltungen unterliegen der behördlichen Genehmigung aber nur dann, wenn sie „öffentliche“ Sammlungen und Veranstaltungen sind; denn nur diese berühren die Interessen des Staates und der Allgemeinheit. Der Begriff der „Öffentlichkeit“ ist im Gesetz nicht definiert. Ob eine Sammlung oder Veranstaltung öffentlich ist oder nicht, dürfte nach den in der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu § 286 StGB. und zum Vereinsgesetz aufgestellten Grundsätzen zu beurteilen sein.

Die gesetzliche Festlegung eines Genehmigungserfordernisses und die Befugnis der Genehmigungsbehörde, dem Veranstalter der Sammlung Bedingungen auferlegen zu können (§ 7 aaO.), genügt aber nicht, um eine einwand-



freie, den Interessen des Staates und der Allgemeinheit gerecht werdende Sammeltätigkeit zu gewährleisten. Der Gesetzgeber hat daher in den §§ 9, 10 und 11 aaO. in Anlehnung an die entsprechenden Bestimmungen der Bundesratsverordnung — während das Spendengesetz diese Vorschriften nicht enthielt — der Genehmigungsbehörde ein Aufsichts- und Eingriffsrecht gegeben gegenüber Vereinigungen, Stiftungen, Anstalten, sonstigen Unternehmen und Einzelpersonen, die sich Mittel der Volksgenossen durch Sammlungen beschaffen oder beschafft haben. Revision der Geschäftsführung, öffentliche Warnung und ggf. Einsetzung eines Verwalters mit den Rechten eines gesetzlichen Vertreters und dem Recht der Auflösung des Unternehmens sind die Machtmittel, die der Verwaltungsbehörde zur Verfügung stehen, um einen Mißbrauch der im Vertrauen auf die Förderung des Gemeinwohls gegebenen Werte zu verhindern. Die Strafverfolgungsbehörden und -gerichte haben im § 13 aaO. die Rechtsgrundlage zum Einschreiten.

Der Genehmigung und Aufsicht der nach dem Sammlungsgesetz zuständigen Behörden unterliegen nicht die Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen, die auf Anordnung der Reichsregierung oder einer obersten Reichsbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern oder auf Anordnung und für den Bereich einer Kreispolizeibehörde oder von dem Reichsschatzmeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern oder der Behörde einer christlichen Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes unter den in § 15 aaO. näher bezeichneten Voraussetzungen durchgeführt werden. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so ist der die Ausnahme begründende Tatbestand nicht erfüllt, woraus zu folgern ist, daß für die betreffende Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung dann die Vorschriften des Sammlungsgesetzes gelten.

Das Sammlungsgesetz gibt den Verwaltungsbehörden die gesetzliche Grundlage zu einem sehr weitgehenden Eingriff in das Leben und die Tätigkeit der auf das Sammeln angewiesenen Vereinigungen und Verbände. Vor allem werden die Vereinigungen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege von dem Gesetz betroffen, da gerade sie es sind, die sich im Wege der Spendenwerbung die Mittel für ihre Arbeit beschaffen. Dem Amt für Volkswohlfahrt bei der Obersten Leitung der PO. und seinem Hauptamtsleiter, von denen die Reichsarbeitsgemeinschaft der anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege geführt wird, fällt die Aufgabe zu, die Verwaltungsbehörden bei der Anwendung des Gesetzes durch ihre Stellungnahme im einzelnen Fall zu unterstützen und mit dafür zu sorgen, daß auch dieses Reichsgesetz sich entsprechend dem Willen des Führers zum Besten der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und unserer notleidenden Volksgenossen auswirkt.

## **Kleinere Beiträge**

### **Kleinrentnerhilfe und Hauszinssteuerstundung**

Von Kurt Preiser

Das Gesetz vom 5. 7. 1934<sup>1)</sup> bringt einem Teil der Kleinrentner eine nicht unerhebliche Aufbesserung ihrer Bezüge. Es hat außerdem dazu geführt, daß von Kleinrentnern, die noch nicht oder nicht mehr die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen haben, in nicht unbeträchtlicher Zahl der Antrag auf Gewährung der Kleinrentnerhilfe gestellt worden ist. Diese Auswirkungen führen zu der Frage, inwieweit

<sup>1)</sup> Vgl. S. 145 und S. 258



Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer (Gebäudesondersteuer, Mietzinssteuer) durch das Kleinrentnerhilfegesetz berührt werden.

Die Hauszinssteuer geht zurück auf die Dritte Steuernotverordnung des Reichs vom 14. Februar 1924 (RGBl. I S. 74), die im § 26 den Ländern die Erhebung einer Steuer von dem bebauten Grundbesitz als Geldentwertungsausgleich eröffnete. Die Dritte Steuernotverordnung sah ausdrücklich eine Abwälzung der Hauszinssteuer auf die Mieter vor, Bestimmungen über die Behandlung unbemittelter Mieter waren jedoch darin nicht getroffen worden. Erst durch das Gesetz über Änderungen des Finanzausgleichs vom 10. August 1925 (RGBl. I S. 254) wurde die Dritte Steuernotverordnung dahin ergänzt, daß die Länder bestimmen, in welcher Weise und in welchem Umfang hilfsbedürftige Personen unter Mitwirkung der Fürsorgeverbände zu unterstützen sind. Die Länder sind in der Ausführung dieser Vorschrift verschiedene Wege gegangen. Es wirkt sich daher auch das Kleinrentnerhilfegesetz auf die Hauszinssteuerstundung in den einzelnen Ländern nicht einheitlich aus.

In Preußen ist die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer auf das engste in Zusammenhang mit der öffentlichen Fürsorge gebracht. Nach der Verordnung vom 29. August 1932 (GS. S. 281) und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 31. August 1932 (Volkswohlfahrt Nr. 18 Sp. 781; Min.Bl. f. d. preuß. inn. Verw. Nr. 42 Sp. 918) ist die Hauszinssteuer bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen zu stunden und niederzuschlagen,

- a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in der Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte,
- b) soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten.

Die Hauszinssteuer ist demnach insoweit, aber auch nur insoweit zu stunden, als an ihrer Stelle Leistungen der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßten.

Aus § 2 des Gesetzes vom 5. 7. 1934 ist zweifelsfrei zu entnehmen, daß die Hilfe, die den unter das Gesetz fallenden Kleinrentnern gewährt wird, fürsorgerechtlich nicht anders zu bewerten ist als der sonstige Aufwand der öffentlichen Fürsorge. Es handelt sich also bei der Kleinrentnerhilfe um Unterstützungen aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge im Sinne der Verordnung vom 29. 8. 1932.

Daraus folgt zunächst, daß eine Erhöhung der Kleinrentnerunterstützung auf Grund des Gesetzes vom 5. 7. 1934 nicht etwa zu einer Minderung der Hauszinssteuerstundung führen kann. Auch die Kleinrentnerhilfe bleibt gegenüber der Hauszinssteuerstundung in vollem Umfange subsidiär. Bei der Berechnung des Bedarfs für die Hauszinssteuerstundung ist daher die Kleinrentnerhilfe nicht etwa in Abzug zu bringen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß zunächst die Hauszinssteuerstundung einzutreten hat, bevor die Leistungen auf Grund des Kleinrentnerhilfegesetzes zu gewähren sind.

Dies gilt auch insoweit, als die Erhöhung der Unterstützung auf eine Nichtanrechnung des Aufwertungs- und Anleiheablösungseinkommens und des Arbeitsverdienstes zurückzuführen ist. Bei der Bedarfsberechnung für die Hauszinssteuerstundung müssen Aufwertungs- und Anleiheablösungseinkünfte sowie Arbeitsverdienst in dem gleichen Umfange außer Ansatz bleiben, wie dieses für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und die Bemessung der Kleinrentnerhilfe in den §§ 7 und 8 des Gesetzes vom 5. 7. 1934 vorgeschrieben ist. Die Gewährung der Kleinrentnerhilfe kommt erst dann in Betracht, wenn eine Hauszinssteuerstundung bis zum höchstzulässigen Betrage erfolgt ist, da zunächst die Steuerstundung einzutreten hat, bevor eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren ist.

Die Kleinrentnerhilfe kann also nicht zu einer Verminderung, sondern nur zu einer Erhöhung des Stundungsbetrages bis zu der Höchstgrenze führen.

Für die Praxis ergibt sich daraus, daß bei Empfängern der Kleinrentnerhilfe, die bisher schon aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden sind, sich hinsichtlich der Hauszinssteuerstundung nichts ändert, wenn diese entsprechend den gesetzlichen Vorschriften bereits in vollem Umfange gewährt worden ist. Das gleiche gilt bei Antragstellern, die noch nicht in der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, denen bisher aber schon die Hauszinssteuer in vollem Umfange gestundet worden ist.

In allen anderen Fällen ist zunächst die Frage der Hauszinssteuerstundung zu klären. Hierfür ist eine besondere Bedarfsberechnung aufzustellen, bei der die volle Miete<sup>2)</sup> einzusetzen ist.

Die Berechnung für die Hauszinssteuerstundung sieht etwa so aus:

Richtsatz der allgemeinen Fürsorge	32.— RM
Richtsatz der Kleinrentnerhilfe	40.— RM
darin für Unterkunft	12.— RM
bleiben als eigentliche Unterstützung	28.— RM
dazu die tatsächlich zu zahlende Miete (ohne Abzug der Hauszinssteuer)	25.— RM
Zusammen	53.— RM
Davon abzuziehen als Einkommen:	
Arbeitsverdienst	90.— RM
anrechnungsfrei nach § 8	55.— RM
anzurechnen	35.— RM
	= 35.— RM
bleiben als Bedarf	18.— RM

Bis zu diesem Betrage ist die Hauszinssteuer im Rahmen ihrer gesetzlichen Höchstgrenze zu stunden.

Der Betrag von 12.— RM als Teil des Richtsatzes, der für die Unterkunft bestimmt ist, ist willkürlich angenommen. Der Mietanteil im Richtsatz ist in den einzelnen Bezirksfürsorgeverbänden in Anpassung an den normalen Mietbedarf je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden. In der Regel beträgt er ein Viertel bis ein Drittel des Richtsatzes. Es ist auch vielfach üblich, den Differenzbetrag zwischen dem Richtsatz in der allgemeinen und dem in der gehobenen Fürsorge in voller Höhe mit als Mietanteil zu rechnen, da der höhere Richtsatz in der gehobenen Fürsorge hauptsächlich zur Deckung des höheren Mietaufwandes der Kleinrentner bestimmt ist. In der Kleinrentnerhilfe wird man hiervon jedoch absehen können, da durch die Erhöhung des Richtsatzes allgemein die wirtschaftliche Lage der Empfänger der Kleinrentnerhilfe gebessert werden soll und der Bezug der Kleinrentnerhilfe nur schwerlich zu einer Vergrößerung des Wohnbedarfs führen wird. Es dürfte daher zu rechtfertigen sein, wenn als Mietanteil lediglich ein Viertel bis ein Drittel des erhöhten Richtsatzes abgesetzt wird.

Die Bedarfsberechnung für die Hauszinssteuerstundung ist für die Bemessung der Fürsorgeleistungen ohne Bedeutung, d. h. der Fürsorgeverband ist nicht verpflichtet, die Differenz zwischen dem so errechneten Bedarf und dem gestundeten Hauszinssteuerbetrag als Unterstützung zu gewähren. Dies erklärt sich dadurch, daß für die Bemessung der Fürsorgeleistungen nicht ohne weiteres der volle, tatsächliche Mietaufwand, der bei der Bedarfsberechnung für die Hauszinssteuerstundung zugrunde gelegt wird, maßgebend ist.

Hiervon zu unterscheiden ist die Frage, wie die erfolgte Hauszinssteuerstundung bei der Bemessung der Fürsorgeleistungen zu berücksichtigen ist. Grundsätzlich wird davon auszugehen sein, daß der gestundete Betrag in Ansatz zu bringen ist, da die Hauszinssteuerstundung die Fürsorgeverbände entlasten soll. Die praktische Durchführung dieses Grundsatzes hängt jedoch davon ab, ob bei der Bemessung des Richtsatzes und des darin enthaltenen Mietanteils bereits von einer um den Hauszinssteuerbetrag gekürzten Miete ausgegangen worden war. Ist die Hauszinssteuerstundung bereits allgemein bei der Festsetzung des Richtsatzes berücksichtigt worden, so muß der Stundungsbetrag auch bei der Bemessung der Kleinrentnerhilfe im Einzelfall außer Ansatz bleiben. Nur wenn dies nicht der Fall ist oder wenn über die richtsatzmäßige Unterstützung hinaus Mietbeihilfen beantragt werden, ist die Hauszinssteuerstundung in Rechnung zu stellen.

In den anderen Ländern ist die Stundung der Hauszinssteuer (Gebäudesondersteuer, Mietzinssteuer) nicht in der Weise mit der öffentlichen Fürsorge verzahnt, wie dies in Preußen der Fall ist. Es dürften sich, wie die nachstehenden Beispiele<sup>3)</sup> zeigen, Auswirkungen des Kleinrentnerhilfegesetzes nicht ergeben.

<sup>2)</sup> Vgl. Preiser in der Zeitschrift für das Heimatwesen 1932 S. 499 und 567.

<sup>3)</sup> Vgl. Czach-Preiser „Die Miete des Hilfsbedürftigen“ in Heft 4 des Dtsch. Wohnungsarchivs 1933 S. 175.

In Bayern sind die Finanzämter ermächtigt, den steuerpflichtigen Hausbesitzern Mietzinssteuer und Wohnungsbauabgabe zu erlassen, wenn Mieter die ges. Miete nicht zahlen können. Die Zahlungsunfähigkeit der Mieter ist durch Bescheinigung der zuständigen Fürsorgebehörde nachzuweisen. Die Niederschlagung kann auch erfolgen, wenn Hausbesitzer selbst die Steuern nicht bezahlen können, aber auf den Ertrag des Hauses zur Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhaltes angewiesen sind, und insbesondere, wenn eine zwangsweise Beitreibung der Haussteuern den Steuerpflichtigen in seinem wirtschaftlichen Fortkommen gefährden würde. Es ist anzunehmen, daß auch in Bayern die Subsidiarität der öffentlichen Fürsorge gegenüber den Möglichkeiten, die Mietzinssteuer und die Wohnungsbauabgabe zu erlassen, gewahrt ist. Daraus folgt, daß die Erhöhung der Bezüge von Mietern auf Grund des Kleinrentnerhilfegesetzes nicht zu einer Einschränkung der Steuererlasse führen kann. Andererseits werden aber auch die Möglichkeiten, die Mietzinssteuer zu erlassen, durch das Kleinrentnerhilfegesetz nicht erweitert, da das Verfahren lediglich auf die tatsächliche Hilfsbedürftigkeit abgestellt ist. Der Steuererlaß wird also durch das Kleinrentnerhilfegesetz überhaupt nicht berührt.

In Baden sind 5% des Aufkommens an der Gebäudesondersteuer zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter bestimmt. Die Gemeinden können entweder Mietzuschüsse gewähren oder aber auf die Erhebung des auf sie entfallenden Steueranteils ganz oder teilweise verzichten. Dies geschieht dann mit der Auflage, daß der Hauswirt die Miete entsprechend kürzt. Soweit die Gemeinden Mietzuschüsse gewähren, werden sie sich die Frage vorlegen, ob diese nicht durch die Erhöhung der Unterstützung auf Grund des Kleinrentnerhilfegesetzes entbehrlich werden. Eine Kürzung der Mietzuschüsse in diesen Fällen würde aber weder im Sinne des Kleinrentnerhilfegesetzes noch im Sinne des Gesetzes über Änderungen des Finanzausgleichs vom 10. 8. 1925 liegen. Das gleiche gilt für den Verzicht auf die Erhebung des auf die Gemeinden entfallenden Steueranteils von den Hausbesitzern.

In Thüringen ist Sozialrentnern, Kleinrentnern und Arbeitslosen, die auf Grund ges. Vorschrift Unterstützung beziehen oder ausgesteuert sind, kinderreichen Familien, Schwerkriegsbeschädigten, unterstützungsberechtigten Kriegshinterbliebenen sowie Personen, die in der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt werden, im Falle der Bedürftigkeit auf Antrag beim Finanzamt die anteilige Aufwertungssteuer zu stunden, zu ermäßigen oder zu erlassen. Bedürftigkeit wird ohne weiteres angenommen, wenn das Jahreseinkommen nicht mehr als 1000 RM beträgt. Da die Stundung, Ermäßigung und Niederschlagung auf die tatsächliche Bedürftigkeit abgestellt und die Subsidiarität der öffentlichen Fürsorge gewahrt ist, können Änderungen durch das Kleinrentnerhilfegesetz nicht eintreten.

In Hessen sind hilfsbedürftige Personen, die dauernd oder vorübergehend die durch die Sondergebäudesteuer bedingte Mieterhöhung nicht tragen und eine Wohnungsänderung nicht vornehmen können, durch die Fürsorgeverbände zu unterstützen. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit bestimmt sich nach den Reichsgrundsätzen. Über das Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit und über die Höhe der etwa zu gewährenden Sondermietunterstützung entscheidet die Fürsorgestelle. Die Sonderunterstützung wird bis zum Betrage der in der Miete des Hilfsbedürftigen enthaltenen Sondergebäudesteuer gewährt. Die Aufwendungen werden den Bezirksfürsorgeverbänden vom Lande erstattet. Hier gilt das gleiche, was über die Regelung in Baden gesagt worden ist. Auch hinsichtlich der Ansprüche der Bezirksfürsorgeverbände gegen das Land auf Erstattung ihrer Aufwendungen dürften Änderungen durch das Kleinrentnerhilfegesetz nicht eintreten.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine Unzuträglichkeit hingewiesen, die sich aus der verschiedenartigen Regelung der Hauszinssteuerfrage in den einzelnen Ländern für die Ersatzansprüche zwischen Bezirksfürsorgeverbänden ergeben kann. Während die Mietzuschüsse, die von den Bezirksfürsorgeverbänden, z. B. in Baden, im Hinblick auf die Hauszinssteuer gewährt werden müssen, als erstattungsfähiger Fürsorgeaufwand im Sinne der §§ 14, 16 der Fürsorgepflichtverordnung zu gelten haben, muß die Niederschlagung der Hauszinssteuerstundung, wie sie in Preußen und Thüringen erfolgt, bei der Ersatzforderung unberücksichtigt bleiben. Wenn auch in Preußen die Hauszinssteuerstundung ausdrücklich als ein Mittel gekennzeichnet worden ist, mit dem die öffentliche Fürsorge Hilfe leistet, so wird sie doch nicht aus Mitteln der

öffentlichen Fürsorge gewährt und kann daher nicht als ersatzfähiger Fürsorgeaufwand gelten. Dies bedeutet für die Bezirksfürsorgeverbände eine Benachteiligung, da die Hauszinssteuerstundung mit zu Lasten der Gemeinden geht. Andererseits ist selbst der Sonderbeihilfe, die in Hessen hilfsbedürftigen Mietern gewährt wird, der Charakter einer Unterstützung im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung nicht abzusprechen. Dem steht auch der Umstand, daß diese Aufwendungen den Bezirksfürsorgeverbänden bis zum Betrag der in der Miete des Hilfsbedürftigen enthaltenen Sondergebäudesteuer vom Staate erstattet werden, nicht entgegen. Es handelt sich dabei nur um einen internen Lastenausgleich, der bei Ersatzforderungen auf Grund des § 16 der Fürsorgepflichtverordnung ohne Einfluß ist. Die Regelung in Hessen ist mit dem Mietbeihilfensystem zu vergleichen, wie es nach der Notverordnung vom 8. 6. 1932 (GS. S. 199) bis zum August 1932 in Preußen bestanden hat. Damals ist es nicht zweifelhaft gewesen, daß die Mietbeihilfen, die von den Bezirksfürsorgeverbänden an hilfsbedürftige Mieter gewährt wurden, zu dem erstattungsfähigen Fürsorgeaufwand zu rechnen sind. Aus der unterschiedlichen Regelung in Hessen und Preußen haben sich bereits insofern Schwierigkeiten ergeben, als die preußischen Fürsorgeverbände es als unbillig empfinden, daß sie an hessische Fürsorgeverbände mehr erstatten müssen, als diese an sie zu zahlen haben. Die Anregung einer preußischen Behörde, die Unbilligkeit durch einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Hessen auszugleichen, ist allerdings kürzlich unter Verneinung der Bedürfnisfrage höheren Ortes abgelehnt worden.

Nicht nur aus diesem Grunde wäre es erwünscht, wenn auch auf dem Gebiete der Hauszinssteuerstundung einheitliches Recht für das Reich geschaffen würde. Einen weiteren Anlaß hierzu dürfte die nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931 (RGBl. I S. 699) vom 1. April 1935 ab eintretende Senkung der Hauszinssteuer geben, da im Hinblick auf § 8 Kap. I Zweiter Teil der Verordnung vom 8. 12. 1931 eine generelle Regelung der Hauszinssteuerfrage erforderlich erscheint.

## Bewegung und Volk in der Wohlfahrtsarbeit

Aus der N. S. V.

Die für die gesamte Wohlfahrtspflege verantwortliche Arbeit des Amtes für Volkswohlfahrt ist auch während des Berichtsmonats November weitergegangen. Neben den Arbeiten für das WHW., die den ersten Platz in der Winterwohlfahrtsarbeit einnehmen, gilt die Sorge der NSV. auch der Gesamtentwicklung der freien Wohlfahrtspflege. Ihre notwendigen Einrichtungen müssen auch den Winter über gehalten werden. Aus diesem Grunde hat der Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt zugleich als Reichsbeauftragter für das WHW. mit den übrigen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege die folgende Vereinbarung vom 1. November 1934 getroffen:

„Die örtlichen Organisationen der Inneren Mission, der Caritas und des Deutschen Roten Kreuzes sind berechtigt, auch während der Dauer des Winterhilfswerkes 1934/35 ihre Vereinsbeiträge in der bisher üblichen Form einzuziehen, damit die Organisationen in der Lage sind, ihre Arbeit auch im Winter durchzuführen.

Unbeschadet der reichsgesetzlichen Regelung des Sammelwesens verpflichten sich jedoch die unterzeichneten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, im Interesse des Winterhilfswerkes von öffentlichen Sammlungen von Haus zu Haus oder durch öffentliche Aufrufe in den Tageszeitungen oder durch Versendung von Bittbriefen oder in sonstiger Form außerhalb des Rahmens des Winterhilfswerkes abzusehen. Lediglich den Einrichtungen der geschlossenen und halb-offenen Fürsorge ist es wie im Vorjahre gestattet, in der Zeit vom 5. bis einschließlich 11. Dezember 1934 Bittbriefe an die ihnen nahestehenden Kreise zu versenden. Der Versand von Bittbriefen als Beilage zu den Tageszeitungen ist untersagt. Um der Einheitlichkeit des Winterhilfswerkes willen sind die Vertreter der kirchlichen Wohlfahrtspflege und des Deutschen Roten Kreuzes sowohl bei der Aufbringung der Mittel zum Winterhilfswerk heranzuziehen als auch bei der Verteilung der Spenden im Rahmen des Winterhilfswerkes zu beteiligen. Insbesondere sollen die Ver-

treter dieser Vereinigungen Gaben des Winterhilfswerkes an die bisher von ihnen betreuten Hilfsbedürftigen übermitteln.“

Diese Vereinbarung hat infolge des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen, das am 5. November 1934 erschienen ist (RGBl. I S. 1086), eine besondere Bedeutung erhalten. Das neue Gesetz unterwirft alle öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen einer Genehmigung durch die zuständige Behörde. Da die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zum großen Teil mit freiwilligen Gaben aus öffentlichen Veranstaltungen sich finanzieren, so ist es für sie von entscheidender Bedeutung, ob die Genehmigung erteilt wird oder nicht. Das Sammlungswesen ist der Lebensfaden der freien Wohlfahrtspflege. Die vorstehend wiedergegebene Vereinbarung der Spitzenverbände wäre gegenstandslos, wenn für die in ihr vorgesehenen sammlungsähnlichen Veranstaltungen die Genehmigung der zuständigen Behörde nicht erteilt würde. Es kam daher darauf an, eine solche Genehmigung rechtzeitig genug herbeizuführen, damit die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege wirklich in der Lage waren, in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember 1934 die Bittbriefe zu versenden.

Bei der Verwirklichung dieses Vorhabens ergab sich aber die Schwierigkeit, daß im Sammlungsgesetz selbst nicht bestimmt ist, wer als zuständige Behörde anzusehen ist. Die Bestimmung darüber ist nach § 16 des Sammlungsgesetzes vielmehr einer Durchführungsverordnung vorbehalten. Es war somit erforderlich, an den gemäß § 16 des Sammlungsgesetzes federführend beteiligten Reichsminister des Innern heranzutreten, um ihn zu veranlassen, im Wege eines Sondererlasses eine allgemeine Sammlungsgenehmigung des Inhalts zu erteilen, wie sie in der Vereinbarung der Spitzenverbände vom 1. November 1934 niedergelegt worden ist. Der Hauptamtsleiter Pg. Hilgenfeldt hat sich deshalb sogleich nach dem Erlaß des Sammlungsgesetzes bei dem Reichsminister des Innern verwandt, der darauf mit Schreiben vom 24. November 1934 die Sammlungsgenehmigung antragsgemäß erteilt hat. Zugleich sind die Länderregierungen, Ober- und Regierungspräsidenten an-

gewiesen worden, im Sinne der Vereinbarung vom 1. November 1934 sammlungsähnliche Veranstaltungen der freien Wohlfahrtspflege zuzulassen.

Es ist ein alter Brauch, daß gelegentlich der Weihnachtszeit Wohltätigkeitsveranstaltungen abgehalten werden, die dazu dienen, notwendige Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu erhalten. Diese Veranstaltungen werden meist in Form einer Weihnachtsfeier stattfinden. Da auf diesem Wege Mittel zusammengebracht werden, die zu einer Entlastung des Winterhilfswerkes führen, hat der Reichsführer bereits durch eine Anordnung vom 2. November 1934 ausgesprochen, daß gegen derartige Veranstaltungen der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege grundsätzlich nichts einzuwenden ist. Der Reichsführer hat deshalb auch bei dem Reichsminister des Innern die Anregung gegeben, bei der Prüfung der Frage, ob für solche Veranstaltungen eine Sammlungsgenehmigung zu erteilen ist, grundsätzlich davon auszugehen, daß diese im bescheidenen Rahmen gehaltenen Weihnachtsveranstaltungen dem Winterhilfswerk nicht abträglich sind.

Eine interessante Rechtslage ergab sich für den Verkauf von Wohlfahrtsbriefmarken, der nach den Richtlinien der Deutschen Nothilfe am 5. November dieses Jahres beginnen sollte, dadurch, daß durch das Sammlungsgesetz eine neue Genehmigung des Vertriebes der Wohlfahrtsbriefmarken erforderlich wurde. Diese Genehmigung wurde sofort beantragt und am 14. November erteilt. Dadurch wurde die in der Zeit vom 5. bis 14. November bestehende unsichere Rechtslage beseitigt. Auch in diesem Falle ist die Genehmigung zum Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarken im Wege eines Sondererlasses erfolgt.

Dierker.

#### Mitarbeit der Inneren Mission im Winterhilfswerk.

Der Reichsbeauftragte des Winterhilfswerks, Hilgenfeldt, hat am 24. September 1934 den Präsidenten des C.-A. f. I. M. um Mitarbeit der I. M. und um Benennung einer Persönlichkeit als Verbindungsmann zum Winterhilfswerk gebeten. Präsident Themel hat darauf am 27. September 1934 durch das folgende Schreiben geantwortet:

Auf das Schreiben vom 24. September 1934 erwidere ich, daß die Innere Mission mit allen Kräften im Winterhilfswerk mitarbeiten wird, damit die Not im deutschen Volk gelindert werde. Wir stehen in Treue hinter unserem geliebten Führer und hinter Ihnen, weil wir wissen, daß das Winterhilfswerk in bewährten Händen liegt. Ich bin gern bereit und damit einverstanden, daß die Innere Mission als Mitglied der Reichsarbeitsgemeinschaft des Winterhilfswerks des deutschen Volkes 1934/35 bekanntgegeben wird. Als Verbindungsmann zum Winterhilfswerk benenne ich wie im Vorjahre Herrn Pastor Engelmann, Berlin-Dahlem, Zietenstr. 24. Ich habe alle Kräfte und Verbände der Inneren Mission aufgerufen, das Werk des Führers mit aller Macht zu fördern und mitzuhelfen am Sieg über Winternot und -kälte.

#### Aus der Arbeit des Caritasverbandes.

In Münster i. W. tagten am 6. und 7. November die Mitglieder des Zentralrates des Deutschen Caritasverbandes. Die Beratungen der vom deutschen Episkopat bestellten Vertreter der katholischen kirchlichen Liebestätigkeit aus allen deutschen Diözesen hatten wichtige Fragen kirchlicher Wohlfahrtsarbeit zum Gegenstand, vor allem im Zusammenhang mit der Neuordnung auf dem Gebiet des deutschen Gesundheitswesens.

Im Verlaufe der Arbeitstagung nahm der Oberhirte der Diözese Münster, Exz. Clemens August Graf von Galen, Gelegenheit, dem Deutschen Caritasverband und allen unter seiner Führung im Dienste der Liebestätigkeit stehenden Vereinen, Einrichtungen und Persönlichkeiten die dankbare Anerkennung des deutschen Episkopates zum Ausdruck zu bringen. Eindringlich betonte der Bischof die Notwendigkeit des Einsatzes der auch heute ungebrochenen Kraft christlicher Nächstenliebe im Dienste des Volkes, ermutigte zu rastloser Weiterarbeit auch unter schwierigen Umständen und segnete das ganze Werk der Caritas wie alle seine opferbereiten Helfer und Helferinnen.

Während der Tagung konnte auch der Leiter des Amtes für Volkswohlfahrt im Reichsorganisationsamt der NSDAP, Herr Erich Hilgenfeldt, begrüßt werden. Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Kreutz, wertete die Anwesenheit des Herrn Reichsbeauftragten

für das WHW. des deutschen Volkes in seinen Begrüßungsworten als ein Zeichen der Würdigung katholischer Liebestätigkeit wie als ernsten Beweis für den Willen zu vertrauensvollem Zusammenwirken im Sinne echter Kameradschaftlichkeit, der Grundlage des Zusammenwirkens der Spitzenverbände der deutschen Wohlfahrtspflege überhaupt. So werde auch segensvoller Arbeit im Sinne des Führers und Kanzlers der Weg bereitet.

Reichsbeauftragter Hilgenfeldt entwickelte im Rahmen gehaltvoller Ausführungen die Leit motive für die Wohlfahrtsarbeit im nationalsozialistischen Staat; diese suche, auf den Dienst der Tat an einem sich wieder erneuernden Volk ausgerichtet, die Not zu bannen, wo immer sie sich findet. Er sprach dann über das Winterhilfswerk, das in erfreulichem Maße die Opferkraft des deutschen Volkes, vor allem auch der deutschen Bauernschaft, angeregt habe. Der Anruf, beim Winterhilfswerk als einem der großen Werke deutscher Helfergemeinschaft wie bei dem ebenso wichtigen Werk „Mutter und Kind“ sich einzusetzen, begegnete bei den Versammelten der gleichen Bereitschaft, die der Deutsche Caritasverband kürzlich für alle seine Gliederungen in einem eigenen Aufruf zum Winterhilfswerk zum Ausdruck brachte. Die wiederholte Würdigung kirchlicher Liebesarbeit, die Bejahung ihrer lebensgemäßen Bewegungsfreiheit, die Anerkennung ihrer im Volke verwurzelten Werte und die Versicherung, man werde die lebendig wirkenden Kräfte der Caritas frei sich gestalten lassen, wurden von den Teilnehmern der Tagung freudig begrüßt. — Eine längere Aussprache ergab einen lebhaften Austausch von Meinungen, Anregungen und Wünschen; alles mit dem Ausblick auf das gemeinsame große Ziel: der Zusammenarbeit im Geiste volksverbundener Mitsorge für das Gesamtwohl.

Einen Einblick in die Caritasarbeit, wie sie in einer großen Diözese im Zeitraum eines Jahres geleistet wird, vermittelt der soeben erschienene Bericht „Die Caritas im Bistum Münster an der Zeitwende 1933“ (Druck der Westfälischen Vereinsdruckerei — Münster i. W.). Darin ist vorbildlich dargestellt und belegt, was die katholische Liebesarbeit für die Gemeinschaft wie für in Not geratene Familien und einzelne Volksgenossen leistet. Einleitende grundsätzliche Ausführungen über „Katholizismus, Familie



und Caritas“ bringen deutlich zum Ausdruck, daß die katholische Lehre gerade Schutz und Förderung der Familie fordert und daß die Caritas in Konsequenz dieser Forderung der Sorge für die Familie den größten Teil ihrer Arbeit widmet. Mit Zitaten aus Schriften des Gründers des Deutschen Caritasverbandes Lorenz Werthmann und des Caritashistorikers Prof. Wilhelm Liese wird gültig bewiesen, daß die Familie das Hauptziel der Caritas ist und es auch sein muß. Für die grundsätzliche Einstellung ist auch dieser Satz bezeichnend: „Zu tiefst ist alle katholische Caritasarbeit auf die Familie gerichtet und durch die Familie bestimmt.“ Caritas ist immer, wenn wir auf den Kern der Sache gehen: Familien-erneuerung, Familienergänzung, Familienvertretung.“

Nach diesen drei Gesichtspunkten wird dann in dem folgenden Berichtsteil die Caritasarbeit in der Diözese statistisch belegt (Familienerneuerung: Eheberatung, Mütterberatung, offene Fürsorge für Mutter und Kind, Müttererholungs-fürsorge, Erholungs-fürsorge für Krieger-frauen und Kriegervitwen, Mütter-schulung, Trinkerfürsorge; Familienergän-zung: Kindergärten, -Horte und -Tages-heime, Fürsorge während der Ferien, Krankenhauses, ambulante Kranken-pflege, Fürsorge für Lungenkranke, Heil-stätten und Genesungsheime für Kinder und Erwachsene, Landaufenthalt für Stadtkinder, Krüppelfürsorge, Schwestern-erholung, Familienpflege, Mitarbeit in der Winterhilfe und im Hilfswerk „Mutter und Kind“; Familienvertretung: Wai-senfürsorge, Alters- und Invalidenfürsor-g, Fürsorgeerziehung, Fürsorge für kör-perlich und geistig Schwerbehinderte usw.). Der Bericht über die Fürsorge für Sonder-gruppen zeigt, daß für Wanderer, Auswan-derer, Siedler, Schifferkinder, Erwerbslose, Studierende, Künstler, für Straffällige und Gefangene unzählige Werke brüderlicher und schwesterlicher Hilfe in aller Stille ge-schehen. Von stärkster Überzeugungskraft sind einige Zahlen, die der Bericht am Schlusse anführt. Sie geben Aufschluß über die tägliche Caritasarbeit im Jahre 1933:

	täglich
Pfleglinge in den Anstalten	20 542
davon unentgeltlich	1 011
mit Ermäßigung	1 986
Einzelhilfeeleistungen ambulant	2 627
davon unentgeltlich	185

Zeitaufwand für ambulante Pflege	3 390
Stunden täglich	
Zeitaufwand für Familienpflege	789
Stunden täglich	
Nachtwachen pro Nacht	600
Betreute Kinder in Kindergärten, Horten und Tagesheimen (für rund 200 Tage im Jahr)	19 008 täglich
davon unentgeltlich	5 146 täglich
Zeitaufwand für die Betreuung der Kinder	1 542 Stunden täglich
Kinderspeisung	4 970 Portionen täglich
Armenspeisung (nur in den rein caritativen Häusern)	6 120 Portionen täglich
Sonstige Armenunterstützung im Werte von 1 839,56 RM	täglich.

Aus der zuletzt erschienenen Caritas-literatur sei aufmerksam gemacht auf die Broschüre „Durch Opfer zum Leben“, einen Sonderdruck aus der „Sobrietas“, den Blättern der katholischen Nüchtern-heitsbewegung (Hoheneckverlag, Berlin SW 68). Sie enthält die Hauptreferate, die auf den in dieser Zeitschrift schon er-wähnten Tagungen für Trinkerfürsorge in Dortmund und Stuttgart gehalten wur-den. Die Broschüre stellt in der Tat einen wirkungsvollen Aufruf dar, durch Opfer-geist und Opfertat dem Leben und der Lebensrettung zu dienen.

#### Aus der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes.

Soeben erscheinen neue Anordnungen über Organisation und Ausbildung der weiblichen Hilfskräfte im Deutschen Roten Kreuz. Damit wird ein Tätigkeitsgebiet neu geregelt, das bereits in den Ur-sprungstagen der Frauenarbeit unter dem Zeichen des Roten Kreuzes vor 70 Jah-ren eine große Rolle spielte und heute wieder weit über die Kreise des Roten Kreuzes hinaus Interesse findet. Es han-delt sich dabei darum, Frauen und Mäd-chen, die bereit, gewillt und geeignet sind, echten Helferdienst zu leisten, in geeigne-ter durch jahrzehntelange Erfahrung er-probter Weise theoretisch und praktisch zu schulen und vor wirkliche persönliche Aufgaben zu stellen, die den eigenen prak-tischen Einsatz fordern.



Die weiblichen Hilfskräfte, die den Frauenvereinen des Deutschen Roten Kreuzes unterstellt sind, werden in Orts-, Kreis-, Provinzial- und Landesgruppen gegliedert, die von Orts-, Kreis-, Provinzial- und Landesgruppenleiterinnen geführt werden. Diese Leiterinnen sind den Vorsitzenden der Frauenvereine des Deutschen Roten Kreuzes unterstellt.

Innerhalb der Gruppen sind zwei Stufen zu unterscheiden: Samariterinnen und Helferinnen. Die Samariterinnen haben eine wesentlich theoretische Ausbildung in 20 Doppelstunden erhalten, für die ein ganz bestimmter Lehrplan festgelegt ist. Der Lehrplan beginnt mit den Aufgaben des Roten Kreuzes im nationalsozialistischen Staat und umfaßt eingehende Belehrung über den Bau des menschlichen Körpers und die Kenntnis der Handgriffe, die bei Unfällen, Verletzungen und dergl. notwendig sind. Nach Abschluß des Lehrganges wird nach einer Prüfung auf persönliche Eignung und der erworbenen Kenntnisse der Ausweis als Samariterin gegeben. Die Ausbildung zur Helferin setzt die Ausbildung als Samariterin voraus, sie fordert einen weiteren theoretischen Lehrgang von 20 bis 30 Doppelstunden und eine dreimonatige praktische Ausbildungszeit in einem Krankenhaus. Bei der Ausbildung der Samariterin und Helferin sind Ärzte und Schwestern, gegebenenfalls auch geeignete Mitglieder der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz beteiligt. Das Ziel dabei ist, nicht irgendwelche allgemeinen Kenntnisse zu vermitteln, sondern brauchbare Hilfskräfte, die im Fall der Not mit Überlegung das Richtige zu tun wissen, heranzubilden, wobei besonders eingeschärft wird, daß es sich nur um Hilfskräfte handelt, die in keiner Weise etwa mit der beruflich tätigen Schwester und Krankenpflegerin gleichgestellt werden können.

Die Organisation dieser Hilfskräfte hat dazu geführt, daß schon jetzt bindende Abmachungen über die Stellung von Schülerinnen durch Verbände außerhalb des Roten Kreuzes getroffen worden sind. Frau Scholtz-Klink hat für die NS.-Frauenschaſt mit Dr. Hocheisen als Stellvertretendem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes am 5. November 1934 ein Abkommen über die Beteiligung von Mitgliedern der NS.-Frauenschaſt an der Ausbildung von Hilfskräften des Deutschen Roten Kreuzes und deren Einfü-

gung in die Gruppen der weiblichen Hilfskräfte des Deutschen Roten Kreuzes getroffen.

Die Deutsche Studentenschaft, Amt für Frauendienst, hat ebenfalls bereits für das Sommersemester 1934 gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz eine Anordnung darüber ergehen lassen, daß besondere Samariterlehrgänge für Studentinnen an den deutschen Hochschulen veranstaltet und die Teilnehmerinnen nach erfolgreicher Prüfung als Samariterinnen in die Gruppen der weiblichen Hilfskräfte eingegliedert werden. Nach Bericht der Reichsreferentin für Frauendienst der Deutschen Studentenschaft und der Deutschen Fachschulschaſt, stud. jur. Gisela Rothe („Blätter des Deutschen Roten Kreuzes“ Nr. 11, 1934), sind im Herbst 1934 500 Studentinnen als Samariterinnen aufgenommen.

Den weiblichen Hilfskräften öffnet sich im Deutschen Roten Kreuz ein weites Tätigkeitsfeld, das naturgemäß eine starke Anziehungskraft auf Frauen und Mädchen ausübt, die wirklich etwas zu leisten gewillt sind. Die Ergänzung des Rettungsdienstes der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz durch weibliche Hilfskräfte ist als notwendig längst anerkannt. Im ständigen alltäglichen Rettungsdienst sowohl wie bei größeren Veranstaltungen und Versammlungen bis zu den großen nationalsozialistischen Kundgebungen der Nation auf dem Tempelhofer Feld, bei dem Reichsparteitag in Nürnberg, am Ehrenbreitstein, auf dem Bückeberg werden Tausende solcher Hilfskräfte gebraucht, und in Zukunft wird der Bedarf ständig wachsen. Die Ansprüche des sanitären Luftschutzes der Zivilbevölkerung sind hierbei von besonderer Bedeutung. Daneben sind die Anforderungen im ständigen Dienst der Frauen des Roten Kreuzes für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt an die Bereitschaft der weiblichen Hilfskräfte groß. Die Aushilfe in den Anstalten und Einrichtungen, Mithilfe in Beratungsstellen für Mutter und Kind, in Kindergärten, besonders aber die Unterstützung der Gemeindecrankenschwester in Stadt und noch mehr auf dem Land machen es notwendig, daß überall und bis ins letzte Dorf hinein Gruppen weiblicher Hilfskräfte des Deutschen Roten Kreuzes zur Verfügung stehen, die ihre Aufgabe als wahren Dienst am Volk mit Kopf und Herz erfassen.

## Unfallversicherung der im Winterhilfswerk tätigen Personen.

Zwischen dem Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1934/35 und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

1. Die Betriebsunfälle und Berufskrankheiten der im Winterhilfswerk 1934/35 tätigen Personen werden von der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege bearbeitet und entschädigt, soweit nicht andere Versicherungsträger zuständig sind.
2. Die Verfahrenskosten trägt die Abteilung I der Berufsgenossenschaft.
3. Die durch die Entschädigung verursachten Kosten erstattet das Winterhilfswerk der Berufsgenossenschaft, und zwar auch insoweit, als sie erst nach Abschluß des Winterhilfswerkes 1934/35 entstehen.
4. Diese Vereinbarung bezieht sich nur auf Personen, die vom Winterhilfswerk unmittelbar entlohnt oder ehrenamtlich beschäftigt werden. Betriebsunfälle und Berufskrankheiten derjenigen Personen, die zwar für das Winterhilfswerk tätig sind, aber von anderen Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege entlohnt werden, fallen nicht dem Winterhilfswerk zur Last.

## Befreiung der Veranstaltungen des WHW. von der Vergnügungssteuer.

Wie im Vorjahre veranstalten auch im kommenden Winter Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt im Rahmen des Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes 1934/35 Vergnügungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar für die Zwecke des Winterhilfswerkes verwendet wird. Nach dem an die Landesregierung gerichteten

Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 6. Oktober 1934 — S 1604 — 108 I — finden auch auf diese Vergnügungen die Vergünstigungen hinsichtlich der Vergnügungssteuer Anwendung, die in dem Rundschreiben des Reichsfinanzministers vom 22. Dezember 1933 — S 1604 — 85 I m — aufgeführt sind.

Nach dem letztgenannten Erlaß sind die Zwecke des Winterhilfswerkes mildtätige im Sinne des Art. II § 2 Ziff. 2 der Bestimmungen über die Vergnügungssteuer vom 7. Juni 1933 — RGBl. I S. 351 —. Die genannten Veranstaltungen genießen daher Steuerfreiheit, sofern keine Tanzbelustigungen damit verbunden sind.

Mit Rücksicht auf die besonderen Ziele des Winterhilfswerkes erscheint es dem Reichsfinanzminister auch zulässig, ausnahmsweise und mit den gebotenen Einschränkungen auch solche Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer frei zu lassen, mit denen Tanzbelustigungen verbunden sind. Beschränkt werden muß die Ausnahme auf Vergnügungen, die von Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt veranstaltet werden und deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar dem Winterhilfswerk zugute kommt. Die Verpflichtung zur Anmeldung der Vergnügungen bleibt bestehen.

## Reichsjugendführung und NS-Volkswohlfahrt.

Nach einer Übereinkunft des Amtes für Volkswohlfahrt und der Reichsjugendführung ist für die Zusammenarbeit beider Organisationen für die Hitler-Jugend in sachlicher Beziehung allein der Leiter des Amtes der Hitler-Jugend zuständig, der auch gleichzeitig den BdM. und das Jungvolk vertritt. Ihm allein obliegt auch die Auszahlung zweckbestimmter Mittel an die Jugendbewegung.

## Wohlfahrtsarbeit der deutschen Gemeinden

Reichsjugendführer Baldur von Schirach vor den Sozialreferenten der Hitler-Jugend zur Eröffnung der kommunalpolitischen Schulungswoche am 22. 10. 1934\*):

Das Symbol der vergangenen Jugendbewegung war eigentlich die Fahrt. Unser Symbol jener Reichsberufswettkampf, den durchgeführt und angeregt zu haben das Verdienst meines Mitarbeiters Artur Axmann ist, dem dafür der Dank der gesamten Hitler-Jugend gebühren muß. Wenn wir uns aber diesen realen Dingen, diesem Alltag zuwenden und damit auch der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Arbeit, müssen wir zuerst uns darüber klar sein, daß hier mit Haltung und Gesinnung allein nichts getan ist, sondern daß zu dieser Haltung und Gesinnung für die Durchführung nationalsozialistischer Gedankengänge innerhalb unserer Wirtschaft kommen muß, daß wir in der Jugend die nationalsozialistischen Köpfer, Träger und Gestalter dieser Wirtschaftsidee schulen. — Es verhält sich die Gemeinde zum Staat so etwa, wie die Familie zum Volk. Und wer das Große und Allgemeine einmal gestalten will, der wird sich so, wie wir das hier tun wollen, sehr früh mit dem Kleinen und Besonderen befassen müssen. Ich glaube auch, daß die Probleme einer wirklichen Führung des Staates, die Ihr ja dereinst übernehmen sollt, besser vielleicht in der Führung einer Stadt zu erkennen sind, als in der etwas komplizierten Zusammenarbeit der Ministerien und der großen Behörden, wie wir sie hier in Berlin sehen. Wenn Ihr so Eure Einführung in die kommunalpolitische Arbeit, die Ihr hier erfahrt, auffaßt als einen Schritt auf dem Wege zur Erkenntnis aller der großen Fragen und der großen Dinge, die später einmal in Eurem Werden an Euch herangetragen werden, dann habt Ihr den Sinn dieser unserer Arbeitsgemeinschaft richtig verstanden.

### Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen.

Im Oktober ist die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen um 43000 zurückgegangen. Während auch die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger um

21000 abgenommen hat, ist bei den Arbeitslosenunterstützungsempfängern eine Zunahme von 30000 zu verzeichnen. Zusammengenommen ist die Zahl der Arbeitslosen im Oktober um rd. 14 000 zurückgegangen. Die Entwicklung in den einzelnen Gruppen der Unterstützungsempfänger zeigt folgendes Bild (in Tausend):

	insges.	Alu
am 30. 9. 1934	2 282	298
am 31. 10. 1934	2 268	328
	Kru	anerkannte WE
am 30. 9. 1934	757	678
am 31. 10. 1934	736	636

Der Rückgang im Berichtsmonat um rd. 14 000 ist in Anbetracht der fortgeschrittenen Jahreszeit als ein guter Erfolg zu verzeichnen, überhaupt wenn man berücksichtigt, daß auch wiederum wie im Vormonat die Zahl der Notstandsarbeiter um 10 700 auf 245 700 vermindert worden ist. Die saisonmäßige Verschlechterung in den Außenberufen ist auf etwa 16 200 zu beziffern, der eine Entlastung von etwa 30 000 in den übrigen für den Konjunkturverlauf wesentlichen Wirtschaftsgruppen gegenübersteht. Bei den Arbeitsämtern hat sich der Zugang an nicht unterstützten älteren Arbeitslosen als Folge des Arbeitseinsatzgesetzes verstärkt, so daß schon aus diesem Grunde die Arbeitslosigkeit zum Teil gestiegen ist, ohne daß hierfür die Ursache in einer Verschlechterung der Wirtschaftslage begründet war. Die Arbeitslosigkeit nahm am meisten in Mitteldeutschland, in Brandenburg — allein in Berlin um 10 400 — und in Schlesien ab. Zunahmen waren vor allem in Ostpreußen und Pommern zu verzeichnen.

### Reichswohlfahrtshilfe und Kreislasten.

Die heutige Regelung der Reichswohlfahrtshilfe hat in verschiedenen Gemeinden und Gemeindeverbänden, die noch eine große Erwerbslosigkeit haben, dazu geführt, daß sich die finanzielle Lage wieder mehr oder minder versteift hat. Nach den Darlegungen, die der Landrat des Ennepe-Ruhrkreises, Dr. Hanholz, in einer Pressebesprechung gemacht hat, wird der Kreis infolge der Kürzung der

\* Vgl. S. 271.

Reichswohlfahrtshilfe und der Art ihrer Berechnung voraussichtlich mit einem ungedeckten Betrag von 282 000 Mark belastet.

Der Kreis erhielt im Januar 1933 noch rund 520 000 Mark an Reichswohlfahrtshilfe, im September 1934 aber nur noch 74 700 Mark. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen ist von 12 800 auf 4340 zurückgegangen, die Reichswohlfahrtshilfe aber um mehr als doppelt soviel. Erhielt der Kreis im Januar 1933 noch 40,64 Mark je Kopf der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen, so wurden ihm im September 1934 nur noch 17,02 Mark zuerkannt. Der Gesamtfürsorgeaufwand für alle Personengruppen ist im Januar 1933 von 1 040 000 Mark auf 562 000 Mark im September 1934 zurückgegangen. Die Reichswohlfahrtshilfe war daran im Januar 1933 noch mit 49,9 v. H., im September 1934 aber nur noch mit 13,3 v. H. beteiligt.

Die Entwicklung hat sich nach den Darlegungen von Dr. Hanholz besonders deswegen so ungünstig für den Kreis vollzogen, weil die Reichshilfe nur nach der Zahl der anerkannten Wohlfahrtsparteien verteilt wird. Wenn die Lasten des Bezirksfürsorgeverbandes nicht in dem Maße gesunken sind wie die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß die Ledigen fast völlig aus dem Kreis der Wohlfahrtsparteien ausgeschieden sind. Die Kopffzahl der übrig gebliebenen Parteien hat sich demgemäß im Durchschnitt vergrößert. Im Ennepe-Ruhrkreis war im Januar 1933 die Partei durchschnittlich 2,2 Personen stark, im September 1934 war sie dagegen auf 2,66 angewachsen. Die Durchschnittsausgabe je Partei war für die anerkannten und die nicht anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen im Januar 1933 51,12 Mark, im September 1934 dagegen 63,03 Mark.

#### Erklärung als Notstandsgemeinden.

Zu Notstandsgemeinden sind weiterhin\*) erklärt worden die Städte: Neiße, Waldenburg und Gottesberg sowie die Landgemeinden Hermsdorf, Weißstein, Ober Salzbrunn, Nieder Salzbrunn, Seitendorf, Reußendorf, Fellhammer, Alt Lüssig, Rothenbach und Holsterhausen.

\*) Vgl. S. 274.

Die neuen Grundsätze des Bezirksfürsorgeverbandes Kreis Niederbarnim für die öffentliche Fürsorge.

Nach Anhörung des Fürsorgebeirates werden folgende Grundsätze über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und die Anwendung der Richtsätze erlassen:

#### § 1

Die für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts (siehe § 6 der Reichsgrundsätze) festgesetzten Richtsätze sind keine Mindest- oder Höchstsätze. Sie sollen lediglich als Anhalt für den nach genauer Prüfung der wirtschaftlichen Lage im Einzelfalle festzusetzenden Unterstützungsbetrag dienen. Es darf daher keine schematische Anwendung der Richtsätze erfolgen. Richtsatzüberschreitungen, die nur bei ganz besonderer Notlage erfolgen dürfen, müssen vom Bezirksfürsorgeverband (Landrat) vorher genehmigt werden.

#### § 2

Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und Festsetzung der Unterstützung sind die in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder grundsätzlich als eine Einheit zu betrachten. Die beiden ersten Personen einer Familien- oder Haushaltsgemeinschaft sind wie ein Ehepaar zu betreuen.

Als Haushaltsglieder gelten:

- a) Ehegatten,
- b) Geschwister, Stiefgeschwister,
- c) Personen, die in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind,
- d) sonstige Personen, bei denen eine besondere sittliche Pflicht zur gegenseitigen Hilfe anzunehmen ist, sämtlich, soweit sie an der gemeinsamen Wirtschaftsführung und dem gemeinsamen Familienleben beteiligt sind. Bei Verwandten und Verschwägerten ist letzteres stets zu vermuten.

Pflegekinder, für die ein Unterhaltsgeld besonders gezahlt wird, sind bei der Berechnung des Gesamteinkommens der Familie und der Festsetzung der Unterstützung nicht zu berücksichtigen.

#### § 3

Auf den nach den Unterstützungsrichtsätzen ermittelten Bedarf für die Familie sind mit Ausnahme der später folgenden Einschränkungen voll anzurechnen:

- a) das Arbeitseinkommen nach Abzug der Werbungskosten,

- b) Einkommen aus Vermögen,
- c) Renten jeglicher Art,
- d) Arbeitslosen- und Krisenunterstützung,
- e) Beiträge, die von Unterhaltspflichtigen, die außerhalb des Haushalts leben, gezahlt werden.

Das Arbeitseinkommen der Familienangehörigen — außer der Ehegatten — ist nur zur Hälfte anzurechnen, jedoch darf der freizulassende Betrag 20 RM monatlich oder 4,50 RM wöchentlich nicht übersteigen.

#### § 4

Bei freier Wohnung ist die Unterstützung um den im Fürsorgerrichtsatz für den Hauptunterstützungsempfänger, soweit dieser verheiratet ist, dem Gesamtrichtsatzbetrage für das Ehepaar enthaltene Anteil für den Wohnbedarf unter Berücksichtigung der Grundstückslasten zu kürzen. Zur Zeit sind 25 % des Richtsatzes als der Beschaffung der Unterkunft dienend anzusehen.

#### § 5

Hat der Hilfsbedürftige Teile seiner Wohnung weitervermietet, so bleiben Vergütungen des Untermieters für bare Auslagen des Hauptmieters (z. B. für Morgenkaffee, Besorgung der Wäsche, Heizung usw.) anrechnungsfrei. Im übrigen ist die Untermiete einschl. des auf die untervermieteten Räume entfallenden Teils der Hauptmiete mit  $\frac{1}{2}$  als anzurechnende Einnahme zu betrachten.

#### § 6

Zuwendungen, die die freie Wohlfahrtspflege oder ein anderer zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährt, ohne dazu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, bleiben außer Ansatz.

#### § 7

Anrechnungsfrei sind ferner:

- a) bei Kriegsbeschädigten die Pflegezulage, die Frontzulage, die Führerhundzulage für Blinde,
- b) Veteranenbeihilfen oder ähnliche Beihilfen,
- c) Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

#### § 8

Als kleineres Vermögen im Sinne der §§ 15 und 15a der Reichsgrundsätze ist bei alleinstehenden Kleinrentnern, Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Gleichgestellten ein Ver-

mögen von nicht mehr als 5000 RM und bei Ehepaaren ein solches von nicht mehr als 6000 RM anzusehen.

#### § 9

Wenn die Eltern eines unverheirateten Hilfsbedürftigen den Unterhalt durch Aufnahme in den Haushalt gewähren wollen und der Unterhaltsberechtigte sich weigert, diesem Verlangen nachzukommen, so darf der Hilfsbedürftige nur unterstützt werden, wenn er eine Entscheidung des Vormundschaftsgerichts nach § 1612 Abs. 2 BGB. vorlegt.

Ehegatten, die getrennt leben, sind nach den Bestimmungen der §§ 2 und 3 zu betreuen, solange nicht ein gerichtliches Urteil, wonach das Getrenntleben gestattet ist, vorgelegt wird.

#### § 10

Bei Asozialen (Arbeitsscheuen, Unwirtschaftlichen, Trinkern) und Hilfsbedürftigen, die den berechtigten Anordnungen der zuständigen Fürsorgestellen beharrlich zuwiderhandeln, ist die Unterstützung auf das zur Fristung des Lebens unerlässliche Maß zu beschränken. Auch kann in diesen Fällen die Hilfe in Sachleistungen gewährt werden.

Wer die angebotene Arbeit grundlos verweigert, erhält als Hauptunterstützungsempfänger nur 50 % der bisherigen Unterstützung; bei einem Familienangehörigen ist die Zahlung des Zuschlages einzustellen.

Als unwirtschaftliches Verhalten wird u. a. angesehen:

- a) Verzug in eine andere Gemeinde,
- b) Zuzug von arbeitsfähigen Hilfsbedürftigen von außerhalb des Kreises,
- c) Aufgabe der Familiengemeinschaft ohne triftige Gründe.

In den Fällen zu a—c kann die Unterstützung des Hauptunterstützungsempfängers bis auf die Hälfte des Richtsatzes gekürzt werden.

#### § 11

Für die zurückliegende Zeit darf Fürsorge grundsätzlich nicht gewährt werden. Die laufende Barunterstützung hat stets für einen kommenden Zeitraum zu gelten. Die Bezahlung von Schulden, rückständigen Pflegegeldern, rückständigem Mietzins, gestundeten Krankenhauskosten, Nachtragszahlung für eine Zeit, in der der Hilfsbedürftige tatsächlich ohne öffentliche Fürsorge ausgekommen ist, darf nicht erfolgen.

Ausländern und Staatenlosen mit Ausnahme von Österreichern und Danzigern ist die Fürsorge nur im Rahmen des § 6 Abs. a und b der Reichsgrundsätze zu gewähren. Die Richtsätze der gehobenen Fürsorge gelten für sie nicht.

Berlin, den 17. Oktober 1934

Der Landrat

### Fortbildung der Wohlfahrtspflegerinnen.

Die Fachschaft der Wohlfahrtspflegerinnen des Hauptamts für Fach- und Betriebsgruppen in der Deutschen Angestelltenschaft befaßt sich mit der Fortbildung der Wohlfahrtspflegerinnen. Es sind zu diesem Zweck in einem Winterarbeitsplan besondere Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Einzelvorträge festgelegt worden. Da die Fortbildungsbestrebungen der Fachschaft der Wohlfahrtspflegerinnen bezwecken, die Wohlfahrtspflegerinnen für die vielen neuen Aufgaben, die sie beim Aufbau der Volksgemeinschaft im neuen Staat haben, mit dem besten Werkzeug auszustatten, hat der Deutsche Gemeindetag den Gemeinden und Gemeindeverbänden empfohlen, die bei ihnen tätigen Wohlfahrtspflegerinnen auf die Fortbildungseinrichtungen der Fachschaft der Wohlfahrtspflegerinnen aufmerksam zu machen. Drucksachenmaterial kann gegebenenfalls vom Hauptamt für Fach- und Betriebsgruppen in der Deutschen Angestelltenschaft, Berlin W 57, Potsdamer Straße 75, angefordert werden.

### Heranziehung Unterhaltspflichtiger

Ein Vorgehen gegen säumige Unterhaltspflichtige, insbesondere auch gegen uneheliche Väter, ist bisher vielfach dadurch fruchtlos geblieben, daß die in Anspruch Genommenen behaupteten, sie erhielten aus ihrem Arbeitsverhältnis keinen Entgelt. Es war dann meist unmöglich, beim Arbeitgeber eine Pfändung vorzunehmen. Einem solchen asozialen Verhalten schiebt das Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Zwangsvollstreckung vom 24. 10. 1934 (RGBl. I S. 1070) künftig einen Riegel vor. Wenn der Schuldner einem Dritten in einem ständigen Verhältnis Arbeiten oder Dienste, die üblicherweise vergütet zu werden pflegen, unentgeltlich oder gegen

eine unverhältnismäßig geringe Vergütung leistet, so gilt im Verhältnis des Gläubigers zu dem Empfänger der Arbeits- oder Dienstleistungen eine angemessene Vergütung als geschuldet. Bei der Prüfung, ob diese Voraussetzungen vorliegen, sowie bei der Bemessung der Vergütung ist auf alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die Art der Arbeits- oder Dienstleistung, die verwandtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Dienstberechtigten und dem Dienstverpflichteten und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Dienstberechtigten, Rücksicht zu nehmen.

### Arbeitsbeschaffung für den Winter in Stuttgart.

Die Stadtverwaltung hat für die Zeit des Spütherbstes, in der die Landwirtschaft und das Baugewerbe weniger Arbeitskräfte benötigen als im Sommer, Tiefbauarbeiten bereit gehalten, die jetzt ausgeführt werden. Nach Beendigung dieser Arbeiten werden in den Wintermonaten weitere Straßen- und Dolenbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von über 1 Million RM in Angriff genommen. Für städtische Hochbauarbeiten werden in den nächsten fünf Monaten 2 300 000 RM aufgewendet. Allein für Erweiterungs- und Umbauarbeiten im Städt. Vieh- und Schlachthof müssen 675 000 RM bereitgestellt werden.

### Arbeitsbeschaffung im Kreise Ahrweiler.

Die Kreisverwaltung ist gegenwärtig dabei, alle Möglichkeiten zu prüfen, die zu einer Belebung der Wirtschaft des Kreisgebietes sowie zur Entlastung des Arbeitsmarktes führen können. Es ist daran gedacht, der Schaumlava-Industrie in der Gegend von Niederzissen neuen Auftrieb zu geben. Ferner soll die Basaltindustrie bei Oberdürenbach eine starke Förderung erhalten. Desgleichen will man einen im Vinxtbachtal befindlichen Grauwackesteinbruch wieder in vollen Betrieb nehmen. Schließlich ist man dazu übergegangen, die Möglichkeit der Wiederinbetriebnahme einer im Amtsbezirk Ahrweiler gelegenen Kupfererzgrube sorgfältig zu prüfen. Man hofft, die bestehenden Erwerbsmöglichkeiten in starkem Maße erweitern oder erschließen zu können.



# Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Staates (Reich und Länder)

## Reich

**Gesetz zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz). Vom 5. Nov. 1934 (RGBl. I S. 1086).**

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### § 1

(1) Wer auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsstätten oder in anderen jedermann zugänglichen Räumen oder von Haus zu Haus oder sonst durch unmittelbares Einwirken von Person zu Person eine öffentliche Sammlung von Geld- oder Sachspenden oder geldwerten Leistungen veranstalten will, bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde.

(2) Das gleiche gilt, wenn die öffentliche Sammlung durch Verbreitung von Sammellisten oder Werbeschreiben oder durch Veröffentlichung von Aufrufen durchgeführt werden soll.

(3) Als Sammlung im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Verkauf von Gegenständen, deren Wert in keinem Verhältnis zu dem geforderten Preis steht, wenn der Verkauf nicht in Erfüllung der sonstigen wirtschaftlichen Betätigung des Verkäufers erfolgt.

### § 2

(1) Wer zum Eintritt in eine Vereinigung oder zur Entrichtung von Beiträgen oder geldwerten Leistungen an eine Vereinigung öffentlich auffordern oder wer die auf Grund dieser Aufforderung einkommenden Beiträge oder Leistungen entgegennehmen will, bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde, wenn die Umstände des Falles oder die Art oder der Umfang der Aufforderung ergeben, daß es dem Veranstalter ernstlich nicht auf die Herbeiführung eines festen persönlichen Verhältnisses zwischen der Vereinigung und den angegangenen Personen und auf ihre Betätigung in der Vereinigung, sondern vielmehr ausschließlich oder überwiegend auf die Erlangung von Geld oder geldwerten Leistungen ankommt.

(2) Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt nicht für Vereinigungen, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.

### § 3

(1) Wer Karten oder Gegenstände, die zum Eintritt zu einer öffentlichen Veranstaltung berechtigen, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsstätten oder in anderen jedermann zugänglichen Räumen oder von Haus zu Haus oder sonst durch unmittelbares Einwirken von Person zu Person verkaufen will, bedarf

der Genehmigung der zuständigen Behörde. Dies gilt auch, wenn der Verkauf zum Zwecke des Erwerbs erfolgt.

(2) Ausgenommen von der Vorschrift des Absatzes 1 ist der Verkauf

1. in Räumen, die dem gewerbsmäßigen Kartenverkauf dienen,
2. in den ständigen Geschäftsräumen des Veranstalters,
3. in Gast- oder Vergnügungsstätten oder auf Plätzen, in oder auf denen die Veranstaltung selbst stattfindet.

### § 4

Wer eine öffentliche Veranstaltung durchführen will, die mit dem Hinweis darauf angekündigt oder empfohlen werden soll, daß ihr Ertrag ganz oder teilweise zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken verwendet werde, bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde.

### § 5

(1) Wer zu gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken Waren öffentlich vertreiben will, bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde.

(2) Ein Vertrieb gilt als zu einem gemeinnützigen oder mildtätigen Zweck veranstaltet, wenn er erkennbar von einer Vereinigung, Stiftung, Anstalt oder einem sonstigen Unternehmen ausgeht, das nach seiner Bezeichnung oder seiner Satzung einen solchen Zweck verfolgt, oder wenn bei dem Angebot der Waren in anderer Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß der Erlös ganz oder teilweise zu einem solchen Zweck verwandt werden solle.

(3) Die Vorschriften über den Vertrieb von Blindenwaren nach § 56a Abs. 2 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Gewerbeordnung vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 566) bleiben unberührt.

### § 6

Wer eine öffentliche Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung (§§ 1 bis 5) vom Inland aus oder durch ausgesandte Mittelspersonen im Auslande durchführen will, bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde.

### § 7

Die nach §§ 1 bis 6 erforderliche Genehmigung ist nur für eine bestimmte Zeit zu erteilen. Sie kann jederzeit widerrufen und von Bedingungen abhängig gemacht werden. Sie gilt nur für das Gebiet, für das sie erteilt ist.

### § 8

Vor Erteilung der Genehmigung darf eine Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung (§§ 1 bis 6) nicht öffentlich angekündigt werden. Ebenso ist der Kartenverkauf für



eine unter § 4 dieses Gesetzes fallende Veranstaltung vor Erteilung der Genehmigung unzulässig.

### § 9

(1) Bei Vereinigungen, Stiftungen, Anstalten, sonstigen Unternehmen und Einzelpersonen, die eine öffentliche Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung (§§ 1 bis 6) durchführen (Sammlungsträger), kann die zuständige Behörde, soweit dies zur Überwachung und Prüfung der Sammlung oder sammlungsähnlichen Veranstaltung notwendig ist,

1. Geschäftsbücher, Schriften, Kassen- und Vermögensbestände prüfen oder durch öffentlich bestellte Sachverständige oder durch andere Personen prüfen lassen,

2. von den an der Geschäftsführung beteiligten Personen sowie von allen Angestellten und Beauftragten Auskunft über Angelegenheiten der Geschäftsführung und die Einreichung von Berichten und Rechnungsabschlüssen fordern,

3. Vertreter zu Versammlungen und Sitzungen entsenden.

(2) Bei dringendem Verdacht unlauterer Geschäftsführung ist die zuständige Behörde zum Erlass öffentlicher Warnungen befugt.

### § 10

(1) Vereinigungen, Stiftungen, Anstalten und sonstige Unternehmen, die eine öffentliche Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung (§§ 1 bis 6) durchführen und nach ihrer Bezeichnung, Satzung oder Zweckbestimmung gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, sowie Einrichtungen dieser Art, die von Einzelpersonen ausgehen, können von der zuständigen Behörde unter Verwaltung gestellt werden, wenn sich vorhandene erhebliche Mißstände nicht auf andere Weise beseitigen lassen. Die Entscheidung der Behörde ist endgültig.

(2) Der Verwalter ist befugt, sich in den Besitz des unter Verwaltung gestellten Unternehmens zu setzen und Rechtshandlungen für das Unternehmen vorzunehmen. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Die Befugnisse des Inhabers des Unternehmens, seiner Bevollmächtigten und Organe zu Rechtshandlungen für das Unternehmen ruhen.

(3) Ist das Unternehmen in das Handels-, das Genossenschafts- oder das Vereinsregister eingetragen, so ist die Anordnung und die Aufhebung der Verwaltung auf Antrag des Verwalters in das Register einzutragen.

(4) Der Verwalter führt die Geschäfte unter Aufsicht der Behörde. Mit Zustimmung der zuständigen Behörde kann er das Unternehmen auflösen. Über die Verwendung des Vermögens des aufgelösten Unternehmens entscheidet die zuständige Behörde.

### § 11

(1) Bei Unternehmen und Einzelpersonen, die nicht unter § 10 dieses Gesetzes fallen, kann die zuständige Behörde zur Durchführung der Sammlung oder sammlungsähnlichen Veran-

staltung einen Verwalter bestellen, wenn sich vorhandene erhebliche Mißstände nicht auf andere Weise beseitigen lassen. Die Entscheidung der Behörde ist endgültig.

(2) Der Verwalter hat, soweit er Rechtshandlungen zur Durchführung der Sammlung oder sammlungsähnlichen Veranstaltung vornimmt, die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Die Befugnisse des Sammlungsträgers, seiner Bevollmächtigten und Organe ruhen insoweit.

(3) Der Verwalter führt die Geschäfte unter Aufsicht der Behörde.

(4) Über die Verwendung des durch die Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung erzielten Ertrages entscheidet die zuständige Behörde.

### § 12

Sollen Mittel, die durch eine öffentliche Sammlung oder sammlungsähnliche Veranstaltung zusammengebracht sind, einem anderen als dem genehmigten Zweck zugeführt werden, so bedarf dies der Genehmigung der zuständigen Behörde.

### § 13

Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer ohne die vorgeschriebene Genehmigung eine Veranstaltung der in den §§ 1 bis 6 bezeichneten Art ankündigt, durchführt oder bei ihrer Durchführung mitwirkt;

2. wer den Bedingungen, an die eine nach diesem Gesetz erforderliche Genehmigung geknüpft ist, zuwiderhandelt;

3. wer den gemäß § 9 angeordneten Maßnahmen innerhalb der gesetzten Frist nicht entspricht oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;

4. wer einer auf Grund der §§ 10 und 11 angeordneten Verwaltung Gegenstände ganz oder teilweise entzieht;

5. wer entgegen der Vorschrift des § 12 Mittel einem anderen als dem genehmigten Zweck oder einem Nichtberechtigten zuführt;

6. wer von einer Person, die bei der Durchführung der Sammlung oder sammlungsähnlichen Veranstaltung tätig ist, die Abführung eines bestimmten Ertrages auch für den Fall verlangt, daß dieser Ertrag nicht erzielt wird.

### § 14

(1) Der Ertrag einer nicht genehmigten Sammlung oder sammlungsähnlichen Veranstaltung ist einzuziehen. Zum Ertrag zählen auch Gegenstände und Rechte, die aus Mitteln der Sammlung oder sammlungsähnlichen Veranstaltung beschafft worden sind. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf Einziehung selbständig erkannt werden, wenn im übrigen die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

(2) Über die Verwendung des eingezogenen Ertrages entscheidet die zuständige Behörde.

### § 15

Dieses Gesetz gilt nicht für öffentliche Sammlungen und sammlungsähnliche Veranstaltungen, die durchgeführt werden

1. auf Anordnung der Reichsregierung oder einer obersten Reichsbehörde im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern,
2. auf Anordnung und für den Bereich einer Kreispolizeibehörde zur Steuerung eines durch unvorhergesehene Ereignisse herbeigeführten augenblicklichen Notstandes,
3. von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihren angeschlossenen Gliederungen und von den der vermögensrechtlichen Aufsicht des Reichsschatzmeisters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterstellten angeschlossenen Verbänden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, sofern die Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen durch den Reichsschatzmeister der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern genehmigt sind,
4. von einer christlichen Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts bei Gottesdiensten in Kirchen und in kirchlichen Versammlungsräumen.

### § 16

Der Reichsminister des Innern erläßt im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Er ist ermächtigt, bestimmte Unternehmen allgemein oder unter Bedingungen von der Vorschrift des § 5 dieses Gesetzes zu befreien.

### § 17

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. November 1934 in Kraft.

(2) Mit Wirkung vom gleichen Tage treten alle reichs- und landesrechtlichen Vorschriften über die Genehmigung oder das Verbot öffentlicher Sammlungen oder sammlungsähnlichen Veranstaltungen, insbesondere die Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege während des Krieges vom 15. Februar 1917 (RGBl. S. 143), §§ 14 und 19 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. I S. 38) und Abschnitt II des Gesetzes zur Erhaltung und Hebung der Kraft (Spendengesetz) vom 24. März 1934 (J. GBl. I S. 236) außer Kraft.

Berlin, den 5. November 1934.

Der Führer und Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Frick

## Rückforderung der Kosten der öffentlichen Fürsorge.

Erlaß des Reichsarbeitsministers und des Reichs- und Preuß. Ministers des Innern an die Sozialministerien der Länder vom 10. 11. 1934 — IIb Nr. 6854/34, V W. 3000. 10. 11. —:

In steigendem Maße wird über Härten geklagt, die sich bei der Durchführung der Vorschriften über den Ersatz der Fürsorgekosten (§§ 25 ff. der Fürsorgepflichtverordnung) durch die Fürsorgeverbände ergeben. Insbesondere kommen diese Klagen, die vielfach berechtigt erscheinen, aus den Kreisen der Wohlfahrtserwerbslosen. In dem Rundschreiben vom 9. September 1933 — RAM. IIb Nr. 9198/33, RMdL. II B 5300/29. 8. — haben wir schon auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Rückforderung von Fürsorgekosten und der Sicherstellung des Kostenersatzes die fürsorgerecht gebotene Rücksicht zu nehmen. Wir bitten, das Rundschreiben den Fürsorgeverbänden in Erinnerung zu bringen, sie darüber hinaus aber allgemein zu veranlassen, bei jeder Maßnahme zur Erlangung des Kostenersatzes gewissenhaft und wohlwollend zu prüfen, ob die beabsichtigten Schritte tatsächlich notwendig und auch erfolgversprechend sind oder ob sie nicht im Hinblick auf die mit ihnen verbundene Beunruhigung des Unterstützten und den oft zweifelhaften Erfolg besser unterbleiben. Bei alten und erwerbsunfähigen Personen wird die Ersatzforderung an sich meist wenig aussichtsvoll sein. Bei den Wohlfahrtserwerbslosen aber ist zu berücksichtigen, daß sie durch die fürsorgerechtliche Ersatzpflicht schlechter stehen als die Arbeitslosen, die infolge des Fortfalls der Aussteuerung aus der Krisenfürsorge seit dem 28. November 1932 (Erlasse vom 7. Nov. 1932 — RABl. I S. 231 — und vom 15. März 1933 — RABl. I S. 84 —) einer Ersatzpflicht nicht unterliegen. Schon diese rechtliche Schlechterstellung, die auf dem subsidiären Charakter der öffentlichen Fürsorge beruht, legt ein möglichst schonendes Vorgehen bei der Erhebung von Ersatzforderungen gegenüber Wohlfahrtserwerbslosen nahe. Die Wohlfahrtserwerbslosen werden aber auch, wenn sie wieder in Arbeit und Verdienst kommen, erst einmal versuchen müssen, ihre während der oft jahrelangen Hilfsbedürftigkeit eingegangenen Verpflichtungen abzutragen und zurückgestellte notwendige wirtschaftliche Anschaffungen (Hausrat, Kleidung usw.) nachzuholen, so daß sie auch aus diesem Grunde besonderer Schonung bedürfen. Schließlich ist es im Interesse der Volksgesundheit notwendig, daß die Wohlfahrtserwerbslosen zunächst ihren Lohn für eine bessere Ernährung für sich und ihre Familie verwenden.

Um ein möglichst gleichmäßig schonendes Vorgehen der Fürsorgeverbände bei der Geltendmachung von Ersatzansprüchen zu gewährleisten, erscheint es zweckmäßig, den Fürsorgeverbänden die Einhaltung nachstehender Richtlinien vorzuschreiben:

1. Der Ersatzanspruch soll gegen den Unterstützten nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach der Arbeitsaufnahme geltend gemacht werden, wenn der Hilfsbedürftige länger als 3 Monate laufend unterstützt worden ist.
2. Nach Ablauf dieser Frist soll aus dem Arbeitseinkommen des Unterstützten Ersatz nicht verlangt werden, insoweit das Bruttoarbeitseinkommen nicht mehr als das Dreifache des Fürsorgersatzes (gegebenenfalls mit den Familieneinkünften) beträgt. Einnahmen von Familienangehörigen, mit denen der Unterstützte zusammenlebt, sind hierbei nach den Grundsätzen der Familiengemeinschaft (Haushaltsgemeinschaft) mitzuberechnen.
3. Darüber hinaus ist von der Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Unterstützte, die drei oder mehr Kinder haben oder älter als 60 Jahre sind, in der Regel abzusehen.
4. Für die Zeit, in der die Unterstützung von der Leistung von Pflichtarbeit abhängig gemacht worden ist, soll ein Ersatz der gewährten Unterstützung nicht verlangt werden.
5. Da der Zweck der Regelung der Verjährung in § 25 b der Fürsorgepflichtverordnung war, die Verjährung in ihrer Wirkung möglichst einer Ausschlussfrist anzunähern, sollen Maßnahmen zur Unterbrechung der Verjährung gegenüber Unterstützten grundsätzlich unterbleiben.
6. Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Dritte, insbesondere gegen unterhaltspflichtige Angehörige, wird durch die vorstehenden Richtlinien nicht berührt.

Die Richtlinien beschränken sich darauf, ein Mindestmaß der den Ersatzpflichtigen zu gewährenden Schonung festzulegen. Darüber hinaus wird von den Fürsorgeverbänden erwartet, daß sie in besonders gelagerten Fällen, z. B. bei langdauernder Hilfsbedürftigkeit, bei großen Ausgaben für den Wiederaufbau der Existenz usw., jedesmal wohlwollend prüfen, ob nicht die Eigenart des Falles und die Würdigung sozialer Belange ein höheres Maß der Rücksichtnahme erfordern. Durch den Verzicht auf eine weitergehende schematische Bindung sollte vermieden werden, womöglich solche Fälle mitzuerfassen, in denen der Ersatzpflichtige nach seiner Einkommens- und Vermögenslage sehr wohl zum Ersatz fähig ist und dem Fürsorgeverband eine Schonung des Ersatzpflichtigen nicht zugemutet werden kann.

Wir ersuchen, die Fürsorgeverbände mit entsprechender Anweisung zu versehen und vom Veranlassenden dem Reichsarbeitsministerium Mitteilung zu machen.

## Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen.

Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 10. 10. 1934 — IV a Nr. 12161/34 —:

Nach Art. 2 § 5 Abs. 2 der Wohlfahrtshilfe-VO. v. 14. Juni 1932 (RGBl. I S. 273, 279) gelten als Wohlfahrtserwerbslose nur Arbeitnehmer. In den auf Grund dieser VO. erlassenen Grundsätzen für die Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen (RGBl. I S. 396) ist unter a) bestimmt, daß die Voraussetzung der Arbeitnehmereigenschaft — außer bei den aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgesteuerten Personen — erfüllt ist, wenn der Arbeitslose in den letzten 3 Jahren mindestens 13 Wochen als Arbeitnehmer in krankenversicherungspflichtiger Beschäftigung tätig war. Die Vorschriften unter d) der Grundsätze für die Behandlung der Pflichtarbeiter, Notstandsarbeiter, Fürsorgearbeiter usw. bedeuten lediglich Ausnahmen von der als weitere Voraussetzung für die Anerkennung geforderten unfreiwilligen Arbeitslosigkeit. Ein Fürsorgearbeiter ist daher noch nicht ohne weiteres als Wohlfahrtserwerbsloser anzuerkennen. Er muß die Arbeitnehmereigenschaft, wie unter a) der Grundsätze vorgeschrieben ist, besitzen. Diese kann aber auch durch die Fürsorgearbeit — krankenversicherungspflichtige Beschäftigung — selbst erworben werden. Ein Fürsorgearbeiter, dessen Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser an dem Nichtvorliegen der Arbeitnehmereigenschaft scheiterte, kann daher beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen erst nach der vorgeschriebenen, mindestens 13-wöchigen krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung als Arbeitnehmer, die auch ganz oder teilweise in Fürsorgearbeit bestehen kann, als Wohlfahrtserwerbsloser anerkannt werden. Soll die Anerkennung noch während der Fürsorgearbeit erfolgen, so müssen ferner die Voraussetzungen nach Buchstabe d) Abs. 3 der Grundsätze erfüllt sein.

## Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verwendung von Geldbußen vom 14. November 1934 (RGBl. I S. 1164):

Auf Grund des § 28 Abs. 1 und des § 64 Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und auf Grund des § 31 Abs. 2 und des § 38 des Gesetzes über die Heimarbeit vom 23. März 1934 (RGBl. I S. 214) wird im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister folgendes verordnet:

I. Der Artikel VI der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 10. März 1934 (RGBl. I S. 187) erhält folgende Fassung:

### „Verwendung von Bußen

#### § 20

Bußen in Geld (§ 28 Absätze 1 und 3 des Gesetzes) sind von dem Führer des Betriebes an die für den Betrieb zuständige

Kasse der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zu überweisen.“

II. Der § 13 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Heimarbeit vom 23. März 1934 (RGBl. I S. 225) erhält folgende Fassung:

„Der Treuhänder der Arbeit hat den bei der Reichskasse eingezahlten Betrag der Verzugsbuße an die für den Bezirk zuständige Kasse der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zu überweisen.“

III. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1934 in Kraft.

## Preußen

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

RdErl. d. MdI. v. 31. 10. 1934 — IIIa IV 1788/34 — (MBIIV. S. 1436 f.):

(1) Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gibt eine neue Schriftenreihe, bestehend aus Flugschriften und Sonderheften, heraus.

(2) Die Flugschriften geben einen genauen Einblick in die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten und deren Bekämpfung. Von den bisher erschienenen Flugschriften beschäftigt sich Heft 1 mit den Geschlechtskrankheiten in ihrer Bedeutung für die Frau und die Familie, Heft 2 mit den Geschlechtskrankheiten im Lichte der Bevölkerungspolitik, Erbgesundheits- und Rassenpflege, Heft 3 mit der Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für Männer und Jünglinge, Heft 4 mit der Reifezeit, vom Standpunkt des Erziehers aus betrachtet.

(3) Die Sonderhefte sind dazu bestimmt, den Ärzten die Arbeit bei der Vorbereitung von Vorträgen über Geschlechtskrankheiten zu erleichtern. Zu diesem Zweck gibt das Sonderheft 1 ein Muster für einen Vortrag über die Geschlechtskrankheiten, ihre Gefahren und Bekämpfung, während das Sonderheft 2 ein Verzeichnis der Lichtbilder enthält, die die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kostenlos an Ärzte als Anschauungsmaterial für ihre Vorträge verleiht.

(4) Die Druckschriften der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind ein wertvolles Hilfsmittel für den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Sie sind von der Geschäftsstelle in Berlin W 62, Bayreuther Str. 36, zu beziehen.

### Novemberrate der Reichswohlfahrtshilfe.

Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern und des Preußischen Finanzministers vom 6. 11. 1934 — V St. 120 XIII u. IV 7243/1. 6. 11. — (MBIIV. 1934 Sp. 1436a):

(1) Auf Grund der Ermächtigung in Art. 5 § 3 des Ges. v. 23. März 1934 (RGBl. I S. 232)

hat der RFM. den im Monat November 1934 an die Gesamtheit der Bezirksfürsorgeverbände der Länder schlüsselmäßig zu verteilenden Betrag der Reichswohlfahrtshilfe auf rd. 13,7 Mill. RM festgesetzt. An diesem Betrage werden nur die Bezirksfürsorgeverbände beteiligt, in denen die Zahl der anerkannten WE. am 30. September 1934 mehr als 10 v. T. der Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 1933 betragen hat. Auch in diesen Bezirksfürsorgeverbänden werden die anerkannten WE. nur insoweit berücksichtigt, als ihre Zahl am 30. September 1934 10 v. T. der Wohnbevölkerung überstiegen hat. Die Berechnung der Anteile der einzelnen BFV. an der Novemberrate der Reichswohlfahrtshilfe erfolgt im übrigen nach den gleichen Grundsätzen wie für den Monat Juni 1934 (vgl. d. RdErl. v. 9. Juni 1934 — IV St. 115 XI u. IV 7243/1. 9. 6., MBIIV. S. 845) und unter Zugrundelegung der in diesem RdErl. angegebenen Reichsmarkbeträge je WE.

(2) Die nach Abzug von 20 v. H. für die Gewährung einmaliger Beihilfen an solche Gemeinden und Landkreise, die mit Wohlfahrtsausgaben besonders belastet sind, auf die einzelnen Bezirksfürsorgeverbände entfallenden Anteile sind aus den Nachweisungen ersichtlich, die den Reg.-Präs. u. d. Staatskommissar der Hauptstadt Berlin demnächst zugehen werden. Von den in diesen Nachweisungen angegebenen Einzelbeträgen ist spätestens am 12., 19. u. 26. November 1934 auf Grund der besonderen nach Eingang der Beträge bei der Generalstaatskasse vom FM. ausgefertigten Kreditscheinen jeweils ein Drittel auszu zahlen und in der bisherigen Weise außerplanmäßig zu verrechnen.

(3) Der RFM. hat im übrigen darauf hingewiesen, daß die Reichswohlfahrtshilfe nur den Zweck hat, die Wohlfahrtslasten der BFV., und zwar besonders der außergewöhnlich hoch belasteten, zu erleichtern.

## Bayern

### Arbeitszwang.

Vollzugsvorschrift des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu § 20 der Fürsorgepflichtverordnung vom 16. 10. 1934 — Nr. 4092a 10 — (Gesetz- u. Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern Nr. 32.)

Gemäß Art. 57 des Fürsorgegesetzes vom 14. März 1930 (GVBl. S. 38) wird verfügt:

#### § 1

Männliche Personen im Alter von mindestens 18 Jahren können nach Maßgabe des § 20 RFV. und der Art. 38 bis 45 FürsG. zur Arbeit im Konzentrationslager Dachau untergebracht werden.

#### § 2

Die nach Art. 38 Abs. 3, 41 und 42 FürsG. vorgesehenen Entscheidungen der Bezirksverwaltungsbehörden sowie ihr Vollzug obliegen in Städten mit staatlichen Polizeidirektionen diesen. § 34 Abs. 4 Satz 1 der Vollzugs-

vorschriften vom 9. Mai 1930 zum Fürsorgegesetz (GVBl. S. 118) wird aufgehoben.

### § 3

Die Zeitdauer der Unterbringung ist auf mindestens drei Monate festzusetzen.

### § 4

Die Aufnahme in das Lager ist jeweils im unmittelbaren Benehmen mit der Kommandantur des Lagers Dachau durchzuführen. Hinsichtlich der Kosten der Unterbringung gilt Art. 44 FürsG. Für die Kosten sind von dem für die untergebrachte Person endgültig verpflichteten Fürsorgeverband auf Anforderung an die Lagerkommandantur monatliche Vorschüsse zu zahlen. Als Arbeitsordnung im Sinne des Art. 45 FürsG. gilt die Lagerordnung.

## Baden

### Jugendwohlfahrtsgesetz.

Die Nr. 52 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes vom 30. 10. 1934 bringt die Bekanntmachung der neuen Fassung der badischen Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 19. 10. 1934. Die Ausführungsverordnung enthält über die Jugendämter folgende Bestimmungen:

### § 1

1. Die Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe werden von den in § 1 Absatz 2 und § 8 der badischen Ausführungsverordnung zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 9. Oktober 1931 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 397) bezeichneten Bezirksfürsorgeverbänden durchgeführt.

2. Jeder Bezirksfürsorgeverband errichtet für seinen Bezirk ein Jugendamt. Sofern der Bezirksfürsorgeverband sich auf den Bezirk einer Gemeinde beschränkt, führt das Jugendamt die Bezeichnung Gemeinde- oder Stadtjugendamt, im übrigen die Bezeichnung Bezirksjugendamt.

### § 2

Die Aufgaben des Bezirksfürsorgeverbandes als Jugendamt werden in alleiniger Verantwortlichkeit vom Landrat und in verbandsfreien Städten vom (Ober)-Bürgermeister wahrgenommen.

### § 3

1. Zur Beratung über wichtige Fragen und Einzelfälle kann der Landrat (Bürgermeister) einen Beirat für Jugendwohlfahrt zuziehen.

2. Diesem Beirat gehören folgende Personen an:

- ein beamteter Arzt,
- ein Lehrer,
- ein Vertreter der Hitlerjugend,
- ein Vertreter der NS-Volkswohlfahrt,
- ein Vertreter der Inneren Mission,
- ein Vertreter des Caritasverbandes,
- ein Vertreter des Frauenvereins vom Roten Kreuz.

3. Die Vertreter der Inneren Mission und des Caritasverbandes gelten zugleich als Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse. Die Vertretung der NS-Volkswohlfahrt und der Hitlerjugend soll nach Möglichkeit einer Person übertragen werden. Der Vormundschaftsrichter ist nach § 9 Abs. 4 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt teilnahmeberechtigt.

4. Der Landrat (Bürgermeister) kann im Einzelfall andere sachverständige Personen zuziehen.

### § 4

Die Mitglieder des Beirats werden vom Landrat (Bürgermeister) auf die Dauer von vier Jahren ernannt. Sie können jederzeit vom Landrat (Bürgermeister) oder Landesjugendamt abberufen werden. Ernennung und Abberufung sind nicht anfechtbar.

### § 5

1. Bei jedem Jugendamt sind in der erforderlichen Zahl freiwillige Helfer oder Helferinnen und nach Bedarf Jugendpfleger oder -pflegerinnen im Hauptamt einzustellen.

2. Den hauptamtlich tätigen Jugendpflegern und -pflegerinnen sind bestimmte Bezirke zuzuweisen. Sie sollen, soweit tunlich, zu den Sitzungen des Jugendamtes bei Beratung der zu ihrem Geschäftskreis gehörenden Angelegenheiten zugezogen werden.

### § 6

Die Kosten des Jugendamtes werden von dem Bezirksfürsorgeverband getragen und in gleicher Weise wie sein sonstiger Aufwand aufgebracht.

## Umschau

**Zahl der Kriegsbeschädigten.**  
Gegenüber 1933 hat sich die Zahl der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Jahre 1934 nicht wesentlich verändert. Im Mai 1934 wurden insgesamt 804 504 (im Vorjahr: 808 574) versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte gezählt. Nach wie vorsind 57 v. H. weniger als 50 v. H.

erwerbsbeschränkt. Die Zahl der Kriegerwitwen ist etwas gestiegen, und zwar von 358 730 auf 359 098. Die Zahl der Waisenrenten ist dagegen gesunken. 136 241 (181 420). An Renten und Beihilfen wurden gewährt: rund 175 000 Elternrenten, 17 000 Witwenbeihilfen, 9000 Waisenbeihilfen, 134 000 Elternbeihilfen.



Ausgleichszulagen erhielten 89,1 v. H. der Kriegsbeschädigten; Kinderzulagen wurden in 1 029 000 Fällen gewährt.

### Schwerbeschädigte im Straßenverkehr.

In seinem Rundschreiben vom 15. 10. 34 — V A 3496/29. 9. — weist der Reichsminister des Innern darauf hin, daß es selbstverständlich sei, daß die Polizeiorgane den körperlich behinderten Volksgenossen, die einen Rollwagen oder Selbstfahrer benutzen, die Möglichkeit, Umzüge, Aufmärsche u. dgl. Veranstaltungen zu sehen, erleichtern und daß diesen Schwerbeschädigten durch Anweisung von Plätzen an der Kante der Fahrbahn oder Gehbahn ihr schweres Los erleichtert wird.

### Sammeltätigkeit der Bettelorden.

Zu der Frage der Anwendung des Gesetzes über das Verbot öffentlicher Sammlungen vom 3. 7. 1934 (RGBl. I S. 351) hat der Reichsminister des Innern unter Hinweis auf das Reichskonkordat wie folgt Stellung genommen:

Die Mendikanten-(Bettel-)Orden unterliegen den allgemeinen staatlichen Bestimmungen über Sammlungen. Die Staatsbehörden sind aber verpflichtet, die Sammlungstätigkeit dieser Orden insoweit zuzulassen, als es sich um den Erwerb des eigenen Lebensunterhaltes handelt.

Der Reichsschatzmeister der NSDAP. hat sich in einer Mitteilung vom 15. 10. 1934 (abgedruckt im Preuß. MBlV. Sp. 1379) diesen Ausführungen angeschlossen und allgemein die Sammelstätigkeit der Bettelorden insoweit zugelassen, als es sich um den Erwerb des eigenen Lebensunterhaltes der Orden handelt.

### Notstandsarbeiten im Winter 1934/35.

Um während des Winterhalbjahres den Umfang der Notstandsarbeiten zu steigern und durch entgegenkommendere Handhabung der Grundförderung die Schwierigkeiten der Restfinanzierung nach Möglichkeit zu vermindern, hat der Präsident der Reichsanstalt für AV. und AV. in einem Erlaß vom 8. 10. 34 — III 3 8700/110 — sich damit einverstanden erklärt, daß in denjenigen Fällen, in denen auf andere Weise der Beginn oder die Durchführung einer Arbeit in den Monaten Oktober 34 bis März 35 nicht sichergestellt werden kann, die Grundförderung

wieder von 2,50 RM auf 3 RM je Tagewerk erhöht wird, sofern nicht mit einem geringeren Förderungssatz ausgekommen werden kann. Auch in Fällen, in denen eine schon begonnene Arbeit während der Wintermonate besonders intensiv fortgesetzt wird und dadurch Mehrkosten entstehen, kann eine Erhöhung des Förderungssatzes innerhalb der neuen Höchstgrenze für die in den genannten Monaten abgeleiteten Tagewerke bewilligt werden, wenn dies unbedingt erforderlich ist.

Hinsichtlich der Art der zu fördernden Arbeiten verbleibt es grundsätzlich bei den bisherigen Vorschriften. Darüber hinaus kann für Forstarbeiten der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) eine Grundförderung bewilligt werden, wenn es sich

- a) um Neuaufforstung oder Wiederaufforstung auf Flächen, die seit mindestens drei Jahren nicht aufgeforstet werden konnten,
  - b) um Forstwegbauten, auch wenn sie nicht überwiegend außerforstlichen Zwecken dienen,
  - c) um Aufforstungen, die durch außergewöhnliche Ereignisse (Schädlinge, Brand u. dgl.) erforderlich geworden sind,
  - d) um Forstkulturarbeiten, die sich zur Durchführung der Prüfung des Arbeitswillens von Frauen eignen,
- handelt. Dies gilt auch für Arbeiten in privaten Forsten, wenn ein öffentlicher oder gemeinnütziger Träger eingeschaltet werden kann.

Um die Einstellung städtischer Arbeitsloser bei Notstandsarbeiten außerhalb der Großstädte noch mehr als bisher zu fördern, übernimmt die Reichsanstalt für AV. und AV. fortan Reisekosten, Kosten der Arbeitsausrüstung und Familienzuschläge auch für anerkannte Wohlfahrtsverbände dann und insoweit, als die Gemeinden (Gemeindeverbände) diese Kosten aus eigener Kraft nicht aufzubringen vermögen, wobei die von der Reichsanstalt übernommenen Beträge die Sätze nicht übersteigen dürfen, welche für Empfänger von Alu oder Kru maßgebend sein würden.

Wenn es auch grundsätzlich nicht möglich ist, dem einzelnen Arbeitslosen eine zusammenhängende Beschäftigung bei Notstandsarbeiten zu sichern, da die Durchführung von Notstandsarbeiten möglichst vielen Arbeitslosen zugute kommen soll, so werden doch die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt, in be-

sonderen Fällen eine über 52 Wochen hinausgehende Dauer der Beschäftigung dann zuzulassen, wenn die über 52 Wochen hinausgehende Beschäftigungszeit in die Monate Oktober 34 bis Februar 35 fällt und wenn dem Träger der Arbeit nicht zugemutet werden kann, die andernfalls wegen Erreichung der Höchstbeschäftigungsdauer ausscheidenden Arbeitslosen durch auswärtige Arbeitslose aus Zentren der Arbeitslosigkeit zu ersetzen. Die Verlängerung der Beschäftigungsdauer kann auch nur für einen Teil der bei Notstandsarbeiten tätigen Arbeitslosen unter der Bedingung ausgesprochen werden, daß ein anderer Teil durch auswärtige Notstandsarbeiter ersetzt wird.

Mit dieser Regelung hat der Präsident der Reichsanstalt für AV. und AV. wiederholten diesbezüglichen Anträgen des Deutschen Gemeindetages Rechnung getragen. Darüber hinaus läßt er hinsichtlich der Arbeiten, bei denen ein Land als Träger auftritt, die Bewilligung der Grundförderung bei Straßenbauten in gewissem Umfange zu. Er ist ferner versuchsweise bereit, solche zusätzlichen Maßnahmen privater auf Erwerb gerichteten Unternehmungen zu fördern, die den Ersatz ausländischer Erzeugnisse durch inländische bezwecken, wenn die Maßnahme ein besonderes Risiko für die Unternehmung bedeutet und ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Hierbei behält sich der Präsident der Reichsanstalt die Entscheidung im Einzelfalle vor.

### Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung.

Zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung machte der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Reinhardt, in einem Vortrag in der Verwaltungsakademie in Berlin Ausführungen. Das Aufkommen an Lohnsteuern habe im September 1934 67,6 Mill. RM betragen gegenüber 58,7 Mill. RM im September 1933, also 15 vH. mehr. Daraus ergebe sich, daß auch das Arbeitseinkommen im September 1934 um 15 vH. größer gewesen sei als im September 1933. Ein solches vermehrtes Arbeitseinkommen werde zwangsläufig zu erhöhtem Verbrauch und zu weiterer Belebung der Verbrauchsgüter-Industrien führen. Aus dem Mehr an Umsatzsteuern in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1934 ergebe sich,

daß die steuerpflichtigen Umsätze in den sechs Monaten von März bis August um rd. 8 Milliarden RM größer gewesen seien als im gleichen Vorjahres-Zeitraum. Von den insgesamt 1902 Mill. RM, die durch das Papen-Programm, das Sofort-Programm und Reinhardt-Programm zur Verfügung gestellt worden sind, seien bis Ende September 1934 rd. 1811 Mill. RM bewilligt und 1390 Mill. RM ausgezahlt gewesen. Das Arbeitsbeschaffungs-Programm der Reichsbahn betrage für 1933/1934 insgesamt 630 Mill. RM; davon seien 270 Mill. RM für die Monate November bis März vorgesehen. Auch aus dem Gebäudeinstandsetzungsgesetz bestehe noch ein Arbeitsvorrat für den Winter, denn von den 500 Mill. RM seien erst rd. 390 Mill. RM ausgezahlt worden.

### Umbauten und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden.

Einer Veröffentlichung des Deutschen Handwerksinstituts ist zu entnehmen, welche Erfolge durch die Reichsaktion zur Förderung von Gebäudeinstandsetzungen und Wohnungsteilungen erzielt worden sind. Die Angaben beruhen auf Untersuchungen des Seminars für Bauwirtschaftslehre an der Technischen Hochschule in Hannover und des Instituts für Konjunkturforschung.

Von den gesamten Arbeiten seit Beginn der Arbeitsbeschaffung durch Instandsetzungen und Umbauten entfielen etwa 20 bis 30 Prozent auf Umbauten und 70 bis 80 Prozent auf Instandsetzungen. Von den Umbauten kamen etwa ein Drittel auf Wohnungsteilungen mit einem Zuschuß von weniger als 100 Mark. Zur Zeit stehen nur noch etwa 2 Prozent der Großwohnungen leer gegen 4 bis 5 Prozent in den Jahren 1931/32. Die in den Monaten Oktober 1933 bis April 1934 vorgenommenen Instandsetzungen und Erneuerungen übertreffen bei weitem die jährlichen Aufwendungen der Vorkriegszeit und der günstigen Nachkriegsjahre. In den Wintermonaten 1933/34 wurden mindestens  $\frac{3}{4}$  Millionen Menschen durch die bezuschußten Arbeiten beschäftigt.

Die Beteiligung der verschiedenen Handwerkszweige war sehr verschieden. 16 untersuchte Handwerkszweige haben insgesamt 24,8 Millionen Tagewerke geleistet. Von diesen entfallen allein 46 Prozent auf die Maurer. In weitere 29 Prozent teilen sich die Maler und



Tischler etwa zur Hälfte. Maurern, Malern, Tischlern und Installateuren fielen zusammen fünf Sechstel der geleisteten Tagewerke zu.

### Die Siedlungsarbeit 1933.

Aus der endgültigen Siedlungsstatistik ist zu entnehmen, daß im Jahre 1933 für Siedlungen 107 000 (1932: 82 000) Hektar bereitgestellt und etwa 53 (40) Mill. RM aufgewandt worden sind oder durchschnittlich 669 RM je Hektar. Neun Zehntel der bereitgestellten Fläche stammten aus Gütern mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, und zwar 6500 Hektar aus Staatsdomänen und 87 700 Hektar aus großen Privatgütern. Obgleich die rechtzeitige Inangriffnahme der vollen Siedlungstätigkeit 1933 zunächst gehemmt worden ist, weil ein „ausreichender Landvorrat gefehlt“ habe, seien insgesamt 4914 (1932: 9046) Neusiedlerstellen mit einer Gesamtfläche von 60 000 (1932: 102 000) Hektar ausgelegt worden; der Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1932 betrug 4100 Neusiedlerstellen mit 43 000 Hektar. Von den 1933 gegründeten Siedlerstellen haben 88 Prozent eine rein landwirtschaftliche Nutzung, und zwar wurden davon 50 Prozent als Vollbauernstellen und 38 Prozent als Einspänner- oder Kuhbauernstellen bezeichnet. Rund 4 Prozent waren Stellen für Landarbeiter und 8 Prozent Gärtner-, Handwerker- oder Industriearbeiterstellen. Die Gesamtzahl der im Berichtsjahr angesetzten Siedler und ihrer Familienangehörigen betrug 20 719 Personen. Für 1934 rechnet man bekanntlich damit, daß auf den Wiederanstieg der Landbereitstellung im Vorjahr eine entsprechende Erhöhung in der Zahl neuangesetzter Siedler folgen werde.

### Badische Landeswohnungsfürsorgeanstalt.

Durch Verordnung vom 29. 10. 1934 (Bad. Ges.- u. Verordnungs-BI. S. 283) ist die Badische Landeswohnungsfürsorgekasse in eine gemeinnützige, öffentlich-rechtliche Staatsanstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit unter dem Namen „Badische Landeswohnungsfürsorgeanstalt“ umgewandelt worden. Aufgabe der Anstalt ist die Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens, insbesondere durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen und durch Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der vom Lande Baden auf

diesem Gebiet jeweils obliegenden Pflichten; sie hat ferner alle bisher vom Lande Baden für die Zwecke des Wohnungs- und Siedlungswesens übernommenen Darlehens- und Bürgschaftsverpflichtungen zu erfüllen. Um die Anstalt zur Erfüllung dieser Aufgaben instand zu setzen, wird der badische Staat ihr das Vermögen, das bisher die Landeswohnungsfürsorgekasse verwaltet hat, übertragen.

Darlehen und Zuschüsse dürfen nur gewährt werden für die Erstellung und Erhaltung gesunder Kleinwohnungen, ausnahmsweise auch von Mittelwohnungen, und der als Zubehör dienenden landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebsräume. Die Erstellung und Erhaltung von Wohnungen für minderbemittelte, kinderreiche Familien und minderbemittelte Schwerbeschädigte sowie durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen ist besonders zu fördern. Die Baudarlehen sind in der Regel durch Eintrag von Hypotheken zu sichern; den Hypotheken können andere Belastungen vorgehen. Ausnahmsweise kann vom Eintrag einer Hypothek abgesehen werden, wenn eine Gemeinde oder eine sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaft Bauherr ist oder wenn sonstige gleichwertige Sicherungen geleistet werden. Durch die Darlehensbedingungen sollen ungerechtfertigte Bereicherungen der Bauherren verhindert werden. Bürgschaft für Darlehen soll in der Regel nur für Tilgungshypotheken und nur bei solchen Wohnungen übernommen werden, für die auch ein Baudarlehen gegeben werden könnte, und nur in dem Umfange, als es zur Sicherung eines Bauvorhabens nötig ist. Sie soll nicht übernommen werden, soweit ein Darlehen bereits durch eine erste Hypothek ausreichend gesichert ist.

### Arbeitslosigkeit in Amerika.

Der amtierende Kommissar für öffentliche Arbeiten in den Vereinigten Staaten machte in einem bemerkenswerten Interview mit dem Washingtoner Korrespondenten des „Daily Telegraph“ die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Administration Sorge für nicht weniger als 16½ Millionen Arbeitslose zu tragen habe. Das Amt für öffentliche Arbeiten ist mit der Fertigstellung eines großzügigen Notstandsprogramms beschäftigt, dessen Einzelheiten nur wieder den Eindruck bestätigen, daß sich die Administration

keineswegs von ihren Ausgabeplänen zurückhalten läßt. Das außerordentlich unbefriedigende Bild, welches die Abschlüsse der privaten Industrie für das dritte Quartal 1934 bieten, läßt offensichtlich die Notwendigkeit der staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen um so dringender erscheinen. Nach einem — allerdings noch unbestätigten — Bericht befindet sich ein Fünfjahresplan in Vorbereitung, der Gesamtausgaben von 12 Milliarden Dollar umfaßt; hierbei steht das Bauprogramm der landwirtschaftlichen Kleinsiedlung für Arbeitslose im Vordergrund. Es scheint aber auch beabsichtigt zu sein, die brachliegenden Mittel der Privatbanken in Form größerer Ausleihungen an die Industrie in den Gesamtplan einzubauen.

### Arbeitsbeschaffung in der Schweiz und in Estland.

Der Entwurf zu einem Bundesgesetz über Arbeitsbeschaffung und Krisenbekämpfung ist vom Bundesrat gutgeheißen worden. Es soll u. a. der Frage besondere Beachtung geschenkt werden, ob die Geldunterstützungen in irgendeiner Form durch künftige Arbeitsgelegenheit ersetzt werden können. Vorgesehen sind verschiedene weitere Maßnahmen, so der Ausbau des Arbeitsnachweises, Erleichterung der örtlichen Versetzung Arbeitsloser, Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, zweckmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten. Geprüft werden soll noch die Frage, ob durch eine Heraufsetzung des Mindesteintrittsalters von Kindern ins Erwerbsleben eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu erreichen ist. Ablehnend äußerte sich der Bundesrat dagegen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die von der Schweiz nur dann ins Auge gefaßt werden könne, wenn auch ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt die gleiche Herabsetzung der Arbeitszeit durchführe und dadurch die gleiche Verteuerung ihrer Produktionskosten in Kauf nehme.

Der estländische Staatspräsident hat die Inkraftsetzung mehrerer wichtiger Wirtschaftsgesetze beschlossen. Es handelt sich dabei vor allem um das Arbeitsbeschaffungsgesetz, das Gesetz über die Änderung des Siedlungskapitalgesetzes,

die neuen Satzungen der estländischen Agrarbank und das Gesetz über die Änderung der Zolltarife. Das „Dekret über die zur Belebung der Volkswirtschaft erforderlichen Arbeiten“ gestattet der estländischen Regierung, in den Finanzjahren 1934/1935 und 1935/1936 außerordentliche Ausgaben im Betrage von 5 Mill. Kr. für die Durchführung verschiedener größerer Arbeiten vorzunehmen. Für die Errichtung von staatlichen Bauten sind 1,5 Mill. Kr. vorgesehen, für Zwecke der Forstkultur und Meliorationen 1 Mill. Kr. und zur Förderung neuer Wirtschaftszweige und zur Regelung des Absatzes 2,5 Mill. Kr. Die erforderlichen Summen werden auf dem Budgetwege aufgebracht. Der Kredit in Höhe von 2,5 Mill. Kr. für die Förderung der Produktion soll besonders zur Verbesserung der Bedingungen für den Absatz von Exportwaren verwandt werden.

### 40-Stunden-Woche in Italien.

Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in Italien grundsätzlich die 40-Stunden-Woche eingeführt worden. Zwischen den faschistischen Unternehmer- und Industriearbeiterverbänden wurde ein Abkommen getroffen, das die 40-Stunden-Woche für fast alle Industriezweige obligatorisch macht, ausgenommen sind nur diejenigen Industrien, in denen sich die 40-Stunden-Woche aus technischen Gründen nicht durchführen läßt.

Das Abkommen sieht weiterhin die Schaffung eines Fonds vor, aus dem die Kurzarbeiter Unterstützungen erhalten sollen. Nach Zeitungsnachrichten soll dieser Fonds auch als Ausgleichskasse für kinderreiche Familien dienen. In diesen Fonds müssen die voll Arbeitenden 1 v. H. ihres Lohnes abführen, während von dem Lohn für Überstunden, die über die 40-Stunden-Grenze hinaus geleistet werden, 5 v. H. in die Unterstützungskasse zu zahlen sind. Das Abkommen legt den Unternehmern aber auf, die Zahl der Überstunden so gering wie möglich zu halten. Weiterhin erklären sich die Unternehmer bereit, wo es irgend geht, jüngere weibliche Arbeitskräfte durch ältere männliche zu ersetzen und das Doppelverdienertum nach Kräften zu bekämpfen.

### Vom Wesen nationalsozialistischer Sozialpolitik.

Über dieses Thema führt Dr. Friedrich Bülow, Leipzig, in Nr. 10 der Zeitschrift für öffentliche Wirtschaft u. a. folgendes aus: Sozialpolitische Aufgaben ergeben sich immer dann, wenn durch Erkrankung des sozialen Körpers eine Lage geschaffen wird, die um der Erhaltung der Volksgemeinschaft willen Abhilfe verlangt. Jeder sozialpolitische Eingriff muß darauf gerichtet sein, dem Gesunden und Zukunftskräftigen zu dienen, nicht aber das Kranke, Verkrüppelte und erblich Belastete künstlich zu unterstützen. Es war sicherlich ein Hauptfehler der Sozialpolitik alten Stils, daß sie in Verfolgung von Arbeitnehmerinteressen schlechthin zur Fürsorgewirtschaft herabsank. Jetzt dagegen heißt es: Veredelung im sozialbiologischen Sinne und Hebung des Volkswohls entgegen den auf Zersetzung sowie Verfall gerichteten Kräften sind allen anderen Zielen voranzustellen. In diesem Sinne ist Sozialpolitik sowohl im Dienste der Sozial- oder Rassenhygiene stehende Bevölkerungspolitik als auch zwecks Verbesserung der Einkommensverteilung oder Verbrauchsregelung erfolgende Wirtschaftspolitik und schließlich zur Verwirklichung der sozialethischen sowie kulturellen Ziele sich notwendig machende Wohlfahrtspolitik.

### Ehrenbeamte in der kommunalen Wohlfahrtspflege.

In der Nummer 10 der Dortmunder Wohlfahrtsblätter vom Oktober 1934 behandelt Stadtinspektor Dipl. Komm. Schneider die Frage, ob das ehrenamtliche System als veraltet zu betrachten ist. In Dortmund war eine der ersten Maßnahmen des Wohlfahrtsamts nach der Umwälzung die Wiedereinschaltung der Ehrenbeamten in die eigentliche Fürsorgestätigkeit. Gegenüber den hier und da laut gewordenen Stimmen, die die Meinung vertreten, daß diese Maßnahme verfehlt gewesen sei, kommt Schneider zu dem Ergebnis, daß das ehrenamtliche System nicht als veraltet gelten und daß die Heranziehung von geeigneten Kräften aus der Bevölkerung den Aufgaben und Zielen der Fürsorge im neuen Staat nur dienlich

sein könne. „Die Fürsorge darf keine Kluft aufreißen zwischen Behörde und Hilfsbedürftigen, sondern im Verfolg des Gedankens der Volksgemeinschaft ein Vertrauensverhältnis herstellen. Die Behörden sind nur Organe der Volksgemeinschaft und müssen sich auch als solche betätigen. Die Mitarbeit von Nichtverwaltungsbeamten kann dabei nur wünschenswert sein. Wenn alle sich voll und ganz für die Ziele der Fürsorge einsetzen und freudig ihre Arbeit an den hilfsbedürftigen Familien und damit am Volksganzen tun, muß es gelingen, kräftiges Leben in den Bezirken zu wecken. Wir wollen nicht immer verneinen, das ist ein überwundener Standpunkt, sondern bejahen und das Ziel nicht aus den Augen verlieren, dann werden wir auch die heute noch vorhandenen Schwierigkeiten überwinden“.

### Invalidenrenten u. zusätzliche Fürsorge.

Einem Artikel von Dr. Hermann Strebel, Mathematiker im Reichsvorsorgungsamt, in der Nr. 246 der Deutschen Bergwerkszeitung vom 21. Oktober 1934 ist zu entnehmen, daß etwa 15% aller Sozialrentner neben ihrer Rente eine Fürsorgeunterstützung, also die sogen. Sozialrentnerfürsorge, erhalten. Die Zahl dieser Sozialrentner hat in den letzten Jahren sehr geschwankt. Am 31. März 1933 waren es 592 500 und Ende März 1932 574 200 Personen. Da die Zahl der Rentenempfänger in den letzten Jahren zugenommen hat, ist es bemerkenswert, daß die Zahl der zusätzlich aus Fürsorgemitteln unterstützten Sozialrentner nicht erheblich in die Höhe gegangen ist. Dr. Strebel führt das darauf zurück, daß die Maßnahmen zur Verbilligung von Speisefett, Frischfleisch, Kohlen, die Winterhilfsaktion und die übrigen Volkswohlfahrtsmaßnahmen eine besondere Zusatzversorgung über die Rente hinaus vielfach nicht mehr erforderlich machten.

### Frontzulagen und Witwenbeihilfe neben Renten aus der Sozialversicherung.

In einem gleichnamigen Aufsatz in Heft 28 der Zeitschrift „Die Arbeiterversorgung“ v. 1. 10. 1934 setzt sich MinRat Dr. Hofmeister-Reichsarbeits-

ministerium mit der Frage auseinander, ob Frontzulagen und Witwenbeihilfen neben Renten aus der Sozialversicherung ruhen. Er kommt in beiden Fällen zu einer Verneinung.

Die Frontzulage gehört nicht zu den Renten und Leistungen, die auf Grund der im § 1274 Abs. 1 Nr. 2 RVO. aufgeführten Sätze gewährt werden. Auch bei Festsetzung von Unterstützungen an Angehörige des Kriegsbeschädigten in der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der öffentlichen Fürsorge muß die Frontzulage außer Ansatz bleiben.

Die Witwenrente der Invalidenversicherung ruht nach § 1275 Abs. 1 Nr. 2 RVO. nur neben „Witwenrenten“ aus dem Reichsversorgungsgesetz und anderen Gesetzen. Die Witwenbeihilfe ist aber keine Rente, sondern eine freiwillige Leistung, die nicht die Bezeichnung Rente erhalten hat. Ihr Bezug kann deshalb ein Ruhen der Witwenrente aus der Sozialversicherung nicht zur Folge haben. Es tritt dadurch eine doppelte Versorgung der Witwe nicht ein, weil bei der Höhe der Witwenbeihilfe die Bedürftigkeit der Witwe geprüft und dabei bereits die Witwenrente aus der Sozialversicherung berücksichtigt worden ist.

### Bekämpfung der übertragbaren Kinderlähmung.

Für die Bekämpfung dieser Krankheit ist es wichtig, daß der behandelnde Arzt rechtzeitig in den Besitz des Serums gelangt, um dieses möglichst noch vor dem Auftreten der ersten Lähmungserscheinungen einspritzen zu können. Wie aus einer Abhandlung von Dr. Kurt Pohlen über die Organisation zur Bekämpfung der übertragbaren Kinderlähmung im deutschen Reich (Reichsgesundheitsbl. Nr. 42 vom 17. 10. 1934 S. 886) hervorgeht, ist das Serum in folgenden Depots erhältlich:

Königsberg, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Benthen, Hygienisches Institut,  
Breslau, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Berlin, Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin,  
Stettin, Städtisches Krankenhaus,  
Greifswald, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Rostock, Universitäts-Klinik,  
Lübeck, Städtisches Krankenhaus,  
Kiel, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Hamburg, St. Georg-Krankenhaus,  
Bremen, Kinder-Klinik,

Hannover-Kleefeld, Annstift,  
Magdeburg, Hygienisch-Bakteriologisches Institut des Sudenberger Krankenhauses,  
Halle, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Leipzig, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Dresden, Krankenhaus-Apotheke, Friedrichstadt,  
Chemnitz, Apotheke des Küchwald-Krankenhauses,  
Jena, Universitäts-Klinik-Apotheke,  
Göttingen, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Münster, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Dortmund, Kinder-Klinik der städtischen Krankenanstalten,  
Köln, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Marburg, Institut für experimentelle Therapie E. V. Behring,  
Frankfurt a. M., Universitäts-Kinder-Klinik,  
Trier, Krankenhaus der „Barmherzigen Brüder“,  
Ludwigshafen, Städtisches Krankenhaus,  
Heidelberg, Orthopädische Klinik der Universität Heidelberg,  
Karlsruhe, Kinder-Krankenhaus,  
Stuttgart, Medizinisches Landesuntersuchungsamt, Vorsteher Med.-Rat Dr. Mayser,  
Tübingen, Universitäts-Kinder-Klinik,  
Freiburg, Bakteriologisches Untersuchungsamt,  
Konstanz, Städtisches Krankenhaus,  
Nürnberg, Bakteriologisch-Serologisches Institut des Städt. Krankenhauses,  
München, Kinder-Klinik des Schwabinger Krankenhauses.

### Tuberkulosegefährdung des Pflegepersonals.

Auf der Tuberkulosetagung, die vom 13.—15. September in Salzuflen stattfand, hat der Vortrag von Obermedizinalrat Dr. F. Kreuser, Stuttgart über die Tuberkulose des Pflegepersonals als Berufskrankheit besondere Beachtung gefunden. Die Zeitschrift für das gesamte Krankenhauswesen bringt in Heft 23 folgende Zusammenfassung des Vortrages:

1. Es gibt bei zunehmender Gefährdung des Pflegepersonals eine gesteigerte Durchseuchung, eine erhöhte Erkrankungshäufigkeit und, soweit ein Maßstab möglich ist, eine Übersterblichkeit an Tuberkulose.

2. Für die Beurteilung im Sinne der Zweiten Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrank-

heiten ist es notwendig, Art und Grad der Gefährdung und den Erfolg der Gefährdung festzustellen.

3. Die wesentlichste Form der Erkrankung bei Gefährdungserfolg ist das Frühinfiltrat und die von ihm abzuleitenden Folgezustände. Sogenannte Superinfektionserkrankungen als Folge beruflicher Exposition sind als Gefährdungserfolg so zweifelhaft, daß sie nicht als Berufskrankheit anerkannt werden können.

4. Die Unterscheidung der verschiedenen Auswirkungen einer Berufsgefährdung geschieht am besten mittels einer Röntgenbildserie, deren Deutung aber oft schwierig ist.

5. Die möglichste Niedrighaltung der Zahl der Fälle von Tuberkulose als Berufskrankheit geschieht durch sorgfältige Auswahl derjenigen Personen, die beruflich einer Gefährdung ausgesetzt sein müssen. Das hat durch Prüfung des Allergiezustandes, Ermittlung der Familienvorgeschichte und Anfertigung eines Berufseintrittsbildes zu geschehen.

6. Um spätere Ansprüche auf Geltendmachung einer Berufstuberkulose auszuschließen, ist ein Berufsauftrittsbild erforderlich, nachdem während der gefährdenden Tätigkeit regelmäßige Röntgenüberwachung stattgefunden hat.

7. Außerdem sind allgemeine Maßnahmen zum Schutze aller in die Unfallversicherung einbezogenen „Pflegerpersonen“ im Sinne der Aufklärung, der Anwendung persönlicher Schutzmaßnahmen und der Durchführung allgemeiner Sanierung der Arbeitsplätze und gesundheitlich einwandfreier Arbeitsbedingungen sowie der beruflichen Versorgung von Schadenfällen strengstens durchzuführen. — Die Erforschung der Berufstuberkulose des Pflegepersonals, die ärztlichen Leistungen bei der Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes und die praktischen Schutzmaßnahmen sind keine zwecklose und verwechslende Befürsorgung, sondern wertvolle Arbeit am Aufbau des öffentlichen Gesundheitswesens zum Nutzen des gesamten deutschen Volkes.

#### Unterstützung gegen Arbeitsleistung in Budapest.

Wie aus der Nr. 10 der Zeitschrift „Die Kommune“, Verwaltungswirtschaft-

liches Organ Ungarns, zu entnehmen ist, hat man sich auch in Budapest zur Einführung der Pflichtarbeit für Unterstützungsempfänger entschließen müssen. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die Hauptstadt seit einigen Jahren nicht mehr wie früher ausschließlich die alten, kranken und arbeitsunfähigen Armen zu unterstützen hätte, sondern infolge der durch die Wirtschaftskrise verursachten Arbeitslosigkeit auch Tausende von arbeitsfähigen, doch erwerbslosen und notleidenden Individuen. Die Unterstützung arbeitsfähiger Personen hätte aber große Nachteile sowohl in wirtschaftlicher als auch moralischer Hinsicht. Dieser Umstand hätte bereits viele ausländische, ja sogar einige ungarische Städte bewogen, zu dem System der Unterstützung gegen Arbeitsleistungen überzugehen, und ihrem Beispiele wolle nun auch die Hauptstadt folgen. Nach dem neuen System werden die arbeitsfähigen Familienhäupter der unterstützten Familien 18 Tage pro Halbjahr, täglich sechs Stunden, arbeiten müssen, wofür sie samt ihrer Familie während des betreffenden halben Jahres unterstützt werden. Gearbeitet wird von 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags oder von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends. Täglich vor Beginn der Arbeit erhält jeder zur Arbeitsleistung Einberufene außer der normalen Unterstützung 20 Dekagramm Brot, nach Beendigung der Tagesarbeit eine Anweisung auf Selbwaren. Wenn im Winter die Temperatur auf unter —3 Grad sinkt, so wird die Arbeit eingestellt. Derzeit werden ungefähr 44 000 Familienhäupter beiderlei Geschlechts unterstützt, die in aus je 300 Personen bestehende Arbeiter-Hauptgruppen eingeteilt werden. Die Mitglieder der Arbeitergruppen will die Hauptstadt bei Privatgesellschaften gegen Unfälle versichern lassen. Die Arbeiten wird die Sektion für Straßen- und Kanalbau organisieren und leiten. Die arbeitsscheuen oder renitenten unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppen werden aus der Unterstützungsaktion ausgeschlossen. Die arbeitsfähigen notleidenden Intellektuellen, die auf Unterstützung Anspruch erheben, werden zum Kanzleidienst beordert oder als Arbeitsaufseher verwendet. Frauen werden zur Arbeit nur einberufen, wenn die Familie und der Haushalt nicht darunter leiden.

# Zeitschriftenbibliographie

Bearbeitet für Oktober 1934 vom Archiv für Wohlfahrtspflege, Berlin C 2.

## Abkürzungen:

Bl. = Blatt od. Blätter	N. D. V. = Nachrichtendienst d. Deutschen Vereins für öffentl. und private Fürsorge	Soz. = Sozial
Dt. = Deutsche, r, es		Stat. = Statistisch
ges. = gesamte		Ztg. = Zeitung
Med. = Medizinische	Rdsch. = Rundschau	Ztschr. = Zeitschrift

## Fürsorgewesen

### Allgemeines

- D. Gesetz zur Änderung v. Vorschriften über d. Zwangsvollstreckung v. 24. Oktober 1934, Jonas, Dt. Justiz 43.  
Lohnpfänd. u. Fürsorgepolitik, Riedel, Bl. f. öff. Fürsorge 19.

### Grundsätzliche Fragen

- Gedanken z. Schuldfrage im Problem d. Armut, D. Armenpfleger 10.  
Soziale Reform im Geist, Bunk, NS. Sozialpolitik 1.  
Z. Frage d. Umgestalt. d. öff. Fürsorge zu einer organischen Volkspflege, Schles. Wohlfahrt, 20.

### R. F. V.

- D. Innenverhältnis bei d. Anspruchüberleitung nach § 21a RFV., Riedel, Bl. f. öff. Fürsorge, 18.  
D. beschränkte Pfändungsschutz d. Beamten-dienstbezüge bei Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen eines unehelichen Kindes durch d. ersatzberechtigten Fürsorgeverband, Spohr, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 27.  
D. Anmeld. d. fürsorgerechtl. Ersatzanspruches in d. neueren Rechtsprech. d. Bundesamtes f. d. Heimatwesen u. d. Bayr. Verwaltungsgerichtshofes, Steiger, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 29.  
Findlinge, Friedrichs, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 29.  
Fürsorgeverbände u. Hebammen, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 28.  
Geschäftsführung ohne Auftrag i. d. öff. Fürsorge/D. auftragslose Geschäftsführung im Rahmen d. fürsorgerechtl. Erstattungsanspruchs, Schulze, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 30.  
Gewöhnlicher Aufenthalt, Unterstützungswohnsitz oder Heimat? Hilble, Bl. f. öff. Fürsorge, 19.  
Neuregelung d. Rechts d. Ausweisung v. Ausländern, Soz. Praxis, 42.  
Polizei u. öff. Fürsorge, Bl. f. öff. Fürsorge, 19.  
Streiflichter z. Übernahme u. Übergabe v. Hilfsbedürftigen, Bl. f. öff. Fürsorge, 18.  
Z. Ausleg. v. Art. 1 Abs. II Satz 2 d. bayr. Fürsorgerechts, Bl. f. öff. Fürsorge, 19.

### Winterhilfswerk

- D. Winterhilfswerk d. Dt. Volkes, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 30.  
D. Winterhilfswerk d. Dt. Volkes 1934/35, Catitas, 10.  
D. Leistungen d. Winterhilfswerkes im Jahre 1933/34, Wirtschaft u. Statistik, 19.  
Kampf geg. Wintersnot, Soz. Praxis, 42.  
Kommunale Wohlfahrtspflege  
Amt f. Kommunalpolitik u. Dt. Gemeindetag, Schön, D. nationalsoz. Gemeinde, 19.  
D. Gemeinde im dt. Volksleben, Schles. Wohlfahrt, 19.  
D. zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaft, Pagenkopf, D. Gemeindetag, 20.  
Ein Jahr Gemeindetag im Rheinland, Kottenberg, D. Rheinprov., 10.

### Studenten

- D. Entwicklungsrichtung d. Hochschulbesuchs, Soz. Praxis, 43.  
Hochschulstudium u. Familiengröße, Keller, Dt. Ärztebl., 40.  
Wandlungen im Hochschulbesuch, Hadrich, Dt. Ärztebl., 41.

### Kleinrentner

- D. Gesetz über Kleinrentnerhilfe v. 5. Juli 1934, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
D. fürsorgerechtl. Stell. d. Kleinrentners, Jehle, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 28.  
D. Kleinrentnerhilfe, von Colomb, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 27.  
D. „Kleinrentnerhilfe“, Mitteilungsbl. d. Stadt-amtes f. Volkswohlfahrt, Dresden, 3.  
D. Verpflichtung z. Rückzahlung öff. Unterstützung unter bes. Berücksichtig. d. Gesetzes üb. Kleinrentnerhilfe v. 5. Juli 1934, Bastian, Ztschr. f. d. Heimatwesen, 29.  
Durchführung d. Kleinrentnerhilfe-Gesetzes, Soz. Praxis, 42.  
Gesetz über Kleinrentnerhilfe, D. nationalsoz. Gemeinde, 20.  
Kleinrentner„hilfe“ statt Kleinrentner„fürsorge“, Verwaltungspraxis, 19.

### Ausland

- Armenanstalt, Altersheim, Asyl f. Unheilbare, Pro Senectute, 3.  
Public Welfare in 1934, The Social Service Review, 3.  
Schweiz. Armenstatistik 1932, Wild, D. Armenpfleger, 9.



## Fürsorgestatistik

- D. öff. Fürsorge im Rechnungsjahr 1933/34, Bl. f. öff. Fürsorge, 19.  
D. Reichsfürsorgestatistik 1932/33, Schickenberg, Soz. Praxis, 41.

## Finanzfragen

- D. überörtl. Prüfung d. Haushaltsführung in d. Hauptstadt Berlin, v. Derschau, Reichsverwaltungsbl., 42.  
Saarländisches Gemeindefinanzrecht, Schmitt, Reichsverwaltungsbl., 42.  
Steuerreform u. Gemeinden, Steimle, D. nationalsoz. Gemeinde, 19.

## Soziale Persönlichkeiten

- Dr. Hildegard Burjan, Domanig, Soziale Hilfe, 7.  
Thomas Robert Malthus 100 Jahre tot, Schmidt-Kehl, Volk u. Rasse, 10.  
August Friedrich Petschke als Taubstummenlehrer, Schumann, D. dt. Sonderschule, 6.

## Methoden

- Weltanschauung u. Psychotherapie, Seif, Zentralbl. f. Psychotherapie, 4.  
Wissenschaftl. Haltung u. Weltbild in d. Psychotherapie, Meinertz, Zentralbl. f. Psychotherapie, 4.

## Freie Wohlfahrtspflege

- D. Dienst d. Inneren Mission, Schirmacher, D. Innere Mission, 10.  
Seelsorgerische Erfahrungen im Anstaltsdienst, Heppich, D. Innere Mission, 10.  
Wirtschaftl. Nebenbetriebe in caritativen Anstalten, van Acken, Caritas, 10.

## Bevölkerungspolitik

### Allgemeines

- D. Kampf um die Wiedergeburt des Volkes und seine Erfolgsaussichten, Burgdörfer, Archiv f. Bevölkerungswissensch. u. Bevölkerungspol., 5.  
D. Bedeut. d. Familienforsch. f. unser Volk, Schwab, Zahnärztl. Mitteil. 40/Wohlfahrtswoche, 42.  
D. strafgerichtl. Untersagung d. Hebammen-gewerbes, Spohr, Ztschr. d. Reichsfachschaft dt. Hebammen, 17.  
Familienforschung u. Begutachtung, Curtius, Dt. Ärztebl., 37.

### Bevölkerungsaufbau und -stand

- Aufwärts. Neue Ziffern d. dt. Bevölkerungstatistik, Ztschr. f. Standesamtswesen, 19.  
D. Personal d. land- u. forstwirtschaftl. Betriebe, Wirtschaft u. Statistik, 19.  
D. soziale Antlitz d. dt. Volkes, Hadrich, Dt. Ärztebl., 35.  
D. Religionsgliederung d. Bevölkerung d. Dt. Reiches, Wirtschaft u. Statistik, 19.

- D. Theorie d. zyklischen Bevölkerungsbewegung, Wagenführ, Arch. f. Bevölkerungswissensch. u. Bevölkerungspol., 5.  
Ursachen u. Bedeut. d. Geburtensteigerung 1934, Ungern-Sternberg, D. Ärztin, 10.

### Eugenik

- Christentum, Rasse u. Volk, Dt. Volk, 7.  
D. Sexualproportion d. Hilfsschule in vererbungswissenschaftlicher Beleuchtung, Nöll, D. dt. Sonderschule, 6.  
Erbbpflege i. d. dt. Gesetzgebung, Ruttke, Dt. Ärztebl., 42.  
Erbbpflege u. Bevölkerungspolitik, Schröder, D. Betriebskrankenkasse, 19.  
Liebe, Ehe u. Verantwortung f. d. kommenden Geschlechter, von Hollander, NS-Frauenwarte, 10.  
Ist Rassenpflege unchristl.? Stähle, Volksgesundheitswacht, 4.  
Maßnahmen z. Bevölkerungspolitik u. Erbbpflege, Lenz v. Borries, D. Frau, 1.  
Rasse u. Handschrift, Schultze, Volk u. Rasse, 10.  
Z. Frage d. erbbiologischen Bestandaufnahme, Astel, Dt. Ärztebl., 42.

### Sterilisierung

- Bekämpf. d. Erbkrankheiten bes. auf psychiatrischem Gebiet, Maier, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.  
D. Gesetz z. Verhütung erbkranken Nachwuchses u. seine Bedeut. f. d. Hilfsschule, Schneider, D. dt. Sonderschule, 6.  
D. Problem d. Verhütung erbkranken Nachwuchses unter bes. Berücksichtig. d. Sterilisationsfrage, Reist, Schweiz. Ztschr. f. Gemeinnützigk., 10.  
D. karteimäßige Erfassung d. Erbkrankheiten, Kresiment, Reichsgesundheitsbl., 43.  
D. seelischen Faktoren bei d. Entstehung u. Behandl. d. Unfruchtbar. d. Frauen, Mohr, Zentralbl. f. Psychotherapie, 4.  
Erfahrungen mit d. Sterilisierung, Weinert, D. dt. Sonderschule, 6.  
Medizinisches u. Psychologisches z. Unfruchtbarmachen Erbbinder, Lange, D. Dt. Sonderschule, 6.  
Soziale u. erzieherische Notwendigkeiten bei d. Unfruchtbarmachung Schwachsinniger, Meltzer, D. dt. Sonderschule, 7.  
Über Erbkrankheiten d. Auges u. d. Auswirk. d. Gesetzes z. Verhüt. erbkranken Nachwuchses auf d. Praxis, Fleischer, Dt. Ärztebl., 42.

### Positive eugenische Maßnahmen

- D. Ehrenpatenschaften d. Stadt Berlin, Klein, Dt. Ärztebl., 37.  
D. Erbkartei d. Gaues Hessen-Nassau, Kranz, Dt. Ärztebl., 37.  
Ehrenpatenschaften als Mittel d. Bevölkerungspolitik, Soz. Praxis, 42.

### Ausland

- Documents récents sur les divorces, Széll, Magyar Statistika Szemle, 9.  
Sozialärztl. über d. Komplikationen d. strafbaren Abtreibung, Revista de Igiene Sociala, 10

## Soziale Frauenfragen

- D. Eingliederung d. schwer vermittelbaren Frauen in d. Arbeitsleben, Gaebel, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
D. soziale Wandel im Haushalt, Erdmann, D. Frau, 1.  
D. Stell. d. germanischen Frau, Bohlmann, Wille u. Macht, 20.  
Einfluß d. Christentums auf d. Stell. d. germanischen Frau, Bäumer, D. Frau, 1.  
Gesundheitspflege d. Frau v. rassenhygienischen Standpunkt, Petri, NS.-Frauenwarte, 10.  
Hunger nach d. Geist (D. Weg einer finnischen Frau), Oehquist, D. Frau, 1.  
Landfrauenarbeit u. Arbeitslosigkeit, Teufelsbauer, Ztschr. f. Kinderschutz, Familien- u. Berufsfürs., 9/10.  
Z. Problem d. Frühehe u. d. Frauenarbeit, von Leers, D. Ärztin, 10.

## Jugendwohlfahrt

### Allgemeines

- D. kinder- u. jugendfürsorgereiche Arbeit in d. Pfarrgemeinden, Metzger, Jugendwohl, 10.  
Mädel u. Rundfunk, Wille u. Macht, 20.

### Pädagogische Fragen

- D. Landjahr, D. Rheinprov., 10.  
D. Hort, eine Pflanzstätte d. Volksgemeinschaft, Jaffke, Christl. Kinderpflege, 10.  
Film u. Lichtbild im Neuaufbau d. Erziehung, Günther, Nationalsoz. Erziehung, 40.  
Jugenderziehung im nationalsoz. Deutschland, Kubis, NS.-Frauenwarte, 9.  
Kindergarten u. Hort im Dienste d. Volkstumpflege, Lenatz, Kinderheim, 5.  
Um d. Neuaufbau d. dt. Schule, Meyer-Lülmann, D. Gemeindetag, 20.  
Z. pädagogischen Bedeut. d. Ganzheitspsychologie, Buß, Kindergarten, 10.

### Vormundschaft, Pflegestellenwesen

- Adoptionsvermittlung d. Amtsvormünder, Rundbrief d. Dt. Jugendarchivs, 11/12.  
D. uneheliche Kind im neuen Staat, Arbeitsgemeinschaft f. Volksgesundheit, 27.  
D. Annahme an Kindes Statt, v. Mann, Caritas, 19.  
Fehlbestimmungen bei Blutprobe, Rundbrief d. Dt. Jugendarchivs, 11/12.  
Haftung d. Kreise aus d. Amtsvormundschaft, Wohlfahrtswoche, 42.  
Um d. Rechtsstell. d. unehelichen Kindes, Arbeitsgemeinschaft f. Volksgesundheit e. V., 24.  
Z. Frage d. Inkognito-Adoption, Reisinger, Jugendwohl, 10.  
Z. Neuregelung d. Adoptionswesens, Bremer, D. Innere Mission, 10.  
Z. rassebiologischen Bewert. d. unehelichen Kindes, Wehler, Zentralbl. f. Jugendrecht u. Jugendwohl., 6.

## Ausland

- Kinderfürsorge in süd- u. mittelamerikanischen Ländern, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
Problèmes d'éducation, zycie dziecka, 7/8.  
Séction de la Société-té de Pédiatrie de Lodz, Pedjatrja Polska, 4.  
Varsovie à L'enfant abandonné, Zycie dziecka, 7/8.  
Z. Entwickl. d. italienischen Kinder- u. Jugendfürsorge, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.

## Gefährdetenfürsorge

- D. schwer erziehbare Kind, Schwab, NS.-Frauenwarte, 9.  
D. Bedeut. d. Abolitionismus, Mittermaier, D. Frau, 1.  
Ist d. Binet-Methode noch haltbar? Hörner, D. dt. Sonderschule, 7.

## Kb.- und Kh.-Fürsorge

- D. Schicksal d. Kapitalabfind. im Entschuldigungsverfahren, Köster, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 19.  
Geldleistungen bei Versorgungsheilbehandlung, Maßmann, D. Betriebskrankenkasse, 17.  
Steuerliche Vergünstigungen f. Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene u. Zivilbeschädigte bei d. Lohnsteuer, Abgabe z. Arbeitslosenhilfe u. Ehestandshilfe, D. Bayr. Bürgermeister, 27.

## Lebenshaltung

- D. Lebenslage d. berufstätigen Jugend, Hoske, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
D. wirtschaftl. Lage d. Industriefamilie, Kautz, Arbeitsschulung, 2/3.  
Neuberechn. d. Reichsindexziffer f. d. Lebenshaltungskosten, Wirtschaft u. Statistik, 19.  
Neue Zahlen aus d. Statistik d. Einkommen, Soz. Praxis, 41.  
Sparen — eine überlebte Tugend oder eine neue Notwendigkeit? Heindel, D. Rheinprov., 10.  
Wie spart d. Arbeiter? Schaaf, NS.-Sozialpolitik, 1.

## Wohnungswesen

- Berechnung d. Nutzungsgebühr u. d. Miete, Weber, Ztschr. f. Wohnungswesen, 19.  
D. Baugenossenschaften im Dt. Siedlungswerk, Dötsch, Ztschr. f. Wohnungswesen in Bayern, 9.  
D. dt. Bausparbewegung, Ostertag, Dt. Bausparkassenztschr., 9.  
D. Möglichkeiten städtebaulicher Gestaltung nach d. Wohnsiedlungsgesetz v. 22. September 1933, Delius, Reichsverwaltungsbl., 43.  
D. Rolle d. Baugewerbe bei d. Germanen, Antz, Bauen, Siedeln, Wohnen, 19/20.  
Grundlagen d. Bau- u. Zwecksparens, Friedrichs, Dt. Bausparkassenztschr., 9.  
Nur ein Volk, das baut — lebt Bauen, Siedeln, Wohnen, 19/20.  
Siedlungen u. Eigenheime als Kraftquellen d. neuen Deutschl., Wenzel, Berl. Kommunale Mitteil., 20.

- Staat u. Siedlung, Ferber, Braune Wirtschafts-  
post, 16.  
Statistisches aus d. Baugenossenschaften, von  
den Hoff, Ztschr. f. Wohnungswesen in Bay-  
ern, 9.  
Z. Frage d. Reichsbürgerschaft beim Kleinwoh-  
nungsbau, Pabst, D. dt. Volkswirtschaft, 20.

## Wanderungswesen

### Ausland

- Rückwanderung in d. Schweiz, Stahle, D. Ar-  
menpfleger, 10.

## Strafgefangenen- und Entlassenen- fürsorge

- Aus d. Gesetz geg. gefährl. Gewohnheitsver-  
brecher u. über Maßregeln d. Sicherung u.  
Besserung, Vertrauensarzt u. Krankenk., 10.  
D. Kosten d. Strafvollzuges, Schmidt, Dt. Ju-  
stiz, 43.  
D. Kriminalität in d. Freien Stadt Danzig im  
Jahre 1933, Danziger Statistische Mitteil., 3.  
Einheitl. Justiz im einheitl. Reich, Gürtner,  
Dt. Justiz, 43.  
Richter, Recht u. Gesetz, Freisler, Dt. Justiz,  
43.  
Volksdeutsche Rechtsauffassungen, Lange, Dt.  
Justiz, 43.

## Sozialpolitik

- Arbeitsvermittlung u. Arbeitsbeschaffung als  
Aufgaben d. nationalsoz. Staates, Syrup,  
D. Arbeitslosenhilfe, 14.  
Aus d. Gesetzen u. Verordnungen d. Kabinetts  
Hitler im 3. Halbjahr, Peretti, Ztschr. f.  
Gesundheitsverwalt. u. Gesundheitsförs., 20.  
D. Recht d. Tarifordnung, Weigelt, D. Be-  
triebswart, 9.  
D. Mensch in d. dt. Wirtschaft, D. Betriebs-  
wart, 9.  
D. Unternehmer im neuen Arbeitsrecht, Franke,  
NS.-Sozialpolitik, 1.  
D. Wiederaufbau d. Wirtschaft, Martin, Inter-  
nat. Rdsch. d. Arbeit, 9.  
D. Busse, Mansfeld, Dt. Arbeitsrecht, 10.  
D. dt. Wirtschaft im Kraftfeld d. National-  
sozialismus., Hunke, D. dt. Volkswirtschaft, 4.  
D. Ehre als Grundpfeiler im nationalsoz. Staat,  
Knubben, Reichsverwaltungsbl., 43.  
D. neue Verfassung d. Ämter, Bitter, D. Land-  
gemeinde, 20.  
D. neuen Bestimmungen über d. Bürgersteuer,  
Albrecht, D. Landgemeinde, 20.  
D. Rechtsnatur d. Tarifordnung, Braune Wirt-  
schaftspost, 14.  
D. Reorganisation d. Dt. Arbeitsfront, Soz.  
Praxis, 43.  
D. Sachverständigen im Wirtschafts- und Ar-  
beitsleben, Weigelt, D. dt. Volkswirtschaft,  
30.  
D. Wirtschaft im ersten Jahre d. neuen Reiches,  
Herle, D. dt. Volkswirtschaft, 4.  
Grundzüge einer neuen Sozialpolitik, Soz. Zu-  
kunft, 9.

- Lieferungsgenossenschaften als Instrumente  
handwerklicher Arbeitsbeschaffung, Soz.  
Praxis, 42.  
Rückgang d. Arbeitslosigkeit unter d. Jugend-  
lichen, Mewes, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
Sozialpolitik u. Rechtsprechung, NS.-Sozial-  
politik, 1.  
Sozialpolitische Fragen anlässlich d. vorläu-  
figen Aufbaues d. dt. Handwerks, Stritzke,  
Dt. Arbeitsrecht, 10.  
Staatssekretär Reinhardt über einige d. neuen  
Steuer Gesetze vor Vertretern d. Presse, Dt.  
Steuerzeitung, 32.  
Stand d. Arbeitsschlacht. Erweiterungen d.  
Vorschriften über d. Gewährung v. Grund-  
förderung, Dt. Steuerzeitung, 33.  
Steuerermäßigung f. Hausgehilfinnen. Ände-  
rungen d. Gesetzes z. Förderung d. Ehe-  
schließungen. Arbeitsschlacht im Klein-  
wohnungsbau erforderlich, Reinhardt, Dt.  
Steuerzeitung, 31.  
Treuhänder d. Arbeit, Weigelt, D. Betriebs-  
wart, 8.  
Arbeitsplatzaustausch  
Austausch v. Arbeitsplätzen, Jache, D. Thür.  
Gemeindetag, 10.  
D. Generationen im Arbeitseinsatz, Feger,  
NS.-Sozialpolitik, 1.  
D. neuen Bestimmungen über d. Verteil. v.  
Arbeitskräften, Reeber, Bl. f. öff. Fürsorge,  
20.  
Verteilung v. Arbeitskräften, Zschucke, Dt.  
Arbeitsrecht, 10.  
Ausland  
D. Tennessee-Tal-Plan ein USA-Experiment  
in Nationalsozialismus, Luft, Dt. Wirt-  
schaftsztg., 43.  
D. jüngste Phase d. italienischen Korpora-  
tivismus u. d. ständische Aufbau in Deutsch-  
land, von Bekerath, Braune, Wirtschafts-  
post, 15.  
D. Krisenbezirke in Groß-Britannien, Callum,  
Internat. Rdsch. d. Arbeit, 10.  
Planwirtschaftliche Maßnahmen in Italien,  
Marcelletti, Internat. Rdsch. d. Arbeit, 10.  
Treibt Japan soziales Dumping? Winners-  
Runge, Soz. Praxis, 43.  
**Betriebswohlfahrtspflege**  
Sozialpolitik im Großunternehmen, Soz. Zu-  
kunft, 9.  
D. soziale Frage im Betrieb u. d. Betriebs-  
krankenkassen, Schwenger, D. Betriebs-  
krankenkasse, 19.  
Ausland  
Unternehmerische Sozialpolitik in Frankreich,  
Geck, Soz. Praxis, 41.  
**Arbeitsfürsorge**  
Arbeitsschutz und Arbeitsvermittlung  
Beschaffung v. ländlichem Gesinde in Gegen-  
wart u. Zukunft, Oertel, D. Arbeitslosen-  
hilfe, 14.

- D. Armenrecht im arbeitsgerichtlichen Verfahren, Körtling, Dt. Arbeitsrecht, 10.  
 D. Neuregel. d. Heimarbeit, D. Betriebswart, 9.  
 Unzulässige Mehrarbeit als Vertragsgegenstand? Richter, NS.-Sozialpolitik, 1.  
 Wandlungen d. Arbeitsvertrages, Weigelt, Soz. Praxis, 42.

### Berufsberatung, Lehrstellenwesen

- D. Gewerbetreibende u. d. Berufsberatung, Zemp, Berufsberatung u. Berufsbildung, 10/11.  
 D. Recht i. Unterricht d. Berufsschule, Seelbach, D. Dt. Berufsschule, 14.  
 D. Ausbildung d. Berufsnachwuchses, Dt. Handwerk, 35.  
 D. Berufsberatung u. Lehrstellenvermittlung d. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung im neuen Staat, Handrick, D. Arbeitslosenhilfe, 15.  
 Innung u. Berufsschule, Hampe, D. Dt. Berufsschule, 12.  
 Lehrausbildung u. Lehrlingsvergütung, Peters, Dt. Justiz, 43.  
 V. Beruf d. Berufsschule z. staatsbürgerlichen Erziehung, Schulz, D. dt. Berufsschule, 10.

### Ausland

- Aus d. Berichten d. schweiz. Fabrikinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1933, Bitterli, Reichsarbeitsbl., 29.  
 D. holländischen Schlichtungsbehörden 1933, Heitmann, Reichsarbeitsbl., 30.  
 Fünfzig Jahre Österreich. Gewerbeaufsicht (m. Fortsetz.), Soz. Praxis, 43.

## Arbeitslosenversicherung

- Arbeitslosenversicherung d. Hauspersonals, Adeis, D. Arbeitslosenhilfe, 14.  
 D. Arbeitslosen in d. berufständischen Ordnung, Volkswohl, 1.  
 D. Arbeitslosigkeit im September 1934, Reichsarbeitsbl., 30.  
 D. Fortbildung d. Personals d. Arbeitsämter, Rahn, D. Arbeitslosenhilfe, 14.  
 D. Durchführung d. Notstandsarbeiten im Winter 1934/35, Reinbothe, D. Arbeitslosenhilfe, 15.  
 D. Familienversorg. bei auswärtigen Notstandsmaßnahmen d. Görings-Plans, Kaufmann, D. Arbeitslosenhilfe, 15.  
 D. Notstandsarbeiten im Winter 1934/35, Soz. Praxis, 43.  
 Durchführung v. Notstandsarbeiten auf d. Lande, Schmiljan, D. Landgemeinde, 19.  
 Meliorationen als Notstandsarbeiten, Bardow, D. Arbeitslosenhilfe, 15.  
 Streitfragen aus d. Recht d. Wartezeit, Adam, D. Arbeitslosenhilfe, 15.

### Ausland

- D. Arbeitslosenhilfe in Großbritannien, Beisiegel, D. Arbeitslosenhilfe, 14.

## Arbeitsdienst

- D. Verbot d. freiw. Arbeitsdienstes im Saargebiet, Soz. Praxis, 41.  
 D. erzieherische Wert d. dt. Arbeitsdienstes, Dt. Arbeitsdienst, 43.  
 D. Erziehungsformen d. Arbeitsdienstes, Kretzschmann, Dt. Arbeitsdienst, 42.  
 Sozialhygiene u. Arbeitsdienst mit bes. Berücksichtigung d. studentischen Arbeitsdienstes, Coerper, Ztschr. f. Gesundheitsverwaltung u. Gesundheitsfürs., 19.  
 Wirtschaftsführer z. Arbeitsdienst, Dt. Arbeitsdienst, 41.

## Gesundheitsfürsorge

- Biologisches Denken, Gercke, Ztschr. f. Standesamtswesen, 19.  
 D. anzeigepflichtigen Krankheiten im Dt. Reich, Tornau, Dt. Ärztebl., 35.  
 D. Entwickl. d. Sterblichkeit an Zuckerkrankheit in Preußen, Pohlen, Reichsgesundheitsbl., 43.  
 D. Krise d. medizin. Wissenschaft, Schulze, Volksgesundheitswacht, 8.  
 D. neuen Aufgaben d. Privatkrankenanstalten, Bieling, Dt. Ärztebl., 43.  
 D. Tiefenpsychologie als Rahmen f. d. Gesamtbehandlung v. Neurotikern, Künkel, Zentrabl. f. Psychotherapie, 4.  
 D. Überwindbarkeit d. Todes im Gleichnis biologischer Erkenntnis, André, Braune Wirtschaftspost, 17.  
 Krise u. Volksgesundheit, Kenta, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.  
 Neuordnung d. Gesundheitswesens, D. Gemeindegazette, 20.  
 Rasse u. Volksgesundheit, Wagner, Ztschr. d. Reichsfachschr. dt. Schwestern u. Pflegerinnen, 10.  
 Schafft Häuser d. Gesundheit — statt Krankenhäuser, Kötschau, Volksgesundheitswacht, 4.  
 Sozialer Dienst u. Volksgesundheit, Schick, Ztschr. d. Reichsfachschr. dt. Schwestern u. Pflegerinnen, 10.  
 Sozialgymnastik auf d. Lande, Wobbe u. Buchhold, D. Frau, 1.  
 Über d. Krankheitsbewußtsein, Bartsch, D. dt. Sonderschule, 6.  
 Über d. Aufgaben d. Medizinalbeamten, Gütt, Dt. Ärztebl. 40.  
 Z. Aussprache über d. Hygiene-Unterricht an d. Hochschulen, Hahn, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.

### Ausland

- D. Gesundheitsverdienst in d. Lebensversicherung unter bes. Berücksichtig. schweiz. Verhältnisse, Linsmayer, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.  
 D. Fürsorge im Krankenhaus, Gächter, Caritas, (Schweiz), 5.  
 Les consultations et dispensaires organes de l'assistance médicale préventive et curative dans la vie familiale, Courmont, Le Musée Social, 7.

L'influence de la crise economique sur la santé publique, Chable, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.

## Volksernährung

- Belehrung über Ernährung durch d. Arzt, Vogel, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
D. Schulfrühstück, Rothfeld, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
D. Aufgabe d. Volkszahnpflege im Rahmen d. Ernährungsreform, Sichler, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
D. Ernährung als volkswirtschaftl. u. national-politisches Problem, Nothnagel, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
D. Ernährung im Schulunterricht, Neubert, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
Ernährung bei körperlicher u. geistiger Arbeit, Lorentz, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
Ernährungsreform? Müller, Volksgesundheits-wacht, 7.  
Ernährungsschule (Anleitung f. Schulungskurse auf d. Ernährungsgebiet), Nothnagel, NS.-Volksdienst, 1.  
Ernährungstherapie, Konstitution, Bircher-Brenner, Gesundheit u. Erziehung, 10.  
Vitamine u. Ernährung, Vogt, Ztschr. f. Volks-ernährung, 20.

## Mutter- und Säuglingsfürsorge

- Aus d. Arbeit d. kath. Müttererholungsfürsorge in d. Rheinprov., Becker, Caritas, 10.  
D. dt. Mutterschaft, Erziehungsaufgabe d. BDM., Schmitz, D. Rheinprovinz, 10.  
Hausentbindung u. Anstaltsentbindung, Bl. d. Dt. R. Kreuzes, 10.  
Müttersingen, Jöde, Kindergarten, 10.

### Ausland

- D. Sinn d. österreich. Mutterschutzwerkes, Wolfring, Ztschr. f. Kinderschutz, Familien-u. Berufsfürsorge, 9/10.  
Königl. Verordnung über Mutterschutz in Italien, Internat. Rdsch. d. Arbeit, 10.

## Jugendgesundheit

- Ausschnitt aus d. Schulzahnpflege (5 Mill. Schulkinder besitzen keine eigene Zahnbürste), Sichler, Zahnärztl. Mitteil., 40.  
D. Schularztwesen an d. Schulen d. Reifungsalters, Fürst, Dt. Ärztebl., 35.  
D. Organisation z. Bekämpfung d. übertragbaren Kinderlähmung im Deutschen Reich, Pohlen, Reichsgesundheitsbl., 42.  
Gesundheitlicher Überwachungsdienst u. Aufklärungsarbeit an d. Schulen, insbes. an d. Gymnasien u. Berufsschulen, Creischer, Ztschr. f. Gesundheitsverwalt. u. Gesundheitsfürs., 20.  
Gesundheitserziehung im Kindergarten u. Hort, Freericks, Kinderheim, 5.  
Gesundheitsführung d. Jugend, Hoske, D. Betriebswart, 8.  
Neue Wege z. Schulzahnpflege, Schenck, D. Rheinprov., 10.

## Tbc.-Fürsorge

- Asylierung (Bewahrung) Schwerttuberkulöser im preuß. Teil d. Bez. Mitteldeutschl. d. Reichs-Tuberkulose-Ausschusses, Reichstuber-kulosebl., 10.  
D. Frage d. Auslese bei d. Tuberkulose, Lydtin, Dt. Ärztebl., 42.  
D. Tbc. d. Pflegepersonals als Berufskrankheit, Reichstuber-kulosebl., 10.  
Frauenarbeit u. Tbc., Reichstuber-kulosebl., 10.  
Konstitution u. Tbc. im Erwachsenenalter, Reichstuber-kulosebl., 10.  
Soziale Ursachen d. Tuberkulose, Gsell, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.  
Über d. konstitutionellen Faktor bei d. Vererbung d. Tbc., Goldstein, Gesundheit u. Wohlfahrt, 9/10.

### Ausland

- D. Organisation d. Kampfes geg. d. Tbc. in d. Schweiz, Pohlen, Reichstuber-kulosebl., 10.  
D. Tuberkulose d. Jugendlichen, Deise, Pro Juventute, 10.

## Krebsbekämpfung

- D. Unterleibskrebs, Wehefritz, Ztschr. d. Reichsfachschaft dt. Hebammen, 17.  
Eindrücke v. Intern. Kongreß f. Krebs-bekämpfung in Madrid 25./30. Oktober 1933, Jung, Bulletin d. Schweiz. Vereinigung f. Krebsbekämpfung, 3.  
Mißstände in d. Krebsbehandlung, D. Ersatz-kasse, 10.

### Ausland

- D. Morphologie als Führerin d. ätiolog. Krebsforschung, ihre große Bedeutung u. ihre Grenzen, Askanazy, Bulletin der Schweiz. Vereinigung f. Krebsbekämpfung, 3.  
Wissenschaft u. Technik im Dienste d. Krebs-bekämpfung, Heller, Bulletin d. Schweiz. Vereinigung f. Krebsbekämpfung, 3.

## Geschlechtskrankheiten

- D. Geschlechtskrankheiten in d. schönen Literatur Deutschlands, v. Pezold, Dt. Ärztebl., 40.  
Geschlechtskrankheiten, Schönfeld, Pommer-sche Wohlfahrtsbl., 10.  
Was sagen alte Medikamentsammlungen u. Kräuterbücher über Geschlechtskrankheiten u. ihre Behandlung? Jegel, Fortschritte d. Therapie, 10.

## Alkoholkrankenfürsorge

- D. Frage d. Keimschädigungen durch Alko-holismus als Forschungsaufgabe einer neu-zeitlichen Trinkerhilfe, Brunzlow, Dt. Ärzte-bl., 37.  
D. Heilstätte im Dienst an d. Trunkgebundenen, Ziesche, Gesundheitsfürsorge, 10.  
Neue rassenhygienische Wege z. Bekämpfung d. Alkoholismus in Deutschland, Schröder, Ztschr. f. Gesundheitsverwalt. u. Gesund-heitsfürsorge, 19.

## Erwerbsbeschränktenfürsorge

- Caritasdienst am Körperbehinderten, Kreutz, Ztschr. f. Krüppelfürsorge, 9/10.
- Ein Beitrag z. Neugestalt. d. Unterrichts- u. Erziehungsarbeit i. d. Taubstummenanstalt, Nowak, D. dt. Sonderschule, 6.
- Körperliche Bewegung als Unterrichtshilfe im Rechnen u. im Sachunterricht gehörgeschädigter Kinder, Seeger, D. dt. Sonderschule, 7.
- Krüppelfürsorge aus evangelischem Ethos, Behr, Ztschr. f. Krüppelfürsorge, 9/10.
- Neue Wege im Sprachunterricht hörgeschädigter Kinder, mit bes. Berücksichtigung des Jenaer Verfahrens, Ehmert, D. dt. Sonderschule, 7.
- Neue Wege in d. Berufserziehung körperbehinderter Jugendlicher, Zarncke, Ztschr. f. Krüppelfürsorge, 9/10.
- Richtung u. Ausgangspunkte d. Blindenerziehung, Bauer, Jugendwohl, 10.
- Z. Frage d. prakt. Berufsausbildung Taubstummer, Zürnck, D. dt. Sonderschule, 7.

## Sozialversicherung

### Allgemeines

- Ausbildungskurse v. Sozialversicherungsbeamten, Koch, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 17/18.
- Begründung d. Gesetzes über d. Aufbau d. Sozialversicherung, Bl. f. öff. Fürsorge, 20.
- Bemerkungen über d. Aufbaugesetz, Engel, Amtl. Nachrichten f. Reichsversicherung, 10/ Reichsarbeitsbl., 30.
- Bevölkerungspolitische Erwägungen zum Umbau der Sozialversicherung, Arch. f. Bevölkerungswissensch. u. Bevölkerungspol., 5.
- D. Gesetz über d. Aufbau d. dt. Sozialversicherung, Krohn, Ztschr. f. d. ges. Versicherungswissenschaft, 4.
- D. nationalsoz. Persönlichkeitsprinzip u. d. Selbstverwaltungsrecht, Lange, Zentralbl. f. Reichsversicher. u. Reichsversorg., 19.
- D. Einfluß d. Arbeitsordnungsgesetzes aus d. Sozialversicherung, Weigelt, D. Ortskrankenk., 17.
- D. Neuaufbau d. Sozialversicherung, Angermann, Verwaltungspraxis, 19.
- D. dt. Sozialversicherung u. ihre kommenden Aufgaben, Engel, D. Reichsversicherung, 8.
- D. Versicherungsfreiheit d. Werkstudenten, Jaeger, D. Betriebskrankenkasse, 20.
- D. Wanderversicherung in d. Rentenversicherung (Invaliden-, Angestellten- u. knappschaftliche Versicherung), Sprung, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 17/18.
- Schutzhaft u. Ruhen d. Versicherungsleistungen, Spohr, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 19.
- Sozialversicherung u. Arbeitsrecht, Liesenhoff, Dt. Invalidenversicherung, 9.
- Vorübergehende Dienstleistung u. unständige Beschäftigung, Baumgart, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 17/18.

Welche Bestimmungen d. Berufsbeamtengesetzes haben nach d. 30. September 1934 f. d. Dienstverpflichtung d. Sozialversicherung noch praktische Bedeut.? Heller, Amtl. Nachrichten f. d. Reichsversicherung, 10/ Reichsarbeitsbl., 30.

Z. Kapitel d. Vertrauensärzte, Buß, Vertrauensarzt u. Krankenk., 10.

### Ausland

- D. Entwickl. d. Sozialversicherung in Jugoslawien, Internat. Rdsch. d. Arbeit, 9.
- D. neue Novelle z. Pensionsversicherungsgesetz, Schmiedl, Dt. Ztschr. f. öff. Versicherung u. Volkswohl., 10.
- Neuerungen in d. ausländischen Sozialversicherung, Augustin, Ztschr. f. d. ges. Versicherungswissenschaft, 4.

### Krankenversicherung

- Außergewöhnliche Leistungsansprüche in d. KV., Trode, D. Ortskrankenkasse, 17.
- D. Erlöschen d. freiw. Kassenmitgliedsch., Lieske, Volkstüml. Ztschr. f. d. ges. Sozialversicherung., 19.
- D. Grundlohn arbeitsfähig. Kranker, Starke, D. Ortskrankenkasse, 20.
- D. vertrauensärztl. Dienst bei der Allg. Ortskrankenkasse W.-Barmen, Wagner, Vertrauensarzt u. Krankenk., 10.
- D. Erstatt. v. Wochenhilfeleistung. nach § 212 RVO., Mentgen, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 19.
- D. Familienkrankenpflege auf Grund d. § 205 RVO., Kinkartz, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 19.
- D. Krankenversicherung bei d. Ortskrankenkasse im Jahre 1933, Paul, D. Ortskrankenkasse, 20.
- D. Krankenversicherung im Jahre 1933, D. Betriebskrankenkasse, 17.
- D. Landkrankenkasse u. d. Gemeinlast nach d. Gesetz v. 5. Juli 1934, Heitkampfer, D. Landkrankenkasse, 20.
- D. sozialmedizinische Begutachtungsstelle als Gemeinschaftsaufgabe d. Krankenversicherung, Stroomann, Dt. Invalidenversicherung, 10.
- Gemeinlast in d. Krankenversicherung, D. Betriebskrankenkasse, 20.
- Gewährung v. Krankenhauspflge f. Wöchnerinnen nach §§ 195 a u. 205 a RVO. bei anormalen Geburten, Kienker, D. Landkrankenkasse, 19.
- Grenzen d. Belastung d. Unternehmers mit Personalkosten d. Betriebskrankenkasse, Bültmann, D. Betriebskrankenkasse, 20.
- Inwieweit dienen d. Vorschriften üb. Wochenhilfe d. bevölkerungspolitischen Bestrebungen d. Reichsregierung? Jaeger, Volkstüml. Ztschr. f. d. ges. Sozialvers., 19.
- Krankenkassen u. Vertragsverletzungen d. Kassenärzten, Kadgiehn, Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsversorg., 19.
- „Krankheit“ im Sinne d. Sozialversicherung, Kreil, Volkstüml. Ztschr. f. d. ges. Sozialversicherung, 20.



Landwirtschaftliche Entschuldung u. Krankenkassenbeiträge, Struck, D. Landkranken-  
kasse, 19.

Pfändung v. Krankengeld weg. Unterhalts-  
ansprüchen, Koch, D. Ortskranken-  
kasse, 20.

Schutzbestimmungen f. d. Eingang d. Bei-  
tragsteile d. Arbeitgeber in d. Krankenver-  
sicherung, Steidl, Zentralbl. f. Reichsver-  
sicherung u. Reichsversorg., 17/18.

Über d. Begriff d. Zahnersatzes in d. Kranken-  
versicherung, Habner, D. Ortskranken-  
kasse, 20.

Was erwarten d. einzelnen Kassenarten v. d.  
Gesetz z. Aufbau d. Sozialversicherung? (D.  
Landkranken-), Schraeder, D. Land-  
kranken-  
kasse, 19.

Wie können unnötige Kosten in d. Kranken-  
versicherung vermieden werden? Mengler,  
D. Landkranken-  
kasse, 19.

Wie steht d. Krankenkasse zu ihren Arbeit-  
gebern? Zimmermann, Zentralbl. f. Reichs-  
versicherung u. Reichsversorg., 17/18.

Wirtschaftl. Behandlungsweise u. wirtschaft-  
liche Arzneiverordnung in d. Krankenver-  
sicherung, D. Reichsversicherung, 8.

Wochengeld u. Familienwochengeld, Dömkens,  
Volkstüml. Ztschr. f. d. ges. Sozialvers., 19.

Wochenhilfe, Lastenausgleich, Bevölkerungs-  
politik, Koch, Zentralbl. f. Reichsversiche-  
rung u. Reichsversorg., 17/18.

Z. Frage d. Gemeinlast d. Krankenkassen,  
Heitkampfer, Zentralbl. f. Reichsversiche-  
rung u. Reichsversorg., 17/18.

### Invalidenversicherung

Ausbau d. statistischen Grundlagen in d. dt.  
Invalidenversicherung, Heinze, Amtliche  
Nachrichten f. Reichsversicherung 10/  
Reichsarbeitsbl., 30.

D. Verzicht auf d. Rente, Dt. Invalidenver-  
sicherung, 9.

D. Aufwendungen f. d. Gesundheitsfürsorge in  
d. Invalidenversicherung, Seelmann-Egge-  
bert, Dt. Invalidenversicherung, 9.

D. Entziehung d. Renten in d. Invalidenver-  
sicherung auf Grund d. § 1293 RVO., Zen-  
tralbl. f. Reichsversicherung u. Reichsver-  
sorg., 17/18.

D. Weiterversicherung nach § 1244 RVO.,  
Schweighauser, Dt. Invalidenversicherung, 9.

Grundsätzliches z. Stel. d. „Leiters“ d. Landes-  
versicherungsanstalt, Battenberg, Dt. In-  
validenversicherung, 10.

### Ausland

D. Invaliditätszusatzversicherung in Verbind-  
ung mit d. Lebensversicherung in Italien,  
Riedel, Bl. f. Versicherungsmathematik, 4.

### Unfallversicherung

D. Führergrundsatz bei d. gewerblichen Be-  
rufsgenossenschaften, Meesmann, D. Be-  
rufsgenossenschaft, 19.

D. Werbefeldzug f. Unfallverhüt. 1933/34,  
Gridl, D. Berufsgenossenschaft, 20.

D. Berufskrankheiten im Jahre 1933, Reichs-  
arbeitsbl., 29.

D. praktische Auswert. d. Berufsberatung u.  
Berufsfürsorge in d. Reichsunfallversiche-  
rung, Schumm, Zentralbl. f. Reichsversiche-  
rung u. Reichsversorg., 17/18.

D. Unfallanzeige nach § 1503 RVO., Kadgiehn,  
D. Ortskranken-  
kasse, 17.

D. Verpflichtung d. Betriebsunternehmers z.  
Anzeige v. Betriebsunfällen, Schweighäuser,  
Zentralbl. f. Reichsversicherung u. Reichs-  
versorg., 17/18.

Gefährliche Mußhandlungen (ein neuer Weg in  
d. Unfallbekämpfung), Martens, Reichs-  
arbeitsbl., 29.

Gesundheitsschädigungen beim Schleifen u.  
ihre Verhütung, Menslage, Reichsarbeitsbl.,  
29.

Unfallursachenstatistik, Folkhard, Ztschr. f.  
Gewerbehygiene u. Unfallverhütung, 10.

Ursächlicher Zusammenhang zwischen Weg  
u. schädigendem Ereignis bei Wegeunfällen,  
Bültmann, D. Berufsgenossenschaft, 19.

Wesen u. Aufgaben d. Reichsunfallversiche-  
rung, Schleichert, Volkstüml. Ztschr. f. d.  
ges. Sozialversicherung, 20.

### Angestelltenversicherung

D. Invalidität u. d. Sterblichkeit d. Ange-  
stellten, Pfaffenberger, Bl. f. Versicherungs-  
mathematik, 4.

### Ausland

Rechtsfragen aus d. österreich. Angestellten-  
versicherung, Czerny, D. Versicherungs-  
archiv, 4.

### Knappschaftliche Versicherung

Kann durch Aufnahme freiwilliger Beitrags-  
leistungen in d. knappschaftlichen Pensions-  
versicherung nach d. Erlöschen d. früheren  
Anwartschaft, wenn Dreivierteldeckung nicht  
erreicht wird, eine neue Wartezeit erfüllt  
werden? Dt. Invalidenversicherung, 9.

### Soziale Ausbildungs- u. Berufsfragen

Schwesterarbeit im Verpflegsheim, Jähne,  
Zeitschr. d. Reichsfachsch. dt. Schwestern  
u. Pflegerinnen, 10.

Schulung d. Wohlfahrtspflegerinnen im neuen  
Deutschland, Grelle, Wohlfahrtswoche, 43.

### Volksbildung – Freizeitgestaltung

D. Film sucht seine Form, Roß, Volk im  
Werden, 6.

### Ausland

Fortschritte d. Dopolavoro-Bewegung in Ita-  
lien, Reichsarbeitsbl., 28.